Nicht f. d. Austausch

England und der Orientalische Dreibund.

Eine Studie zur europäischen Außenpolitik 1887—1896.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde genehmigt von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms Universität zu Berlin

von

Ludwig Israël

aus Bad Freienwalde (Oder).

Tag der Promotion: 20. Oktober 1937.

Tag der mündlichen Prüfung: 27. August 1936.

P 86

Berichterstatter: Dozent Dr. W. Frauendienst
Professor Dr. W. Elze

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Die Arbeit erscheint gleichzeitig als Heft 37 (Neue Folge Heft 17) der „Beiträge zur Geschichte der nachbismarckischen Zeit und des Weltkrieges", herausgegeben von Professor Dr. Fritz Kern und Professor Dr. Hans Hallmann, im Verlage von W. Kohlhammer, Stuttgart.

Meinen Eltern

Vorwort.

Vorliegende Studie dient der Untersuchung politischer Ereignisse der Vorkriegszeit. Sie sucht nachzuweisen, welche historisch-politische Bedeutung dem von Bismarck geschaffenen Bundesverhältnis zwischen England, Italien und Österreich, dem „Orientalischen Dreibund", beizumessen ist. Es wird dargelegt, wie jenes Bündnis entstand, wie es Jahre hindurch seine Wirkung behielt, und wie es dann, deutlich erkennbar, infolge der Wandlung der deutsch-englischen Beziehungen schließlich zerfiel.

Es konnte für diese Arbeit auch eine Reihe bisher unveröffentlichter Schriftstücke aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes verwertet und teilweise im Anhang mitgeteilt werden.

Ferner werden hier die gesamten erreichbaren Quellen und Darstellungen herangezogen, insbesondere die bei uns noch so gut wie unbenutzt gebliebenen englischen Biographien. An erster Stelle steht darunter der 1932 erschienene 4. Band der Memoiren Lord Salisburys.

Herr Professor Dr. W. Windelband hat mich auf den Einfluß des „Orientalischen Dreibundes" auf die europäische Lage am Ende der Bismarckschen und zu Beginn der Wilhelminischen Ära hingewiesen. Ihm verdankt daher diese Schrift ihre Entstehung. Bei der Ausarbeitung stand mir Herr Legationssekretär Dozent Dr. W. Frauendienst mit Rat und Tat zur Seite. Ihm bin ich für diese Anteilnahme und Förderung zu besonderem Dank verpflichtet. Ferner möchte ich an dieser Stelle Herrn Professor Dr. F. Kern meinen aufrichtigen Dank zum Ausdruck bringen. Er hat es mir ermöglicht, die Arbeit in den von ihm herausgegebenen „Beiträgen zur Geschichte der nachbismarckischen Zeit und des Weltkrieges" erscheinen zu lassen. —

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41535726_0068

Inhaltsübersicht.

Seite

I. Kapitel. England und der Orientalische Dreibund in der Bismarckschen Ära. 1887—1890 1
1. Gründung des Orientalischen Dreibundes 1887 1
2. Deutsch-Englische Freundschaft 1888—1889 19
II. Kapitel. Der Orientalische Dreibund nach Bismarcks Entlassung. 1890—1892 30
III. Kapitel. Lord Rosebery und der Orientalische Dreibund. 1892—1895 . . . 45
1. Stillschweigende Erneuerung der Verträge von 1887 45
2. Lord Rosebery und der Dreibund 1893 48
3. Lord Rosebery und der Zweibund 1893 55
4. Österreich und die Erneuerung des Orientalischen Dreibundes 1894 . . 58
IV. Kapitel. Der Zerfall des Orientalischen Dreibundes. 69
1. Die außenpolitische Lage Englands 1895 69
2. Beginnende Entfremdung zwischen England, Italien und Österreich im Herbst 1895 78
3. Salisburys Türkischer Teilungsplan 81
4. Die Folgen des Salisburyschen Teilungsplanes 89
5. Die „Wiener Propositionen". Erneuerung des Orientalische Dreibundes? 93
6. Das Ende des Orientalischen Dreibundes 104
Nachwort 113
Quellen und Literatur 116
Anhang. Aus den Akten des Auswärtigen Amtes 124
Aus Zeitungen 138
Text des Orientalischen Dreibundvertrages 141

Lord Palmerston:

„It is a narrow policy to suppose that this country or that is to be marked out as the eternal ally or perpetual enemy of England. We have no eternal allies and no perpetual enemies; our interests are eternal, and those interests it is our duty to follow.“

I. Kapitel.

England und der Orientalische Dreibund in der Bismarckschen Ära. 1887—1890.

I. Gründung des Orientalischen Dreibundes 1887.

Die politischen Verhältnisse, die Lord Salisbury vorfand, als er am 31. Juli 1886 Ministerpräsident wurde, waren wenig erfreulich. Die unglücklichen Erfahrungen des liberalen Kabinettes Gladstone in seiner auswärtigen- und Kolonialpolitik hatten Großbritanniens „hilflose Isolierung" enthüllt. Gegensätze in Asien und Afrika, zu Rußland und Frankreich, Aktivität des Panslavismus auf dem Balkan, Revanchegeschrei am Rhein, kennzeichneten den Ernst der Lage. Europa stand am Rand eines Krieges.

Da England, wie öfter in seiner geschichtlichen Entwicklung militärisch nicht genügend vorbereitet [1]), durch Streitfragen der inneren Politik gehemmt wurde, sah Lord Salisbury vorläufig keine Möglichkeit, die liberale Außenpolitik zu liquidieren. „England cannot in the present state of public opinion interfere with any decisive action abroad," schrieb er in einem Memorandum an die Königin. „The highest interests would be risked here at home, while nothing effective could be done by us to keep peace on the Continent. We have absolutely no power to restrain either France or Germany, while all the power and influence we have will be needed te defend our influence in the South East of Europe" [2]).

Der Bismarckschen Staatskunst war es zu verdanken, daß die Kriegsgefahr des Jahres 1887 behoben wurde. Er veranlaßte die Bundesgenossen Deutschlands, Österreich und Italien, sich England zu nähern und mit dieser Macht den „orientalischen Dreibundvertrag" abzuschließen [3]).

[1]) H. Trützschler von Falkenstein, Bismarck und die Kriegsgefahr des Jahres 1887, S. 80. K. Jagow, Queen Victoria. Ein Frauenleben unter der Krone, 1936, S. 465.

[2]) Lady Gwendolen Cecil, Life of Robert Marquis of Salisbury, Bd. IV (1932) S. 15 (24. 1. 1887) Fernerhin abgekürzt mit „Cecil".

[3]) Die Einzelheiten der diplomatischen Verhandlungen werden hier nicht erwähnt, da sie schon mehrfach eine Darstellung gefunden haben.

Vier Gesichtspunkte bestimmten Lord Salisbury, das von der deutschen Diplomatie unterstützte italienische Bündnisangebot anzunehmen.

Seit den Tagen Napoleons I. hatte die englische Politik den größten Wert auf eine gesicherte Handelsstraße nach Indien durch das Mittelmeer gelegt. Ihr Ziel war daher, den Status quo zu erhalten und die Bildung einer feindlichen Koalition zu verhüten, welche sich gegen die englischen Besitzungen auf Malta und Cypern und vor allem in Ägypten richten konnte. Sie begegnete hierin parallelen Interessen Italiens. Als Rivale Frankreichs im Mittelmeer war es bei seiner geographischen Lage und wirtschaftlichen Struktur auf die Unterstützung der stärksten Seemacht angewiesen. Traditionelle Freundschaftsbande verknüpften darum seit Jahrzehnten England und Italien [1]). Allerdings waren sie nicht stark genug gewesen, um ein vorübergehendes Zusammengehen Italiens, Deutschlands und Österreichs mit Frankreich und Rußland gegen England in der ägyptischen Frage zu verhindern [2]).

Diese Neigung Englands, Italien enger an das britische Reich zu ketten, wuchs mit der Verschärfung des englisch-französischen Gegensatzes. In Neufundland, auf den Neuen Hebriden, in Ägypten, in Marokko, in Dongarita stießen der englische und französische Imperialismus zusammen. Es kennzeichnet die Spannung zwischen diesen beiden Mächten, daß Lord Salisbury dem britischen Botschafter in Paris, Lord Lyons, schreiben konnte: „It is very difficult to prevent oneself from wishing for another Franco-German war to put a stop to this incessant vexation". [3])

Wichtiger als die Differenzen mit Frankreich, die Salisbury zu beseitigen hoffte, [4]) war für England das beharrliche Bestreben Rußlands, „den Schlüssel seines Reiches" in Besitz zu nehmen. Seit mehr als anderthalb Jahrhunderten suchte Rußland Konstantinopel zu erreichen, sei es direkt über das Schwarze Meer, sei es auf dem Umweg über den Balkan. Die bulgarische Revolution 1885 richtete erneut die Aufmerksamkeit Rußlands auf die slawische Staaten im nahen Osten. Rußland

---

[1]) Cecil IV, 20 (21. 1. 1887). „There is no State with whom we could work more heartily. Our political objects seldom clash and we have the enormous advantage in dealing with Italy that we have no accumulation of grudges in the past to smother kindly feeling in the present".

[2]) Im Londoner Vertrag vom 17. 3. 1885 mußte Gladstone auf die alleinige Schuldenverwaltung Ägyptens verzichten. W. L. Langer, European Alliances and Alignments 1871—1890. (1931) S. 306. Zitiert mit Langer I.

[3]) Cecil IV, 30 (5. 2. 1887). [4]) Ebenda S. 28.

und Österreich standen sich als unversöhnliche Gegner gegenüber. Ein Sieg der revancheluſtigen Kreiſe um den General Boulanger in Frankreich konnte für Rußland das Signal zum Angriff hier geben [1]). Der engliſche Einfluß im öſtlichen Mittelmeerraum ſtand auf dem Spiel.

Dieſe offenkundig ungünſtige Lage der engliſchen Politik gab Deutſchland die Trümpfe in die Hand. Bismarck wies den engliſchen Botſchafter in Berlin, Sir Edward Malet, am 1. Februar 1887 darauf hin, daß England nicht die Möglichkeit habe, völlige Intereſſenloſigkeit der deutſchen Nation entgegen zu bringen. Deutſchland ſehe keinen Nachteil in einem franzöſiſchen Ägypten oder ruſſiſchen Konſtantinopel. England, Italien und Öſterreich aber ſeien ſtark genug, um ruſſiſche Friedensſtörungen mit Wahrſcheinlichkeit zu hindern, während auf der anderen Seite Deutſchland und Frankreich einander aufwiegen würden, ſo „daß ein Schwert das andere in der Scheide halte“ [2]).

Lord Salisbury ſtimmte dieſen Erwägungen zu. Er wollte nicht, daß ſich Deutſchland mit Englands kontinentalen Gegnern, Frankreich und Rußland zuſammenſchloß. Er ſchrieb: „If in the present grouping of nations which Prince Bismarck tells us is now taking place, England was left out in isolation, it might well happen that the adversaries who are arming against each other on the Continent, might treat the English Empire as divisable booty, by which their differences might be adjusted“ [3]). Mit dieſen Worten empfahl der Miniſterpräſident der Königin das Memorandum des italieniſchen Botſchafters vom 1. Februar 1887 [4]). Am 12. Februar erfolgte der offizielle Notenaustauſch [5]).

An den Küſten des Mittelmeeres unter beſonderer Hervorhebung des Schwarzen-, des Ägäiſchen- und des Adriatiſchen Meeres ſicherten ſich

[1]) Cecil IV, S. 16 (26. 1. 1887).

[2]) Die Große Politik der Europäiſchen Kabinette. (Weiterhin zitiert mit Gr. Pol. IV Nr. 883 (2. 2. 1887). Francesco Crispi, Politica Estera (Auflage 1929) Zitiert mit Criſpi I. S. 224 ff. Cecil IV, 21 (2. 2. 1887).

[3]) Cecil IV, 24 (10. 2. 1887).

[4]) Es iſt kein Zweifel, daß die deutſchfreundliche Haltung der Königin Victoria das Zuſtandekommen des Vertrages erleichtert hat. Häufig fanden von Bismarck inſpirierte Briefe über die Kronprinzeſſin Victoria und ſelbſt den Kronprinzen ihren Weg nach London. S. beſonders den Brief der Kronprinzeſſin Victoria vom 1. 1. 1887, der das Programm des ſpäteren „Orientaliſchen Dreibundes“ bereits enthält. The Letters of Queen Victoria, 1886—1901 Bd. I, 246. Langer I, 397 f.

[5]) British Documents Band VIII. (1933) Nr. 1a und 1b.
A. F. Pribram, Die politiſchen Geheimverträge Öſterreich-Ungarns 1879—1914 (1920) S. 36 ff.

beide Mächte die Erhaltung des Status quo zu. Italien versprach, England in Ägypten zu unterstützen; England versprach „the best cooperation in maintaining these cardinal principles of policy". Es war freilich keine Allianz mit festverpflichtenden Abmachungen. Den ursprünglichen italienischen Vorschlag eines Offensiv- und Defensivbündnisses gegen Frankreich hatte der sehr vorsichtige englische Staatsmann sofort zurückgewiesen. „England never promised material assistance in view of an uncertain war of which the object and cause were unknown" [1]). Er sah keine Möglichkeit, mit Rücksicht auf Parlament und öffentliche Meinung Italien die englische Unterstützung im voraus zuzusichern, falls dieses etwa Frankreich angreifen sollte, um Nizza und Savoyen wieder zu erwerben [2]). Die Klausel in der englischen Note: „Den Charakter der Zusammenarbeit muß Großbritannien, wenn sich die Gelegenheit dazu ergibt, je nach den Umständen der Sachlage entscheiden" [3]), sicherte Salisbury weitgehende Handlungsfreiheit.

Weniger der Inhalt, als die Tatsache des Abschlusses an sich waren entscheidend. England hatte seine Politik der völligen „Isolation" zugunsten der stärksten Bündnisgruppe des Kontinents aufgegeben. Nach Salisburys Urteil hatte es damit „die weitgehendste Zusicherung gemacht, welche ein parlamentarischer Staat überhaupt erteilen konnte". Im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland wird es sich aktiv derjenigen Staatengruppe anschließen, „welche die Friedenspolizei im Orient bildet" [4]). Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck schrieb daher mit Recht dem deutschen Botschafter in Wien. „Es ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg, daß wir England so weit zu engagieren vermocht haben" [5]).

Während der englisch-italienischen Verhandlungen wandte sich der britische Botschafter in Wien, Sir A. Paget, an den österreichischen Außenminister Graf Kalnoky, und fragte ihn, wie Österreich und England sich in einem Krieg gegen Rußland verhalten sollten. In Erinnerung an

[1]) Cecil IV, 21 (2. 2. 1887). M. L. Wolf, Botschafter Graf Hatzfeldt (1936) S. 29.

[2]) Gr. Pol. IV Nr. 881 (3. 2. 1887).

[3]) British Documents Bd. VIII Nr. 1b (12. 2. 1887).

[4]) Gr. Pol. IV Nr. 894 (23. 2. 1887). Cecil IV, 24, Salisbury schrieb an Königin Victoria am 10. 2. 1887: „Undoubtedly this subject carries very far the relations plus intimes which have been urged upon us. It is as close an alliance as the parliamentary character of our institutions will permit".

[5]) Gr. Pol. IV Nr. 893 (16. 2. 1887). R. Dietrich, England und Italien 1887-1902. Historische Vierteljahrschrift 1935. Band 29 S. 768 ff. Italicus, Italiens Dreibundpolitik 1870—1896 (1928) S. 89 ff.

die ergebnislos verlaufene Diskussion dieser Frage Ende 1886 versprach sich der österreichische Minister nicht viel von den erneuten Salisbury-schen Anregungen [1]).

Auch hier war es die deutsche Diplomatie, die im entscheidenden Augenblick eingriff und das englisch-österreichische Abkommen vermittelte [2]): „Wenn Österreich dem für seine Zukunft äußerst wichtigen englischen Anerbieten mit Schwierigkeiten begegnen sollte, so würde das beweisen, daß es seine Interessen schlecht versteht, und zuviel auf Deutschland rechnet. Wir sind nicht imstande, uns in orientalischen Dingen mit Österreich zu identifizieren oder ihm bei etwaigen Verwicklungen in Bulgarien und am Schwarzen Meer materielle Hilfe zu gewähren" [3]). Die deutschen Ratschläge verfehlten nicht ihre Wirkung. Am 24. März 1887 erfolgte der Notenaustausch in London. Österreich trat dem englisch-italienischen Abkommen vom 12. Februar 1887 bei.

Auch diesmal war die englische Antwortnote so vorsichtig abgefaßt, daß man Anfragen im Parlament nicht zu befürchten brauchte. Es hieß dort u. a.: „Ohne im voraus den Charakter zu bestimmen, den das Zusammenwirken der beiden Mächte in irgendwelchem Einzelfall annehmen sollte, werden die Bemühungen Ihrer Majestät Regierung, im Einklang mit denen der österreichisch-ungarischen Regierung, beständig darauf gerichtet sein, in den Gebieten am Schwarzen-, Ägäischen- und Mittelmeer so lange, als dies möglich sein wird, die Aufrechterhaltung des Status quo und, sollte dies unglücklicherweise aufhören möglich zu sein, die Verhinderung des Anwachsens irgendeiner neuen, den Interessen der beiden Länder feindlichen Herrschaft zu sichern" [4]).

Die Bedeutung dieser Mittelmeerabkommen wuchs mit dem Anschluß Spaniens am 4. Mai 1887. Es versprach, keine politischen Verpflichtungen Frankreich gegenüber einzugehen, die direkt oder indirekt gegen die Dreibundmächte gerichtet wären. Am 13. Juni wurde das Abkommen vom italienischen Botschafter in London mitgeteilt [5]).

---

[1]) W. N. Medlicott, The Mediterranean Agreements of 1887. Slavonic Review Band V. Juni 1926, S. 72 f.

[2]) Gr. Pol. IV Nr. 893 (16. 2. 1887). Herbert Bismarck schrieb: „Wir haben das am 12. c. in London vollzogene Abkommen hauptsächlich deshalb so scharf betrieben, um eine Basis für Österreich zu schaffen, auf die es im Falle notgedrungener Verteidigung treten kann".

[3]) Gr. Pol. IV Nr. 889 (6. 3. 1887).

[4]) British Documents VIII Nr. 1 d (24. 3. 1887).

[5]) Der Text bei Pribram, 48 f. Crispi I, 242 ff. Vgl. Italicus. 93 f. Langer I, 404. Trützschler, 71 f. Lord Salisbury erklärte, „daß er für den durch das Abkommen erstrebten Zweck die vollste Sympathie hege".

An den Ufern des Mittelmeeres geriet Frankreich hierdurch in eine isolierte Lage. Ein Vordringen Rußlands wurde erschwert. Bismarck und Salisbury hatten mit ihrer einander grundverwandten Politik der Zurückhaltung und Mäßigung weitgehende Vorteile erreicht. Für Deutschland bildeten die Mittelmeerabkommen die notwendige Ergänzung zu dem am 20. Februar 1887 abgeschlossenen zweiten Dreibundvertrag. Sie gestatteten Österreich und Italien die Wahrnehmung ihrer orientalischen Interessen, für die Deutschland keine Unterstützung bot. England sah in dieser Entente mit Italien und Österreich die Möglichkeit, auf die deutsche Politik Einfluß zu gewinnen, und sie an der Erneuerung eines Dreikaiserbündnis zu hindern. Wenn Salisbury auch fühlte, daß der größere Gewinn Deutschland zufiel, so machte er doch das deutsche Spiel mit, weil es zugleich die britischen Interessen förderte [1]).

Dieses Mittelmeerabkommen ist zu unterscheiden von jenem späteren vom 12. Dezember 1887, dem eigentlichen „Orientalischen Dreibundvertrag". England, Italien und Österreich hatten sich jetzt auf Grund gemeinsamer Anschauungen über die Lage im Mittelmeer zusammengefunden. Ein genaues Aktionsprogramm für die Zukunft wurde nicht aufgestellt. Man erkennt hier die typische Form einer Entente, wie sie nach Lage der Dinge erreichbar war [2]).

Daher erklärt sich das sehr bald sowohl in Wien wie in Rom fühlbare Bedürfnis, „daß es notwendig sei, dieses Einvernehmen auf konkreter Grundlage für alle Fälle zu stärken, um bei etwa eintretenden Verwicklungen mit voller Einigkeit und Raschheit handeln zu können" [3]). Andererseits wird es begreiflich, da zwei Ereignisse im Sommer 1887 die neugeschaffene Konstellation wieder in Frage zu stellen schienen. Lord Salisbury hatte Ende 1886 mit dem Sultan durch den neu ernannten englischen Botschafter in Konstantinopel, Sir William White, Verhandlungen eröffnet, um Abdul Hamid zu gewinnen [4]) und gleichzeitig in der ägyptischen Frage der Türkei und Frankreich entgegen zu kommen. Er sah, wie abhängig die englische Politik von Deutschland war. Er wollte sich dem Bismarckschen Druck entziehen. „Bismarck is hard to please", schrieb er am 23. Februar 1887 an Sir Edward Malet. „Unless we

[1]) British Documents III (1929) Anhang B. Memorandum von Lord Sanderson vom 25. 2. 1907. „Die Mittelmeerbündnisse." Cecil IV, 71 (2. 11. 1887).

[2]) Archiv Ausw. Amt. S. die rückschauende Betrachtung des österreichischen Kanzlers Kalnoky in seinem Privatschreiben an Frhn. v. Calice vom 9. 9. 1887. S. Anhang Nr. 1.

[3]) Archiv Ausw. Amt. Kalnoky an Frhn. v. Bruck, 10. 10. 1887.

[4]) H. Holborn, Deutschland und die Türkei 1878—1890. (1926) S. 51 ff.

take the chestnuts out of the hottest part of the fire, he thinks we are shirking our work . . . We have willingly ranged ourselves with the Central European Powers. A distinct estrangement from France has followed, which has cost us a pack of bothers in various parts of the world. But when he wants us to quarrell with France downright over Egypt, I think he is driving too hard a bargain . . Our position in Egypt is one that public opinion here will not allow us to abandon altogether, but it is a disastrous inheritance, for it enables the Chancellor to demand rather unreasonable terms as the price, not of his assistance, but of his refusal to join a coalition against us" . . . „It is heartily to be wished we were delivered from this very inconvenient and somewhat humilating relation" [1]).

Das Gegenteil trat ein. Vereinten französischen und russischen Intrigen in Konstantinopel gelang es, die am 22. Mai 1887 zwischen dem Sultan und Sir Drummond Wolff unterzeichnete Konvention über Ägypten zum Scheitern zu bringen [2]). England sah sich in erneutem scharfen Gegensatz zu Frankreich.

Die bulgarische Frage, die in den Sommermonaten wieder in den Vordergrund des Interesses trat, verstärkte die englisch-russische Spannung. Deutschland stand in dieser Frage mit Rücksicht auf den am 18. Juni abgeschlossenen Rückversicherungsvertrag auf russischer Seite und befürwortete den russischen Kandidaten, General Ernroth, gegen die Wahl des Koburger Prinzen [3]). Als Prinz Ferdinand dennoch Anfang August nach Sofia ging, brach Deutschland seine diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien ab [4]). Lord Salisbury fürchtete, daß der russisch-französische Krieg gegen Deutschland und Österreich unmittelbar bevorstände, und Deutschland wahrscheinlich Konstantinopel den Russen anbieten werde, um Rußland von Frankreich zu trennen und Österreich vor Vernichtung zu

[1]) Cecil IV, 40 ff. Cecil IV, 45 f. Lord Salisbury an Sir Evelyn Baring, den späteren Lord Cromer (6. 5. 1887).

[2]) Im Artikel V war die Zurückziehung der britischen Truppen aus Ägypten nach Ablauf von 3 Jahren in Aussicht genommen. England war jedoch das Recht der Wiederbesetzung zugesichert. Cromer, Modern Egypt Band II. Kap. 46. Ismail Kemal Bey, Memoirs (1920) S. 230. Dort die Note des französischen Botschafters Comte de Montebello an den Sultan vom 19. 6. 1887, in der es u. a. hieß, daß nur „die desinteressierte Politik Frankreichs das ottomanische Reich vor Übergriffen und ehrgeizigen Absichten Großbritanniens beschützen könne".

[3]) Gr. Pol. V Nr. 1048 (6. 8. 1887).

[4]) Trützschler, 105 ff.

sichern [1]). England würde gänzlich isoliert der undankbaren Aufgabe gegenüberstehen, den Sultan zu schützen [2]).

In dieser Lage unternahm Lord Salisbury einen diplomatischen Schachzug, den er in späteren Jahren allerdings mit größerem Erfolg wiederholen sollte. Er deutete dem deutschen Botschafter Graf Hatzfeldt in einem Gespräch am 2. August einen „nouveau départ" der englischen Politik an. Er wolle sich mit Rußland verständigen. England „habe keine Lebensinteresse am Bosporus, dessen Wahrnehmung einen Krieg rechtfertigen würde". Er nannte in diesem Zusammenhang den früheren Minister Lord Churchill, der seit jeher dafür eingetreten sei, Konstantinopel den Russen zu überlassen [3]). Salisbury hoffte mit dieser verhüllten Drohung Deutschland für seine im Grunde auch weiterhin antirussische Politik zu gewinnen [4]).

Wie verhielt sich Berlin? Es ist wichtig darauf näher einzugehen, da Bismarcks Haltung einer Frage gegenüber erkennbar wird, die 1895 in ähnlicher Form von Salisbury durch Hatzfeldt an Bismarcks Nachfolger, die Männer des Neuen Kurses, gerichtet wurde. Bismarck zeigte sich weder ablehnend, noch suchte er engere Beziehungen zu Rußland herzustellen. In seinem langen Antwortschreiben, das Hatzfeldt dem englischen Minister vorlesen sollte, bezeichnete er ein Einvernehmen zwischen England und Rußland als geradezu erwünscht — falls es nicht auf Kosten Österreichs gehen würde. „Wenn aber Österreich auf unsere Unterstützung nur in der Defensive und auf die Englands, wegen dessen Freundschaft mit Rußland, überhaupt nicht zu rechnen hat, wenn ihm infolge der russischen Politik Englands vielleicht auch die Sicherheit seiner jetzigen italienischen Anlehnung verloren geht, so bleibt Österreich kaum etwas anderes übrig, als sich im Sinne seiner Politik im vorigen Jahrhundert direkt mit Rußland zu verständigen und zu akzeptieren, was dabei für Österreich abfällt. Wir würden auch dieser Entwicklung der Dinge, soweit sie sich ohne Gewalt gegen Österreich vollzöge, entgegenzutreten kein Interesse haben. Es würde aus ihr wiederum nur ein Drei-Kaiser-Bündnis mit anderer Unterlage hervorgehen" [5]).

[1]) Cecil IV, 50 Lord Salisbury an White, 10. 8. 1887.

[2]) Gr. Pol. IV Nr. 913 (24. 8. 1887).

[3]) Gr. Pol. IV Nr. 907 (3. 8. 1887).

[4]) Cecil IV, 51 Lord Salisbury an Sir William White (10. 8. 1887), in dem es u. a. heißt: „It would be a terrible blow to lose Constantinople". Holborn, 63.

[5]) **Gr. Pol. IV Nr. 908 (8. 8. 1887).**

Bismarck empfahl daher Salisbury die Schwenkung nach Rußland, riet ihm aber, sich „vorher so innig wie möglich und jedenfalls fester als bisher mit Italien und Österreich zu verbinden“ [1]). Ein Angebot nur im englischen Namen gebe Rußland die Waffen in die Hand, darüber in Wien und Rom zu sprechen und beide Kabinette gegen England zu hetzen. Ein Abkommen zwischen England, Rußland, Österreich, Italien und Deutschland mit Ausschluß Frankreichs würde die Kriegsgefahr in Europa beseitigen, die von Seiten Frankreichs drohe [2]).

Fürst Bismarck unterschätzte nicht die Bedeutung der englischen Anregung. An die Möglichkeit einer englisch-russischen Verständigung hatte er schon 1885 gedacht, als die „Times“ ein solches Bündnis forderte. Es schrieb damals Kaiser Wilhelm: „Käme eine englisch-russische Allianz zustande mit ihrer angeblich christlichen und antitürkischen, in der Tat panslawistischen und radikalen Richtung, so wäre derselben die Möglichkeit gegeben, sich jederzeit nach Bedürfnis durch Frankreich zu verstärken, wenn die russisch-englische Politik bei Deutschland Widerstand fände; es wäre die Basis für eine Koalition gegen uns gegeben, wie sie gefährlicher Deutschland nicht gegenüber treten kann.

Es liegt daher für die deutsche Politik die Versuchung sehr nahe, zwischen Rußland und England lieber feindselige, als zu intime Verhältnisse herbeizuführen. Wir haben derselben aber gewissenhaft widerstanden und nichts getan, um Kriegsaussichten zu fördern; aber wenn wir diese Enthaltsamkeit aus allgemeinen christlichen Erwägungen üben, so sind wir doch der deutschen Nation schuldig, alles zu vermeiden, was dahin führen könnte, daß wir England die russische Feindschaft abnehmen, indem wir sie uns selber aufladen“ [3]).

Man erkennt hier die Notwendigkeit des Rückversicherungsvertrages für Deutschland. Er sollte nicht nur das Zustandekommen einer russisch-französischen Koalition verhindern, sondern ebenso das einer englisch-russischen [4]). Er allein aber genügte hierfür nicht. Österreich wie Italien durften durch eine englisch-russische Annäherung nicht von England entfremdet und unter Umständen in die Arme Frankreichs getrieben werden. War es denn nicht denkbar, daß dem Zaren ein Ausgleich der englischen und russischen weltpolitischen Gegensätze willkommener sein mußte als ein Bündnis mit Deutschland?

[1]) Gr. Pol. IV Nr. 913 (24. 8. 1887).
[2]) Gr. Pol. IV Nr. 908 (8. 8. 1887).
[3]) Gr. Pol. IV Nr. 777 (27. 5. 1885).
[4]) so auch Holborn, 64.

Zur Sicherung des Rückversicherungsvertrages schickte Bismarck Ende August 1887 seinen Sohn nach London, um in diesem entscheidenden Augenblick dem Deutschen Reich die politische Hinterhand zu wahren. Graf Herbert von Bismarck zerstreute Salisburys Besorgnis vor einem europäischen Krieg, nachdem der Reichskanzler schon durch Hatzfeldt — 6 Wochen nach Unterzeichnung des Rückversicherungsvertrages — Salisbury die bündige Versicherung gegeben hatte: „Zu einem deutsch-russischen Krieg liegt auch heute, wie seit einem Jahrhundert, nicht die mindeste Aussicht und Veranlassung vor. Ich halte unsern Frieden mit Rußland für gesichert" [1]).

Auf diese persönliche Einwirkung des deutschen Staatssekretärs ist es zurückzuführen, daß Lord Salisbury den Gedanken einer Anknüpfung an Rußland aufgab, und an der bisherigen Verständigung mit Österreich und Italien festhielt. Es ist schwer zu sagen, was den englischen Premierminister mehr bestimmte, Herbert von Bismarcks Idee „to devise a plan in which way one might give more backbone to the Sultan" zuzustimmen: die Einsicht in den defensiven deutschen Kriegsplan, der es Rußland nicht gestatten würde, den Sultan mit Truppen zu unterstützen [2]), oder das formelle Vermittlungsangebot des deutschen Diplomaten für ein „pactum de contrahendo" zwischen England, Italien, Österreich und dem Sultan [3]). Wenn Graf Herbert von Bismarck auch betonte, daß Deutschland im Hintergrund bleiben müsse, so kann heute kein Zweifel darüber bestehen, daß hiermit eine diplomatische Aktion begann,

---

[1]) Gr. Pol. IV Nr. 908 (8. 8. 1887).

[2]) Gr. Pol. IV Nr. 913 (24. 8. 1887).

[3]) Vom Standpunkt der späteren politischen Entwicklung dürfte es sich lohnen, darauf hinzuweisen, was Herbert v. Bismarck in der Unterhaltung mit Lord Salisbury zu diesem Punkte sagte: . . . „Wenn Rußland und Frankreich uns gleichzeitig angriffen, so würden wir letzteres zwischen den reichsländischen und rheinischen Festungen defensiv behandeln, wozu wir kaum die Hälfte unseres gesamten Aufgebots bedürfen würden. Der Rest unserer Armee mit der zu Unrecht unterschätzten österreichischen würde vollkommen genügen, um Rußland nicht nur in Schach zu halten, sondern niederzuwerfen. Jedes Mittel würde uns alsdann erlaubt sein, ce sera une guerre à coups de révolutions mit dem Eintreiben des politischen Stachels in Rußland anzufangen. Rußland würde bei seiner langsamen Mobilisierung und betrügerischen Intendantur 4 bis 6 Wochen brauchen, um auch nur eine manövrierfähige Armee von 250 000 Mann zu vereinigen. Wir würden es zum schnellem Friedensschluß zwingen, wenn der Zar sich dann überhaupt halten könne. Verschwände der aber dabei, so würde Rußland dann um so schwächer, that whole mountain of mud would then collapse. Daß die Russen noch Truppen für den Balkan in solchen Fällen übrig haben sollten, sei also eine Chimäre" . . . Ebenda.

die für die deutsche Politik von größter Wichtigkeit wurde. England war wiederum an die mitteleuropäische Bündnisgruppe herangedrängt worden. Man darf daher sagen: Deutschland war der eigentliche Leiter der Verhandlungen, die nach vier Monaten im Dezember 1887 zum Abschluß des „Orientalischen Dreibundes" führten [1]).

Bismarcks Initiative wurde gefördert durch das ungestüme und leidenschaftliche Temperament Crispis, der seit dem 30. Juli nach dem Tode von Depretis an die Spitze des italienischen Staates trat [2]). Crispi unterstützte Prinz Ferdinand in Bulgarien, „per acquistare all' Italia prestigio e sipatie nella peninsola balcanica" [3]), er bot Salisbury — allerdings ohne Erfolg — eine Militärkonvention an [4]), er beantragte Anfang Oktober in Wien eine „Kollektiv-Demarche" der Botschafter Österreichs, Englands und Italiens in Konstantinopel, „um den Sultan von der russischen Bevormundung zu befreien" [5]). Zwei Wochen später schlug er in Wien am 13. September 1887 ein „praktisches Zusammengehen Österreichs, Italiens und Englands in der bulgarischen Frage vor und regte bei seinem Aufenthalt in Friedrichsruh vom 1. bis 3. Oktober eine deutsch-italienische Militärkonvention an, die in der Tat im April des folgenden Jahres Wirklichkeit wurde [6]).

Bismarck war erfreut über diese dreibundfreundliche Haltung des italienischen Ministerpräsidenten und die Annäherung, welche sich zwischen Italien und Österreich über ihre beiderseitige Balkanpolitik vollzog [7]). Sie begünstigte das Zustandekommen des von Bismarck empfohlenen erweiterten Orientabkommens. Am 17. September 1887 übermittelte der österreichische Botschafter in Konstantinopel, Baron Calice, Kalnoky das Dokument, welches das Ergebnis seiner Diskussionen mit dem italienischen Botschafter Blanc und dem englischen Botschafter Sir W. White dar-

---

[1]) Die ursprüngliche Idee, „die Türkei an die Dreiergruppe näher heranzuziehen und womöglich zu binden" stammte von Kalnoky. Archiv Ausw. Amt. Vgl. Privatschreiben Kalnokys an Frhn. v. Calice vom 9. 9. 1887. S. Anhang Nr. 1. Vgl. den Bericht des Botschafters von Radowitz an Fürst Bismarck, Pera, 7. 11. 1887. Archiv Ausw. Amt.

[2]) Italicus, 101 ff.

[3]) Crispi I, 260.

[4]) Ebenda, 266 ff.

[5]) Archiv Ausw. Amt. Kalnoky an Frhn. v. Calice, Wien, 9. 1. 1887.

[6]) Trützschler, 117 f. Langer I, 433 ff. W. Schinner, Der österreichisch-italienische Gegensatz auf dem Balkan und an der Adria (1936) S. 132 ff. Italicus, 115 ff.

[7]) Gr. Pol. IV Nr. 916 (24. 9. 1887).

stellte [1]). Die einzelnen Verhandlungen über dieses Dokument zwischen Wien, Rom und Berlin können hier übergangen werden [2]).

Es ist festzustellen, daß Bismarck alles tat, um das Einverständnis zwischen Wien und Rom nicht zu gefährden und den Eifer des Herrn Crispi" nicht erkalten zu lassen [3]). Andererseits warnte er den österreichischen und den italienischen Kanzler, von England nicht zu viel zu verlangen. „Lord Salisbury ist persönlich schwach", heißt es in einer Instruktion des deutschen Staatssekretärs an den Geschäftsträger in Wien, Grafen Monts. „Er hat nicht, wie Crispi, eine große und sichere Majorität hinter sich. Seine Lage ist daher in bezug auf weitgehende Abmachungen eine schwierige, und man muß vermeiden, den Bogen zu straff zu spannen, indem man mehr von ihm verlangt, als er in seiner Situation leisten kann. Es würde bloß zu einem non possumus seinerseits führen. Das Bemühen der am Bestande des Salisburyschen Kabinetts interessierten Mächte muß aber sein, dasselbe vorsichtig und allmählich zu stärken und seinen Chef durch diplomatische Überredung zu größerer Selbständigkeit zu bringen" [4]). Diese aufschlußreichen Sätze enthüllen das psychologische Verständnis und die genaue Kenntnis, die Vater und Sohn Bismarck von englischem Wesen und englischer Politik hatten.

Aus den bei Medlicott zum ersten Mal mitgeteilten Telegrammen des Wiener Archivs geht hervor, daß es der englische Botschafter White war, der Salisbury natürlich längst von dem geplanten Abkommen Kenntnis gegeben hatte, und der jetzt Calice und Blanc den Rat erteilte, durch Bismarck die formelle Eröffnung der Verhandlungen in London beginnen zu lassen [5]).

Lord Salisbury bereitete es keine reine Freude, dieses Abkommen abzuschließen. „My own impression is that we must join, but I say it we regret. I think the time inopportune and we are merely

[1]) Diese „Bases d'un accord à trois" bestimmten die Erhaltung des Status quo im Orient, der bestehenden Verträge, der lokalen Autonomien, der Unabhängigkeit der Türkei. Um die russische Tätigkeit auf dem Balkan lahm zu legen, sollte die Pforte ihre Suzeränitätsrechte in Bulgarien nicht andern überlassen. Die Mächte beschlossen, den Beitritt der Pforte für diese Prinzipien zu erlangen, stellten Unterstützung in Aussicht, falls der Sultan Rußland widerstehen wolle. Bei etwaiger Passivität aber, oder im Fall des türkischen Einverständnisses mit Rußland würden sie gewisse strategische Punkte des türkischen Reiches besetzen. Gr. Pol. IV Nr. 918 (20. 10. 1887).

[2]) Medlicott, 77 ff. Langer I, 434 ff.

[3]) Gr. Pol. Nr. 919 (21. 10. 1887).

[4]) Gr. Pol. Nr. 921 (4. 11. 1887).

[5]) Medlicott, 81. Calice an Kalnoky (19. 10. 1887).

rescuing Bismarck's somewhat endangered chestnuts" [1]). Ihm gefiel weder die „lebhafte Gangart" des italienischen Ministerpräsidenten [2]), noch das Abseitsstehen Deutschlands. „In secret, schrieb er dem englischen Botschafter in Rom, Sir S. Lumley am 20. Oktober, Germany patronises and presses the drift; in public she stands aloof. — and no doubt privately expresses her horror of it at St. Petersburg" [3]).

Die Ungewißheit über die deutsch-russischen Beziehungen, der für Mitte November angekündigte Zarenbesuch in Berlin [4]) und die „erschütternden Nachrichten" von dem Gesundheitszustand des deutschen Kronprinzen erregten bei Salisbury weitere schwerwiegende Bedenken, das Abkommen zu unterzeichnen [5]). Wir sahen bereits, wie argwöhnisch er von Zeit zu Zeit das Verhältnis von Deutschland und Rußland betrachtete. Am 2. November schrieb er Sir William White nach Konstantinopel: If Bismarck can establish a South-Eastern raw, the Russian bear must perforce forget the Western raw on his huge carcasse. If he can get up a nice little fight between Russia and the three Powers, he will have leisure to make France a harmless neighbour for some time to come. It goes against me to be one of the Powers in that unscrupulous game" [6]). Man sieht hier, wie wenig der englische Minister im Grunde seines Herzens dem mitteleuropäischen Bündnissystem zuneigte. England ließ sich, im Drang der Stunde, das Maß europäischer Verantwortung nur von einem Bismarck auferlegen. „Zu Bismarck habe er unwandelbares Vertrauen", erklärte Lord Salisbury dem deutschen Botschafter. „Solange die Leitung der deutschen Politik in seinen Händen liege, glaube er keinen Augenblick an eine Kursänderung. Aber Seine Königliche Hoheit Prinz Wilhelm sei ein sehr junger Herr, mit den vorzüglichsten Eigenschaften ausgestattet, dessen lebhafte russische Sympathien kein Geheimnis wären. Er könne sich daher der ernsten Sorge nicht verschließen, daß unter Umständen später eine neue und festere Verständigung mit Rußland zustande komme, aus welcher eine aktive Unterstützung (Herbert von Bismarck schrieb hier an den Rand: „Unsinn") Rußlands

[1]) Cecil IV, 71 (2. 11. 1887).

[2]) Gr. Pol. IV Nr. 905 (13. 9. 1887). Es ist bezeichnend für Salisbury Beurteilung der italienischen kolonialen Aspirationen, daß er in einer Unterredung mit Hatzfeldt „das schwer zu erobernde Abessinien" nicht für ausreichend hielt, um Italien zufrieden zu stellen. Gr. Pol. IV Nr. 910 (12. 8. 1887).

[3]) Cecil IV, 69 ff (28. 10. 1887).

[4]) Gr. Pol. V Nr. 1124 (1. 11. 1887).

[5]) Gr. Pol. IV Nr. 926 (12. 11. 1887).

[6]) Cecil IV, 71 (2. 11. 1887).

im Orient gegen die Mächte hervorgehen könnte, deren Verständigung wir heute hier befürworten“ [1]). „Zwischen uns und der vielleicht hemmungslosen Regentschaft des Prinzen Wilhelm stehen nur noch drei Menschenleben: Kaiser Wilhelm im Alter von 91, Fürst Bismarck mit 73 Jahren und Kronprinz Friedrich, der von einer Krankheit bedroht wird, die kein Pardon kennt“ [2]). Lord Salisbury bat daher um eine „official declaration of Germany's approbation for the proposed understandnig“, ohne die England keine Sicherheit für eine zukünftige pro-russische Politik des Prinzen Wilhelm habe.

Bismarck gab sie. Er antwortete am 22. November 1887 mit einem außerordentlich sorgfältig abgefaßten Privatbrief an Lord Salisbury, der zu den wichtigsten Bismarckschen Staatsschriften gerechnet werden muß. Weniger als je hatte er Veranlassung, sich auf die russische Deckung allein zu verlassen [3]). „Wir können keine Politik machen, lautete eine seiner Randbemerkungen zu dem Bericht Hatzfeldts vom 12. Dezember 1887, in Folge deren wir isoliert wären, sobald Rußland es gut finden wird. Wir können uns nicht auf Rußlands Liebe allein verlassen, nach allem was seit 1878 vorgegangen ist, und uns nicht mit Österreich, Italien und England, mit denen das Bündnis in Deutschland populär ist broullieren. Was sollten wir im Bunde mit Rußland erstreben, um uns von Petersburger Launen abhängig zu machen“ [4])! Andererseits hatten die Verhandlungen über den accord à trois Salisbury nicht gehindert, am 24. Oktober 1887 einen Kolonialvertrag mit Frankreich abzuschließen. Der französische Außenminister Flourens hoffte bereits, daß sich aus dieser Konvention über die Neutralisierung des Suezkanals ein späteres Bündnis entwickeln könnte. Sowohl in Petersburg wie in

---

[1]) Gr. Pol. IV Nr. 926 (12. 11. 1887). Man wird hinter den Salisburyschen Andeutungen über die russophilen Neigungen des Prinzen Wilhelm die Kenntnis der verhängnisvollen Briefe des Prinzen an den Zaren vermuten dürfen. Konnte dem russischen Hof etwas gelegener kommen, als diese Briefe bei den nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zum Hause Windsor weiterzugeben, um die deutsch-englischen Verhandlungen zu stören? Vgl. O. Becker, Das Französisch-russische Bündnis (1925) S. 286 ff.

[2]) Cecil IV, 72 (16. 11. 1887).

[3]) Vgl. die Warnung, die er am 29. August an die russische Regierung richtete: „Wenn die russische Regierung das Kokettieren mit Frankreich duldet, so wird das nicht ohne Einfluß auf unsere Politik bleiben; wir werden beispielsweise in der bulgarischen Frage eine Auffassung adoptieren, die sich mehr der Österreichs, Englands und Italiens anschließt. Die russische Hetzerei kann uns nicht gleichgültig lassen“. Gr. Pol. VI Nr. 1215 (22. 8. 1887).

[4]) Gr. Pol. IV Nr. 926 (12. 12. 1887).

Paris wurde der Anschluß an England ernsthaft erwogen. England zeigte sogar Frankreich Entgegenkommen [1]).

Freundschaftlich und freimütig gab Bismarck darum dem englischen Minister in dem Brief von 22. November Auskunft über die durch geographische Lage und historische Entwicklung in zwingenden Weise vorgezeichnete Stellung Deutschlands zu den anderen Mächten und der geplanten Gruppierung im Orient. Weder monarchische Sympathien noch Thronwechsel werden Einfluß haben auf die Ziele jeder deutschen Regierung, für die nur deutsche Interessen maßgebend sein werden. Darum kann sie keinen Krieg gutheißen, der aus orientalischen Verwicklungen seinen Anlaß nimmt. Bismarck lehnte es damit ab, sich für rein englische Interessen im Orient einzusetzen, und die Verantwortung für Konfliktsfälle zu übernehmen, die aus der gemeinsamen Abwehr russischer Aspirationen durch die englische und österreichische Politik entstehen konnten. Einen Krieg mit Rußland will er vermeiden, solange der Bestand Österreich-Ungarns als Großmacht nicht in Frage gestellt wird. Andererseits garantierte er England, daß kein deutscher Kaiser mit Rußland die Waffen gegen England richten werde. Deutschland werde sogar in die Reihen der Kämpfenden eintreten, sollten England oder Italien Gefahr laufen, von französischen Heeren überflutet zu werden [2]).

Diese Zusicherungen des deutschen Reichskanzlers verbunden mit der gleichzeitigen Mitteilung des geheimen deutsch-österreichischen Vertrages vom Jahr 1879 festigten Salisburys Vertrauen zur deutschen Politik. „It sufficiently establishes that Germany must take the side of Austria in any war between Austria and Russia“ [3]). Mit diesen Worten übersandte Lord Salisbury das wertvolle Dokument der Königin. Eine Entente mit Italien allein genügte nach seiner Ansicht nicht, um

[1]) W. Mindelband, Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit (1936) S. 317. Langer I, 437. Cecil IV, 71 (2. 11. 1887). Salisbury an White: „The Suez Canal Convention has had the effect for the moment of improving our relations with France. After the experience I got of the Chancellors pretty ways during Wolff's negotiations I do not wish to depend upon his good will and therefore shall keep friends whith France as far as we can do it without paying too dear for it“ (2. 11. 1887).

[2]) Gr. Pol. IV Nr. [illegible] (22. 11. 1887). Dem Schreiben war ein Postscriptum beigefügt, welches Salisbury von der ausdrücklichen Billigung dieser Gedanken durch den Prinzen Wilhelm Kenntnis gab. Vgl. O. Becker, Bismarcks Bündnispolitik (1923), 116 ff. Langer I, 437.

[3]) Cecil IV, 72.

Rußland wirkungsvoll im Orient entgegen zu treten. Alles hänge von Österreich ab, und dieses werde einen russischen Krieg nur wagen, wenn es des deutschen Beistandes sicher wäre. „If Austia could count on German support in such a struggle, it would be possible for her to carry out fully the policy indicated in the „8 bases". In any other case England by giving this adhesion might be committing herself to a policy foredoomed to failure" [1]).

Bismarcks Erwartungen trafen ein. Nach einigen formalen Änderungen fand am 12. Dezember 1887 der Notenaustausch in London statt [2]).

In dieser Zeit wurde in Berlin der Versuch unternommen, die Türkei an den Orientalischen Dreibund anzuschließen. Man plante in Berlin, den geheimen deutsch-österreichischen Vertrag von 1879, den man Salisbury und Crispi mitgeteilt hatte, auch dem Sultan zu schicken [3]). Bismarck hoffte, dadurch „dem Sultan mehr Vertrauen in die Zwecke und Ansichten Österreichs und Italiens einzuflößen". Aber auch aus militärischen Gründen legte er der „Anlehnung der Türkei an die Dreiergruppe" großen Wert bei. Dem deutschen Botschafter in Rom wurde am 7. November 1887 mitgeteilt: „Die militärischen Vorteile einer türkischen Kooperation liegen auf der Hand. Das die österreichisch-italienische Heeresmacht dadurch eventuell um mehrere 100,000 Mann guter Truppen verstärkt werden würde, ist dabei noch nicht einmal die Hauptsache. Sondern es ist in Betracht zu ziehen, daß Rußland durch die geographische Konfiguration in eine höchst ungünstige strategische Lage kommen würde, wenn in einem Krieg mit Österreich-Italien bei einer türkischen Mitwirkung die Meerengen als Angriffsstraße gegen Rußland geöffnet sein würden. In seinen Operationen nach der europäischen Seite gelähmt, würde Rußland seine Aufmerksamkeit und seine Streitkräfte zwischen Westen und Süden teilen müssen, und sonach im Westen fast um die Hälfte schwächer zum Angriff wie zur Verteidigung sein, als wenn es den Sultan zum Bundesgenossen hätte, oder wenn derselbe neutral bliebe" [4]).

Wir erfahren hier die bisher wenig beachtete Tatsache, daß Bismarck trotz des Rückversicherungsvertrages mit der Möglichkeit eines russischen

[1]) Ebenda.

[2]) S. Text des Vertrages, Anhang Nr. 18.

[3]) Archiv Ausw. Amt. Fürst Bismarck an den Botschafter in Rom Grafen Solms zu Sonnenwalde. Berlin, 20. 11. 1887. S. Anhang Nr. 2.

[4]) Archiv Ausw. Amt. Fürst Bismarck an den Botschafter in Rom Grafen Solms zu Sonnenwalde. Berlin, 7. 11. 1887.

Angriffs rechnete. Deutschland und seine Bundesgenossen sollten auch in diesem Fall gesichert sein. Dazu diente der Orientalische Dreibund und die beabsichtigte Anlehnung an die Türkei [1]).

Bismarck hat das Verhältnis von Rückversicherungsvertrag und den orientalischen Dreibundabmachungen, wie er es sah, mit den folgenden Worten charakterisiert: „Wir können die Ergebnisse von Verabredungen mit Österreich und Italien übersehen und nehmen dieselben auf uns. Von der Türkei und von England können wir unsere Entschließungen über Krieg und Frieden mit Rußland aber nicht abhängig machen. Unsere Aufgabe bleibt darauf beschränkt, solange nicht etwa Österreich direkt von Rußland angegriffen wird, Frankreich in Schach zu halten. Eine Liga nicht nur mit Österreich und Italien, sondern auch mit England und der Türkei dahin zu bilden, daß wir eine direkte und moralische Pflicht übernehmen, gegen Rußland auch dann vorzugehen, wenn es mit England und der Türkei in Krieg geriete, liegt nicht in unserer Absicht. Denn nur aus österreichischen und italienischen Kriegen, nicht aber aus türkischen oder englischen können Resultate hervorgehen, welche unsere eigenen Interessen gefährden und schwer genug von Gewicht wären, um die Last eines deutsch-russischen Krieges für uns aufzuwiegen. Wenn wir England gegen französische Angriffe sicherstellen, so ist das alles, was wir im Sinne der Österreich und England gemeinsamen Interessen tun können. Durch Frankreich kann England lebensgefährlich geschädigt werden, wenn wir es nicht hindern, durch Rußland aber in Europa nicht, und im Orient liegen überhaupt für uns keine Interessen, deren Wahrnehmung die Übernahme eines russischen Krieges für die deutsche Politik rechtfertigen könnte“ [2]).

In diesen Sätzen an den deutschen Botschafter in Wien vom 20. April 1887 liegt bereits der Inhalt, den wir aus Bismarcks Brief an Salisbury vom 22. November 1887 kennen gelernt haben. Bismarck knüpfte vertragliche Beziehungen zu Rußland. Mit England und, wie wir hier sahen, mit der Türkei wollte er nur indirekte Bindungen eingehen. Das war eine absolut ehrliche Politik, für die das oft gebrauchte Wort „à double fond“ nicht am Platze ist. Wohl war beabsichtigt, im diplomatischen Spiel der Mächte Deutschland die entscheidende Rolle zuzuweisen. Solange Bismarck im Amt war, geschah das jedoch nicht, um die eine oder

---

[1]) Da der englische Minister Einwendungen erhob und türkische Indiskretionen für unvermeidlich hielt, wurde dieser Plan aufgegeben.

[2]) Archiv Ausw. Amt.

die andere Macht direkt zu schädigen. Bismarck trieb diese Politik, die bestehenden Gegensätzen der Mächte Rechnung trug, weil sie nach seiner Überzeugung die sicherste Gewähr für Aufrechterhaltung des europäischen Friedens bot. [1])

Mit diesem Orientalischen Dreibund war es Bismarck gelungen, die indirekte Bindung Englands an Deutschland zu erneuern und zu befestigen. Sein Verdienst ist umso höher anzuschlagen, da er, wie wir sahen, einen nicht unbeträchtlichen Widerstand bei Lord Salisbury zu überwinden hatte. Der deutsche Kanzler hatte mit dem Rückversicherungsvertrag und diesem zwischen England, Italien und Österreich abgeschlossenen Abkommen sowohl eine westliche wie die östliche Orientierung der deutschen Politik ermöglicht. Man darf das unter den gegebenen Umständen als eine ideale Lösung bezeichnen. Sie stellte ihn weder vor die schwerwiegende Frage, die 1898 und 1901 an die deutschen Staatsmänner herantrat, Kontinentaldegen Englands zu sein; noch brachte sie ihn in die Lage, mit Rußland isoliert oder von Rußland abhängig zu sein.

Das kühne Kissinger Programm von 1877 war erneut verwirklicht: Es war eine politische „Gesamtsituation" geschaffen, „in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zu einander nach Möglichkeit abgehalten werden" [2]).

---

[1]) Bismarck schrieb dem deutschen Botschafter in Wien, Prinzen Reuß, am 26. Februar 1888: „Die Neigung zum Friedensbruch wird in Rußland wesentlich vermindert, wenn man dort weiß, daß es Österreich auch ohne deutsche Hülfe an Beistand gegen unberechtigte Angriffe nicht fehlt. Die drei Mittelmeermächte bilden ein im friedlichen Sinne wirkendes Gegengewicht gegen solche orientalischen Bestrebungen Rußlands, welche ihre gemeinsamen Interessen bedrohen könnten, ohne die unsrigen zu berühren." Gr. Pol. X Nr. 2555 Anmerkung.

[2]) W. Windelband, Gestalten und Probleme der Außenpolitik (1937) S. 113.

II. Deutsch-Englische Freundschaft 1888/89.

Die beiden letzten Jahre der Bismarckschen Kanzlerzeit stellen den Höhepunkt enger und vertraulicher Beziehungen zwischen London und Berlin, sowie zwischen London, Wien und Rom dar. England erkannte den Vorteil des indirekten Bündnisses mit der stärksten Macht des Kontinents [1]). Es trifft nicht zu, wenn man Salisburys Regierungstätigkeit als ein eindeutiges Bekenntnis zur Politik der „Isolation" bezeichnet hat [2]). Sein Verhältnis zum orientalischen Dreibund in den letzten 80er Jahren beweist das Gegenteil. „He was willing to rank England overtly in that group, to render to its members all services of national friendship, and to engage, though somewhat reluctantly, for material co-operation with them in defence of certain already incurred obligations" [3]). Man wird dieses Urteil seiner Tochter, Lady Gwendolen Cecil, bei einer näheren Prüfung internationaler Fragen der Jahre 1888 und 1889 bestätigt finden.

Die Möglichkeit eines Krieges zwischen Rußland und Österreich wegen der bulgarischen Frage hatte die europäischen Kanzleien 1887 beständig in Atem gehalten. Die Gefahr rückte um die Jahreswende noch näher, da in deutschen wie österreichischen Militärkreisen die feste Absicht bestand, „den unvermeidlichen russischen Krieg" sogleich herbeizuführen [4]). Es kostete Fürst Bismarck harte Kämpfe mit dem deutschen und österreichischen Generalstab, insbesondere mit Graf Waldersee, um den Präventivkriegabsichten und den Versuchen, das deutsch-österreichische Bündnis „zu verschieben", wirksam entgegenzutreten [5]). „Ich würde die Verantwortlichkeit für die gegenwärtige politische Situation nicht mehr übernehmen können", schrieb Bismarck an den Chef des Militärkabinettes, General von Albedyll, wenn militärische Verhandlungen stattfänden, mit deren Inhalt und Tragweite ich mich vom politischen Standpunkt nicht einverstanden erklären könnte." „Das bisherige Ziel der kaiserlichen Politik

---

[1]) Vgl. St. James Gazette, (12. 12. 1887). S. Anhang Nr. 11.

[2]) So urteilt Preller in „Englands Weltpolitik als Gleichgewichtspolitik". (1935) S. 68.

[3]) Cecil IV, 86.

[4]) Gr. Pol. VI Nr. 1157 ff.

[5]) Waldersee, Denkwürdigkeiten Bd. I (1923) S. 337 ff. Trützschler, 135 ff. Der grundlegende Gegensatz in den Anschauungen Bismarcks und Waldersees zeigt des letzteren Unterredung mit Kalnoky im Juni 1888. Waldersee I, 406 ff. „Auf dem bisherigen Weg darf jedenfalls nicht mehr sehr lange fortgefahren werden", erklärte der Generalquartiermeister. „Von der des Kanzlers unterscheidet sich meine Auffassung darin, daß er uns

ist die Erhaltung des Friedens, und unser System geheimer Verträge setzt eine Prämie auf friedliches Verhalten insofern aus, als wir Österreich beistehen, wenn Rußland den Frieden bricht, und nach dem russischen Vertrag neutral bleiben, wenn Österreich den Frieden bricht." „Wenn die Militärs Österreich Versprechungen machen, durch welche die österreichische Kriegslust im Widerspruch mit unserer Politik gefördert wird, und durch welche wir eine Haltung zusagen, die mit unserer russischen Vertragspflicht in Widerspruch steht, und das deutsche Reich dem russischen, also auch dem französischen Krieg entgegenführt, so ist meine Verantwortlichkeit für die mit der Leitung der auswärtigen Politik verbundenen Stellung als Reichskanzler nicht mehr haltbar" [1]).

Bismarck wußte nur zu gut, warum er diese weiterblickende und durch die späteren Ereignisse immer wieder gerechtfertigte Friedenspolitik trieb. Er diente damit nicht nur deutschem Interesse, sondern schuf dadurch die Grundlage der deutsch-englischen Freundschaft. Was für England heute zutrifft, galt auch für das Ende des 19. Jahrhunderts: Es konnte nicht erwarten, daß es durch europäische Kriege mehr gewann als verlor. Die Gewißheit, in Deutschland an leitender Stelle die gleiche Auffassung zu finden ist es gewesen, die Lord Salisbury bewog, aus der Freundschaft Englands mit den Mächten des Orientalischen Dreibundes kein Hehl zu machen. „I decline to believe that Bismarck will be so superior to all ordinary motives as to risk, if he can help it, the edifice which he has had the glory of constructing, and all the fame he has gained, on a venture where he cannot gain more than he has already. I believe he means to end his days in peace if he can" [2]).

---

jeden Krieg fernhalten will in dem Glauben, in Rußland oder in Frankreich, oder in beiden Ländern werde ein innerer Zerfall eintreten, während ich meine, daß wir recht tun, ernsthaft an die Lösung der ungesunden europäischen Verhältnisse zu gehen, selbst wenn wir dazu einen Krieg führen müßten." „Das Beste sei, wenn Deutschland den Krieg gegen Frankreich und Rußland gleichzeitig zu führen hätte, weil sich dann im Bunde mit Österreich und Italien sehr günstige Chancen bieten." Diese Äußerungen hatten große Bedeutung, da Waldersee in jener Zeit der einflußreichste Ratgeber Wilhelms II. war. Vgl. den Brief Wilhelms II. an Bismarck vom 10. Mai 1888. Gr. Pol. VI Nr. 1339 ff. Waldersee I, 395 ff. Dem Ausland blieb diese politische Auffassung nicht unbekannt. Alexander III. wies bei seinem Besuch in Berlin im Oktober 1889 Bismarck auf den Einfluß dieser militärischen Ratgeber hin und nannte dabei im besonderen den Namen Waldersee.

[1]) Gr. Pol. VI Nr. 1163 (15. 12. 1887). Nr. 1182 (19. 12. 1887). Nr. 1184 (20. 12. 1887).

[2]) Cecil IV, 102.

Als der Zar im Februar 1888 den letzten Versuch machte, den Koburger Prinzen in Bulgarien zu beseitigen, fand er entschlossenen Widerstand bei England, Österreich und Italien [1]). „A mere admission of the Russian request seems to me to be so dangerous as to be quite impossible", schrieb Salisbury Sir A. Paget nach Wien am 22. Februar 1888. Die Bulgarische Frage endete mit einer russischen Niederlage. „Les cours de Viennes, de Rome et de Londres sont intimément liées d' intentions et d' idées", bekannte in jenen Tagen der russische Botschafter in London, Baron de Staal. „Aucune d'elles n'a besoin, par conséquent, de grands efforts pour entraîner les autres. L'accord s'établit de lui-même" [2]).

In der Tat war das Bestehen einer englisch-österreichisch-italienischen Entente für die europäische Öffentlichkeit kein Geheimnis mehr. Nach den Anfragen Labouchères im englischen Unterhaus am 10. Februar [3]), den Enthüllungen des „Berliner Tageblatts" vom 15. November 1887, des „Standard" vom 29. November 1887 [4]), der „Neuen Freien Presse" am 11. Februar und der „Opinione" [5]) konnte kein Zweifel mehr bestehen. Die „St. James Gazette" sprach sogar in ihrem Leitartikel das Bedauern aus, daß keine feste Allianz mit Italien abgeschlossen sei, da eine solche den Interessen des Landes wie den Wünschen der Nation entspräche [6]). Noch deutlicher wurde die „Times" am 15. Februar: If there should be any danger of a blow struck at Italy which would destroy the Italian Navy and give France an undisputed ascendency in the Mediterranean, it would be the duty of England, for the security of her own Empire and commerce as well as for the maintenance of the European equilibrium and the preservation of a state to which we are bound by ties of sympathy and friendship, to exert all her power to avert the disaster" [7]).

Anscheinend waren diese Artikel an die Adresse Frankreichs gerichtet.

---

[1]) Cecil IV, 82. Crispi, Memoiren 300 f. Langer I, 451. Trützschler, 147 ff.

[2]) A. Meyendorff, Correspondance diplomatique du Baron de Staal 1884—1900 (1929) I, 404 Staal à Giers 11. 3. 1888.

[3]) Unterstaatssekretär Sir James Ferguson antwortete, daß „von der englischen Regierung kein agreement eingegangen worden sei, welches sie zu militärischer Aktion verpflichtete". Gr. Pol. IV Nr. 941 (11. 2. 1888).

[4]) S. Anhang Nr. 12, 13.

[5]) Schultheß 1888, 349. Langer I, 465.

[6]) Times, 15. 2. 1888 vgl. Times am 21., 22., 23. Februar 1888.

[7]) Ebenda.

Dort erreichte in jenen Monaten der Boulanger-Taumel seinen Höhepunkt [1]). Salisbury betrachtete die wachsende Popularität des französischen Generals mit nicht geringer Besorgnis [2]), zumal in der englischen Öffentlichkeit übertriebene Gerüchte von einer französischen Invasion eine Art Panik ausgelöst hatten [3]). Als Konzession für diese Stimmung gab er seine Einwilligung für eine von Crispi erbetene Flottendemonstration, die im Mai 1888 bei der Eröffnung der internationalen Ausstellung von Barcelona stattfand [4]). Er tat es jedoch ungern. Die vorwärtstreibende Kraft war in jenen Jahren nicht das Ministerium sondern die Königin. Als Salisbury im August in Royat weilte, „bombardierte" sie ihn mit Telegrammen [5]), um ihn zu bewegen, mit dem aus Friedrichsruh zurückkehrenden Crispi zusammenzutreffen. „It is most important"! „We might find ourselves isolated"! „A mutual Verständnis, as they say in Germany, would be of immense use" [6])! Im April war sie selbst nach Italien gereist und hatte Franz Joseph in Innsbruck sowie den deutschen kaiserlichen Hof und Bismarck in Berlin besucht. Bismarck verglich diese Reise damals mit dem Rondegang eines Offiziers, der die Posten inspiziert, und dafür sorgt, daß diese ihre Pflicht tun. Sie sei von dem besten Einfluß auf die Stärkung des Dreibunds gewesen [7]).

Salisbury teilte die Befürchtungen der Königin nicht. In einem langen Brief schilderte er am 25. August seine Ansicht der politischen Lage: „Das Bündnis mit Österreich berührt den einzigen schwachen Punkt der englischen Stellung. Keine auswärtige Macht (wenn man Frankreich beiseite läßt) ist in der Lage, Englands Interessen zu bedrohen, mit Aus-

---

[1]) Langer I, 461.

[2]) Cecil IV, 95 „We are at this moment on the sharp ridge that separates the slopes towards war and peace . . . The French already, I am told, look upon war with England as the cheapest of the three alternatives open to them".

[3]) Cecil IV, 94.

[4]) Crispi I, 365 ff. Italicus, 118. Meyendorff I, 402.

[5]) Letters of Queen Victoria. III. Series Bd. I, 436.

[6]) Cecil IV, 105 ff.

[7]) Sir F. Ponsonby, Letters of the Empress Frederick (1928) S. 304. Bismarck führte ferner aus: „Soweit eine englische Königin ohne Anwesenheit oder Konsultierung ihrer Minister sich verfassungsmäßig über politische Fragen aussprechen kann, hat sie das mir gegenüber getan, indem sie ihre Sympathie für die Friedenspolitik der drei Zentralmächte ohne Rückhalt dokumentierte. Sie gab zu erkennen, daß sie, soviel an ihr läge, dahin wirken würde, daß das Gewicht Englands in die Wagschale derjenigen Seite falle, die als erhaltende und friedliebende in Europa bekannt sei". Gr. Pol. IV Nr. 819 (28. 4. 1888).

nahme von Rußland in Konstantinopel. Wenn Österreich — das heißt Ungarn — dahin gebracht werden könnte, eine russische Besitzergreifung des Bosporus mit Gleichmut zu betrachten, dann würde allerdings Englands Lage sehr schwierig werden. England müßte den Bosporus allein verteidigen. Rußland kann stets ein Mitgehen Italiens und Deutschlands erkaufen, wenn es ihnen freie Hand gegenüber Frankreich läßt. Aber so lange Österreich feststeht, muß auch Deutschland und infolgedessen auch Italien mitmachen. Für England lautet also die wichtigste Frage: Wie steht es mit Österreich? So weit wir uns ein Urteil bilden können, befand Österreich sich nie in günstigeren Verhältnissen als jetzt. Wenn das zutrifft, dann kann es bei all den Monarchen- und Minister-Besuchen nichts geben, was England beunruhigen könnte. Frankreich ist und bleibt Englands Gefahr. Aber diese ist nicht aktuell, solange die gegenwärtigen gespannten Beziehungen zwischen Frankreich und seinen zwei östlichen Nachbarn bestehen" [1]).

Wenn auch Salisbury öffentlich die Gemeinsamkeit englischer und italienischer Interessen betonte, so stand er im Grunde doch recht skeptisch dem ehemaligen Garibaldianer Crispi gegenüber. „My impression is that if France attacked Italy gratuitously by sea, the English feeling would be in favour of going to her assistance, but that if a war were to arise out of one of Crispi's trumpery quarrels, England would certainly stand aloof. I confess I should be very glad to see Crispi disappear- spite of the German fondness of him. His conspirator's temper leads him to political gambling, which, in the present state of men's feeling, is full of danger to the world's peace. I am glad to think that the financial mess into which he has got [2]) will help him to bring about that consummation" [3]). Hier werden die Grenzen der englisch-italienischen Entente deutlich. Wir erkennen, welchen Einfluß das persönliche Auftreten eines Staatsmannes auf die auswärtigen Beziehungen seines Landes haben kann. Noch schärfer kommt Salisburys Abneigung gegen Crispi in den Zeilen, die er Mr. Austin

---

[1]) Letters of Queen Victoria I, 436 f (25. 8. 1888).

[2]) Am 28. Februar 1888 wurde der französisch-italienische Handelsvertrag nicht mehr erneuert. Es begann ein Handelskrieg, der 10 Jahre dauern sollte. Italicus, 112 f. Augenscheinlich erfolgte der Bruch, als Frankreich von der Existenz der Mittelmeerverträge hörte. Vgl. Le Temps, 15. 2. 1888. A. Billot, La France et l'Italie (1905) Bd. I Kap. 4. Langer I, 474.

[3]) Cecil IV, 105 Lord Salisbury an Lord Dufferin (28. 12. 1888).

ſandte, zum Ausdruck: „The fault is mainly on the side of Italy, which assumes an unfriendly attitude on one petty question after another. But wether that is in pursuance of a fixed design or only represents Crispi's liability to lumbago, I am not at present in a condition to say. I incline to the latter hypothesis“ [1]).

Auch in den folgenden Jahren beſſerte ſich das Verhältnis zwiſchen Criſpi und Salisbury nicht. In keinem Brief ſpricht der engliſche Miniſter dem zweifellos fähigen, energiſchen, manchmal über das Ziel hinausſchießenden italieniſchen Staatsmann ſeine Anerkennung aus. Obwohl Salisbury deutſchen kolonialen Wünſchen auch nicht gern entgegen kam [2]), erſchien ihm Bismarck in dieſer Beziehung ein Engel im Vergleich zu Criſpi [3]). „Die Italiener ſind außerordentlich unangenehm mit ihrem falſch angebrachten und ſelbſtmörderiſchen afrikaniſchen Ehrgeiz. Ich will nicht, daß ihre ſehnſüchtigen Hoffnungen dort auf Koſten irgend eines Opfers unſererſeits befriedigt werden“ [4]). Salisbury ſcheute ſich nicht, mit Waffengewalt zu drohen, als Criſpi italieniſche Anſprüche auf der Inſel Sanſibar geltend machte. „We have only prevented him exacting what he pleased from the Sultan, by keeping the squadron at Zanzibar and intimating pretty plainly that force would be repelled by force“ [5]).

Während der Jahre 1888 und 1889 und in noch ſtärkerem Maß in den 90er Jahren lebte Criſpi beſtändig in der Sorge vor einem Angriff Frankreichs [6]). Seine wiederholten Demarchen fanden aber zumeiſt ungläubige Ohren. Kalnoky wie Bismarck ſchloſſen aus den gelegentlichen Rüſtungsvorbereitungen Frankreichs keine unbedingten Kriegsabſichten. „Die Verantwortung, einen Krieg in Europa mit einer räuberiſchen Handlung angefangen zu haben, würde Frankreich teuer zu ſtehen kommen“, erklärte Bismarck. „Es würde das finis Galliae ſein“ [7]). Bismarck und Kalnoky gaben daher dem italieniſchen Miniſter den wiederholten

---

[1]) Cecil IV, 103 (27. 7. 1888).

[2]) Ebenda S. 126. Salisbury an Sir E. Malet: „Prince Bismarck's Colonial undertakings are a great nuisance . . . If they did Germany any good I should mind it less — as we are sure to get some slice of any commercial opening anywhere“. (12. 2. 1889.)

[3]) Ebenda S. 236. (14. 10. 1888.)

[4]) Ebenda S. 326. (15. 11. 1889.)

[5]) Ebenda S. 236. (14. 10. 1888.)

[6]) Italicus, 124 ff. Langer I, 479.

[7]) Criſpi, Memoiren 430 ff. (24. 7. 1889.)

Rat, sich mit England über diese militärischen Fragen zu verständigen [1]). Crispi fand in London Verständnis. Salisbury beruhigte den italienischen Minister, indem er eine bedeutende Verstärkung der englischen Mittelmeerflotte in Aussicht stellte [2]).

Mochten koloniale Gegensätze zwischen England und Italien in Afrika bestehen, und sich in den nächsten Jahren noch verschärfen, sie waren nicht entscheidend genug, um eine andere Orientierung der englischen Politik in europäischen Fragen zu bewirken.

Es ist oft gesagt worden, daß Lord Salisbury im Grunde franzosenfreundlich und deutschfeindlich gewesen sei. Man macht ihn verantwortlich für das Scheitern eines deutsch-englischen Bündnisses, da er stets eine Verständigung sabotiert oder ihr zum mindesten passiven Widerstand entgegengesetzt habe. So allgemein ausgesprochen ist diese Auffassung für die Jahre bis 1890 nicht richtig. Sein Verhältnis zu Deutschland in den letzten Amtsjahren des großen Kanzlers beweist das Gegenteil. Graf Hatzfeldt schrieb in einem Privatbrief an Graf Herbert von Bismarck am 12. Dezember 1888: „Wie bekannt Salisburys guter Wille für uns ist, dafür darf ich als Illustration anführen, daß ihm hier in vielen Kreisen und sogar unter seinen Anhängern nachgesagt wird, daß er überhaupt unter deutschem Einfluß stehe und stets für alle aus Berlin kommenden Wünsche und Ratschläge zugänglich sei. Dies würde sich sofort ändern, wenn Lord Salisbury zum Rücktritt genötigt, und nach meiner festen Überzeugung würden wir von einem neuen Kabinett Gladstone keinerlei Unterstützung zu erwarten haben" [3]).

---

[1]) Gr. Pol. VI Nr. 1326 (13. 7. 1889). Vgl. den Erlaß Kalnokys an den österreichischen Botschafter in Rom, Baron von Bruck, vom 19. 3. 1889: „Unsere Flotte ist vortrefflich, kann sich aber an Größe mit denen der Großmächte nicht messen. Ich kann daher nur darauf zurückkommen, daß es die Grundbedingung einer vorsichtigen italienischen Politik ist, sich den Schutz Englands zu sichern. Solange das nicht geschehen ist, halte ich Italien nicht für aktionsfähig, weil die Furcht wegen Sicherheit seiner Küste Land und Leute paralysieren und stärker sein wird, als der tatendurstige Ministerpräsident". Pribram, 211.

[2]) Gr. Pol. VI Nr. 1324 (23. 7. 1889), Nr. 1327 (5. 8. 1889), Crispi, Memoiren, 418 ff. Seit dem Februar hatte im englischen Unterhaus eine lebhafte Diskussion über den ungenügenden Zustand der britischen Rüstungen stattgefunden. Das Ergebnis mehrerer Untersuchungskommissionen, denen Lord Salisbury als Präsident des „Cabinet Committee of National Defence" seine besondere Aufmerksamkeit schenkte, war die bedeutsame „Naval Defence Act" vom März 1889. Sie machte den „Two-Power-Standard" zur Grundlage der weiteren Rüstungspolitik.

[3]) Archiv Ausw. Amt.

Zweifellos bestand zwischen der Königin Victoria und Bismarck nicht ein gleich nahes Verhältnis. Sie hat Bismarck nicht vergessen, daß er die Battenbergischen Heiratspläne ihrer Tochter durchkreuzte [1]). Es ist unbestreitbar, daß sie wie ihr Außenminister große Hoffnungen auf einen ausgesprochen pro-englischen Kurs Kaiser Friedrichs setzten [2]). Um so erstaunlicher wirkt die Instruktion Salisburys an Sir Edward Malet vom 14. April 1888. Er forderte den britischen Botschafter in Berlin auf, Kaiserin Friedrich zu raten, „jede Betonung einer einseitig englisch orientierten Politik zu vermeiden. Abgesehen davon, ob eine solche für ein Land wie Deutschland überhaupt geeignet wäre, würde sie der Kaiserin nicht nützen. Man darf nicht entdecken, daß sie Deutschland nach englischem Vorbild zu formen versucht. Sie wird sich sonst sehr ernsten Gefahren aussetzen. Wenn ich ihr jetzt zu raten hätte, dann gingen alle meine Vorschläge für sie dahin: „to be in her rôle mildly Bismarckian and intensely German“ [3]).

Trotz der tiefgehenden Verstimmung, welche die äußeren Umstände von Wilhelms II. Thronbesteigung, sein wenig herzliches Verhältnis zu seiner Mutter, sein Zusammenstoß mit dem Prince of Wales im Oktober 1888 in Wien im englischen Königshaus zurückließ, wirkte sie nicht nachhaltig auf die diplomatischen und politischen Beziehungen Englands und Deutschlands ein [4]). Englischerseits war man sogar bestrebt, Hindernisse aus dem Weg zu räumen. „Die beiden Nationen sind zu sehr auf einander angewiesen“, schrieb Lord Salisbury der Königin, bevor diese eine Unterredung mit dem späteren Kaiser hatte, „sodaß alles, was man Prinz Wilhelm sagt, sorgsam erwogen werden muß. Leider ist es eine Tatsache, daß Prinz Wilhelms nicht zu billigende und unvernünftige Augenblickspolitik in Zukunft Ungeheures bewirken kann“ [5]).

Im Januar 1889 entschloß sich Bismark zu einem Schritt, der offenbar die Zweifel im englischen Lager über anglophobe Neigungen des Kaisers zerstreuen sollte. Durch den Botschafter in London richtete er in aller Form ein Bündnisangebot an die englische Regierung [6]). England und

---

[1]) M. L. Aufermann: „Der persönliche Anteil der Kaiserin Friedrich an der deutschen Politik“ (1932).

[2]) Cecil IV, 100. Salisbury an Malet (11. 4. 1888): Happily, Bismarck has not much hold on us now, and while the present Emperor lives, he will not have“.

[3]) Cecil IV, 96 f (14. 3. 1888).

[4]) Ebenda S. 113.

[5]) Ebenda S. 101 (21. 4. 1888).

[6]) Gr. Pol. IV Nr. 943 (11. 1. 1889).

Deutschland sollten sich zu gegenseitigem Beistand verpflichten, wenn Frankreich im Laufe der nächsten Jahre eine von beiden Mächten angreifen würde.

Wie neuerdings nachgewiesen ist [1]), darf man in diesem Bündnisangebot keine grundsätzliche Umstellung der Bismarckschen Außenpolitik sehen. Bismarck dachte nicht daran, die Beziehungen zu Rußland aufzugeben, und sich dafür an der Seite Englands festzulegen [2]). Er hat sehr wahrscheinlich von vornherein gewußt, daß Lord Salisbury diesen Antrag, für den die Zustimmung des englischen Parlaments die ausdrückliche Vorbedingung war, nicht annehmen würde [3]). In der Tat hat ihn der englische Minister höflich aber entschieden abgelehnt. Er erkannte im Gespräch mit Herbert Bismarck an, daß die Idee die heilsamste für beide Länder wie für den europäischen Frieden sei. Ihre Ausführung sei aber unmöglich, „weil die parlamentarische Majorität darüber in die Brüche gehen und mithin das Ministerium gestürzt werden würde. Er hoffe, daß er noch Zeitumstände erleben würde, welche ihm gestatteten, darauf praktisch einzugehen. „Meanwhile we leave it on the table without saying yes or no" [4]). Das Argument traf zu. Salisburys Mehrheit war nicht groß, und die englische Öffentlichkeit war wegen kolonialpolitischer Streitfragen um den Besitz des Sultanats Sansibar wenig deutschfreundlich gesinnt [5]).

Man hat mit Recht die Frage gestellt, warum Bismarck diese Aktion unternommen habe, wenn ihr Ergebnis vorauszusehen war.

Wir sahen bereits, daß die Kenntnis einer wachsenden Intimität zwischen England und dem Dreibund sowohl in Frankreich wie in Rußland Arg-

---

[1]) W. Windelband, Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit (1935) S. 317 ff und kürzlich in „Gestalten und Probleme der Außenpolitik" (1937) S. 151 ff.

[2]) Vgl. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Ges. Werke Bd. XV S. 563. „Bei richtiger Leitung der deutschen Politik wird England früher in die Lage kommen, unserer Freundschaft praktisch zu bedürfen, als wir der seinigen. Unter richtiger Leitung verstehe ich, daß wir die Pflege unserer Beziehungen zu Rußland nicht um deshalb aus den Augen verlieren, weil wir uns durch den gegenwärtigen Dreibund gegen russische Angriffe gedeckt fühlen. Auch wenn diese Deckung nach Festigkeit und Ausdauer unerschütterlich wäre, hätten wir kein Recht und kein Motiv, dem deutschen Volk für englische oder österreichische Orientinteressen die schweren und unfruchtbaren Lasten eines russischen Krieges näher zu rücken, als sie vermöge eigener deutscher Interessen und denen an der Integrität Österreichs uns stehen".

[3]) Herbert von Bismarck sprach es selbst aus: „Wir waren darauf gefaßt, daß Salisbury uns keine definitive Antwort geben würde". Gr. Pol. IV Nr. 945 (22. 3. 1889).

[4]) Ebenda.

[5]) Cecil IV, 114.

wohn hervorgerufen hatte. Panslawismus und Revanchegeist rückten einander näher. Großfürst Wladimir verhandelte im November 1888 mit Kriegsminister Freycinet über den Ankauf mehrerer Hunderttausend französischer Lebelgewehre. Im Dezember desselben Jahres wurde die erste russische Anleihe von 500 Millionen Franken in Paris gezeichnet [1]).

Wenn Bismarck dieses Angebot machte und gleichzeitig Salisbury empfahl, in englischen Regierungskreisen die Stimmung dafür zu sondieren, dann rechnete er wahrscheinlich damit, daß nicht nur englische Minister von dem Projekt Kenntnis erhalten würden. Es stand zu erwarten, daß bei den nahen höfischen Beziehungen zwischen London und Petersburg eine derart bedeutungsvolle Nachricht den Zaren erreichen uud ihm einen heilsamen Schrecken einjagen würde. So ist es geschehen. Das dreimalige inständige Bitten des russischen Außenministers Giers um Verlängerung des Rückversicherungsvertrages 1890 zeigte, daß Rußland Deutschland als Bundesgenossen festhalten wollte.

Bismarck erstrebte nicht nur eine Festigung der deutsch-russischen Beziehungen auf diesem indirekten Weg. Es ist sicher, daß er nach den Erfahrungen, die er in jenen Monaten mit dem Kaiser machen mußte, ihn aus seiner militärischen antirussischen Umgebung zu befreien wünschte. England lehnte ein Bündnis mit Deutschland ab. Um so notwendiger mußten deutsch-russische Beziehungen erscheinen, und umso weniger war es gerechtfertigt, von der „Notwendigkeit eines Zweifrontenkrieges" zu sprechen.

Maßgebend war anscheinend noch eine dritte Erwägung. Herbert von Bismarck machte Salisbury darauf aufmerksam, daß ein festes deutsch-englisches Bündnis zugleich die beste Sicherheit für die anderen Mitglieder des orientalischen Dreibundes sein würde [2]). Müßte man in Deutschland die Überzeugung gewinnen, daß Großbritannien sich von jeder Bindung fernhalten wollte, dann würde es unter Umständen bei einer anderen Mächtekonstellation die „pots cassés" zu bezahlen haben. Es war anzunehmen, daß Salisbury für die Ablehnung des Bündnisses die Konzession der Verstärkung der Mittelmeerententen machen würde. Die Erwartung traf ein. Herbert von Bismarck fand nicht nur Salisbury bereit, alle kolonialen Differenzen beizulegen, er beobachtete auch bei den

[1]) Vgl. Becker I, 141. Langer I, 491 ff.
[2]) Cecil IV, 124 (29. 3. 1889). Gr. Pol. IV Nr. 945 (22. 3. 1889).

anderen Ministern eine Deutschfreundlichkeit wie nie zuvor. Chamberlain habe geradezu gesagt: „Sine Germania nulla salus“ [1]).

So stand es wenige Monate vor Bismarcks gewaltsamer Entfernung aus dem Amt: Beide Länder erfreuten sich der denkbar besten Beziehungen, sodaß Herbert von Bismarck damals sogar von einer „Kolonialehe“ zwischen England und Deutschland sprechen konnte [2]).

Als im April 1889 an England die Aufforderung zur Teilnahme an der Hundertjahrfeier der Französischen Revolution erging, Deutschland, Österreich und Italien aber bereits offen ihre Absage erteilt hatten, schrieb Lord Salisbury dem Pariser Botschafter: „Wir können an der Eröffnung der Ausstellung nicht teilnehmen *ohne unsere Bundesgenossen* Deutschland, Österreich und Italien. Was soll man jedoch für eine Entschuldigung finden? Influenza herrscht im Mai nicht in Paris, noch Cholera oder Pocken. Es ist vielleicht das Beste, wenn Sie eine unverheiratete Tante ausfindig machen, die plötzlich krank geworden ist. Was macht man aber mit dem Chargé d'Affaires? Ich bin ratlos, und überlasse das Ihrer Erfindungsgabe. Keinesfalls wird England sich den Anschein geben dürfen, als unterstütze es die Prinzipien und Rechte von 1789“ [3]).

---

[1]) Gr. Pol. IV Nr. 946 (27. 3. 1889).

[2]) Vgl. „The Standard“ 10. 4. 1889. S. Anhang Nr. 14.

[3]) Cecil IV, 128 ff (16. 4. 1889).

II. Kapitel.

Der Orientalische Dreibund nach Bismarcks Entlassung. 1890—1892.

Die Entlassung Bismarcks war für das Verhältnis von England zum Orientalischen Dreibund von großer Tragweite. „Ein schicksalvolles Ereignis, dessen ungeheure Wirkungen in jedem Teil Europas spürbar sein werden", telegraphierte Lord Salisbury an Herbert von Bismarck, als er die Nachricht erfuhr [1]). „Acht Tage nach Bismarcks Entlassung war Lord Salisbury noch immer von dem Eindruck der Berliner Ereignisse so erfüllt, daß er sich ausschließlich mit diesen beschäftigte. Obgleich er nicht nur von deutscher und österreichischer Seite, sondern auch von dem Berliner Botschafter vollkommen beruhigende Nachrichten über die Kontinuität der bisherigen deutschen Politik erhalten hatte, konnte er seine Besorgnisse doch nicht unterdrücken, daß der impulsive Charakter des jungen Kaisers gefährliche Situationen herbeiführen könnte" [2]). Denselben Gedanken brachte die weit verbreitete und bedeutendste der englischen Zeitungen, die „Times" zum Ausdruck: „Wir in diesem Land vernehmen die Kunde von dem Rücktritt des großen Mannes mit Bedauern und Besorgnis. Die Entfernung Bismarcks vom Steuer nicht nur der deutschen, sondern der kontinentalen Politik ist ein Geschehnis von solch weitreichender Bedeutung, daß keiner, der wie wir Anlaß hatte, seine ungeheuren Verdienste für den Frieden in Europa zu schätzen, diesem Ereignis zusehen kann, ohne ein Gefühl der Schreckens über das, was folgen mag zu haben" [3]).

---

[1]) Cecil IV, 364.

[2]) Deym an Kalnoky, 27. 3. 1890. Wiener Archiv. zit. aus W. Herrmann, Dreibund, Zweibund, England 1890—95 (1929) S. 1 f.

[3]) Times 19. 3. 1890. K. Lange, Bismarcks Sturz und die öffentliche Meinung in Deutschland und im Ausland (1927). A. Meyendorff, Correspondance diplomatique du Baron de Staal Bd. II (1929) S. 81. Staal à Giers, 7. 5. 1890. „Le Ministre anglais ne m'a pas dissimulé que la disparation de la scène politique du grand homme d'État allemand, ainsi que le caractère personnel du jeune Empereur, constituaient des éléments nouveaux qui lui semblaient de nature à répandre quelque incertitude sur les prévisions de l'avenir."

Mag der englische Premierminister sich in gewisser Hinsicht erleichtert gefühlt haben, jenseits des Kanals nicht mehr jenen Meister der Diplomatie und Kenner internationaler Beziehungen zu finden, der ihn im Orientalischen Dreibund festhielt, so ist doch nicht daran zu zweifeln, daß sein Bedauern über Bismarcks Sturz ehrlich und aufrichtig war [1]). Baron de Staal entwarf ein richtiges Bild der in Londoner Regierungskreisen vorherrschenden Ansichten, als er Giers schrieb: „On considérait Bismarck comme le principal champion de la paix européene. . . Ce but, dans les dernières années, était conforme aux vues et aux intérêts de l'Angleterre. Il en résultait, pour le Cabinet de Londres, une certaine quiétude qui pourrait être troublée aujourd'hui. . . Le Ministre de la Reine aura de la paine à bannir entièrement la pensée que la situation générale s'est modifiée, que le connu a fait place à l'incertain, et qu'à tout prendre la crise n'est pas encore close à Berlin" [2]).

Man hat Bismarcks Sturz als den größten Wendepunkt in der Geschichte der europäischen Diplomatie zwischen 1871 und 1914 bezeichnet [3]). Langjährige Bindungen zerrissen, und an ihre Stelle trat ein allseitiges Ringen und Suchen nach einer neuen politischen Stabilität. Den Anstoß dazu gab Deutschland. Indem die deutsche Regierung mit den Traditionen der Bismarckschen Politik brach und den Draht nach Petersburg abreißen ließ, gab sie freiwillig das wirksamste Mittel aus der Hand, das bisher England zu einem Zusammengehen mit Deutschland und den anderen Mächten des orientalischen Dreibundes gezwungen hatte. Mit der Drohung, auf Kosten englischer Interessen in Afrika und im Orient jederzeit die deutsch-russischen und unter Umständen die deutsch-französischen Beziehungen verbessern zu können, hatte Bismarck erheblichen Einfluß auf die englische Politik gewonnen. England folgte bis zu einem gewissen Grade dem deutschen Kurs.

Die Darstellung einiger internationaler Fragen, die für das Schicksal des orientalischen Dreibundes in der ersten Hälfte der 90er Jahren von Bedeutung waren, wird erweisen, wie der Verzicht auf einen Teil des Bismarckschen Bündnissystems den Zusammenbruch auch des anderen mit herbeigeführt

---

[1]) Cecil IV, 365.

[2]) Meyendorff II, 78. Staal à Giers, 23. 4. 1890.

[3]) W. L. Langer, The Diplomacy of Imperialism (1890—1902) Bd. I (1935) S. 3. zitiert mit Langer II.

hat. Der Orientalische Dreibund mußte zerfallen, wenn England keinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der mitteleuropäischen Bündnisse leisten wollte und endgültig zu seiner alten Methode der europäischen Gleichgewichtspolitik zurückgekehrt war.

Doch vorerst schien es, als ob kein Wandel in dem Verhältnis zwischen England und dem Dreibund eingetreten wäre. Der Abschluß des Helgoland-Sansibar-Vertrages am 1. Juli 1890 erweckte in weiten Kreisen der deutschen und britischen Öffentlichkeit den Eindruck, als beständen die freundschaftlichsten Beziehungen zwischen beiden Nationen [1].

Aus den Aufzeichnungen Lord Salisburys geht hervor, daß ihm persönlich sehr viel an einer endgültigen Beilegung der afrikanischen Kolonialdifferenzen lag. Um Königin Victoria von der Notwendigkeit zu überzeugen, Helgoland gegen die umfangreichen „Konzessionsobjekte" in Afrika einzutauschen, schrieb ihr Lord Salisbury: „Jede Vertagung eines Abkommens würde es für uns sehr schwierig machen, Deutschland weiterhin die Freundschaft zu halten. Das würde uns zwingen, unser Allianzsystem in Europa zu ändern. Eine Allianz mit Frankreich anstelle des Bündnisses mit Deutschland könnte uns jedoch zu einer vorzeitigen Räumung Ägyptens unter sehr ungünstigen Bedingungen veranlassen" [2]. Nur mit Deutschlands Hilfe war die Besetzung Ägyptens möglich gewesen. England bedurfte auch weiterhin der Unterstützung Deutschlands, Österreichs und Italiens, um dort seine Stellung zu behaupten.

Deutschland gab sie gern. General Caprivi vertrat um jene Zeit die Auffassung, daß eine Annäherung Deutschlands an Rußland England „schädigen" würde [3]. In einer betont englisch orientierten Dreibundpolitik sah er die beste Sicherung Deutschlands [4].

---

[1]) Meyendorff II, 83 (20. 5. 1890.) „Un rapprochement avec l'Allemagne est sympathique, en somme, au public britannique. Il y voit une garantie de paix et de stabilité politique. Mais à une condition: c'est que cette entente ne coûte pas trop cher". Vgl. Times 19. 6. 1890. Lord G. Hamilton, Parliamentary Reminiscences and Reflections Bd. II (1922) S. 142. „In giving up Helgoland to Germany we gave the strongest evidence of our belief in the reality of the friendship which Germany then professed towards this country". Wolf, 43 ff. R. Beazley, Britain and Germany in the Salisbury — Caprivi Era 1890 — 1892. Berliner Monatshefte 1934.

[2]) Cecil IV, 298 10. 6. 1890.

[3]) Gr. Pol. VII Nr. 1379 (22. 5. 1890).

[4]) Wolf, 41.

Bismarcks Gedanke des „Doppelverschlusses" der Dardanellen wurde jetzt in der Wilhelmstraße als „nebensächliche Absonderlichkeit" betrachtet, die, „am Schluß des vergangenen Regimes entstanden, vorsichtig und langsam beseitigt werden müsse" [1]). In Bulgarien — nach Graf Herbert Bismarck für Deutschland eine Gegend im Mond — erwärmte die deutsche Politik sich für das Schicksal der dortigen Bischöfe und trat offiziell für Anerkennung des Prinzen Ferdinand ein. „Es war kein Zweifel", vermerkte der deutsche Botschafter in Petersburg, General von Schweinitz in sein Tagebuch, „Deutschland war hier zum ersten Mal von der Linie abgewichen, welche Fürst Bismarck unserer Haltung in bulgarisch-russischen Verhältnissen vorgezeichnet hatte" [2]).

In London blieb der Umschwung nicht unbemerkt [3]). Man war erfreut. Man suchte Deutschland so weit wie möglich entgegen zu kommen, um es in dieser Kursrichtung zu bestärken. „Ich möchte nicht Befürchtungen meiner deutschen Freunde außer acht lassen", schrieb Lord Salisbury an Lord Dufferin nach Rom. „Zwar ist es nicht klug, ihren Ratschlägen in jeder Hinsicht zu folgen, da ihr Achitophel nicht mehr da ist. Es ist für uns aber jetzt viel angenehmer, mit ihnen zu verhandeln. Wir haben leichteres Spiel mit ihnen. Man vermißt allerdings den außergewöhnlichen Scharfsinn des alten Mannes" [4]).

Diese Worte sind bezeichnend für Salisburys Einstellung zum Dreibund während der zwei letzten Jahre seines Ministeriums. Er betonte wohl gelegentlich die Notwendigkeit für England, mit Frankreich auf freundschaftlichem Fuße zu stehen, er lud die von Kronstadt zurückkehrende französische Flotte im August 1891 zu einem achttägigen Besuch in Portsmouth ein, er war bereit, Frankreichs koloniale Wünsche in Westafrika in großzügiger Weise zu erfüllen [5]). Doch weiter ging er nicht. Die ungelöste ägyptische

---

[1]) Jäth, Briefwechsel und Nachlaß Kiderlen-Wächters I, 116. Kiderlen an Radowitz, 3. 5. 1890. O. Becker II, 189.

[2]) Schweinitz, Denkwürdigkeiten II, 413.

[3]) „Man könnte diese Tatsache in England nur mit Genugtuung begrüßen", erklärte Sir E. Malet dem österreichischen Geschäftsträger Eißenstein, „da es doch bisher für eine in der Politik so ausschlaggebende Macht wie Deutschland als eine Ungereimtheit klang, fast die Existenz eines Landes leugnen zu wollen, welches gegebenenfalls leicht den Anstoß zur Herbeiführung von größeren Komplikationen geben könne." Eißenstein an Kalnoky 1. 8. 1890. Herrmann, 150 f.

[4]) Cecil IV, 375 (12. 8. 1890).

[5]) Frankreich erkannte in dem Kolonialvertrag vom 5. 8. 1890 das englische Protektorat über Sansibar an, England bestätigte Frankreichs Anspruch auf das Hinterland von Algerien bis zum Tsadsee. Vgl. Cecil IV, 319 f.

Frage, die in diesen zwei Jahren bei allen diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland und Italien im Hintergrund stand, machte eine englisch-französische Entente unmöglich.

Mehr und mehr zeigte es sich jetzt, daß der Schwerpunkt der europäischen Politik nicht mehr in Berlin lag. Salisbury trat in Bismarcks Fußtapfen, und übernahm die Vermittlerrolle zwischen dem stets wachen Revanchechauvinismus in Frankreich und dem damals unersättlichen Machthunger Italiens.

Es ist verständlich, daß dem Orientalischen Dreibund dadurch eine besondere Bedeutung zukam. Vom Quai d'Orsay aus versuchte man diese Bindung zu sprengen, sei es in Rom, in London oder in Konstantinopel. Man bot im Juli 1890 Crispi eine Teilung der nordafrikanischen Küste an, bei der Barka und der östliche Teil an Italien, der westliche und Tunis definitiv an Frankreich fallen sollte [1]. Als das mißlang, suchte der französische Botschafter Billot und in seinem Dienst der Rothschildsche Agent Padova beim italienischen König und Ministerpräsidenten die Preisgabe der Dreibundverträge zu „erpressen", indem sie Italien einen Nichtangriffspakt und größere Freundlichkeit der Pariser Börse in Aussicht stellten [2]. Das Unternehmen scheiterte. Den gleichen Mißerfolg erntete Clémenceau, als er am 7. Juli 1891 — Wilhelm II. weilte damals in London — Chamberlain ein englisch-französisches Abkommen vorschlug, in dem er England volle Freiheit in Ägypten und Neufundland als Austausch für weitgehende Konzessionen in Afrika in Aussicht stellte. Er forderte dafür allerdings die englische Neutralität, falls es zu einem von Italien verursachtem französisch-italienischem Krieg kommen sollte. Die Integrität Italiens wollte Frankreich anerkennen [3].

In Italien erweckte natürlich diese Aktivität der französischen Diplomatie allergrößte Besorgnisse. Für Crispi wie für seinen Nachfolger Rudini war daher das Hauptziel der italienischen Politik, die englischen Zusicherungen in den 1887er Verträgen genauer zu fassen und sie zu einem festen Bündnisvertrag umzuwandeln.

Am 23. Juli 1890 schickte Crispi unter Umgehung des Londoner italienischen Botschafters Tornielli Lord Salisbury ein persönliches Schreiben. Den Anlaß gaben Nachrichten über einen Erbvertrag zwischen dem Bey von Tunis und Frankreich, dem zufolge Tunis beim Tode

---

[1]) Gr. Pol. VII Nr. 1402 ff. Crispi, Memoiren, 478 ff. A. Billot, Bd. I Kap. 7.
[2]) Italicus, 150 f.
[3]) Garvin, Life of Chamberlain II, 457 ff.

dieses Fürsten in französischen Besitz übergehen sollte [1]). Mit eindringlichen Worten schilderte Crispi die Absichten der französischen Politik, als deren Ergebnis er die völlige maritime Einkreisung Italiens und Schwächung der englischen Machtstellung im Mittelmeer bezeichnete. Es müsse daher das Bestreben Italiens sein, „de se prémunir contre une occupation possible de la Tripolitaine de la part de la France en l'occupant avant elle" [2]). Gleichzeitig ließ er durch die Botschafter Deutschland, Österreich und England offiziell zur Stellungnahme auffordern, da nach seiner Ansicht Frankreich den Status quo im Mittelmeer verletzt habe [3]).

Salisbury durchschaute die Absichten des Italieners: „Crispi hofft jetzt Deutschland, Österreich und England die schriftliche Garantie zu entlocken, ihm die Erbschaft von Tripolis zu versprechen. Ich werde eine solche Garantie nicht geben. Das würde ja das Signal zur Aufteilung der Türkei sein, und den französisch-russischen Einfluß nur noch verstärken. Zweifellos wird der Sultan von einem solchen Dokument Kenntnis erhalten und dann in Rußland den weniger aggressiven und angenehmeren Bundesgenossen sehen" [4]). Am 5. August lehnte Salisbury Crispis Forderung ab. „Sollte jedoch Crispi ernsthaft daran denken", schrieb er dem englischen Botschafter nach Rom, „eine Allianz mit Frankreich abzuschließen, dann würde es richtig sein, ihm m ü n d l i c h verstehen zu geben, daß England Italiens Prioritätsanspruch auf Tripolis bei einem Zerfall der Türkei anerkennen würde" [5]).

Kaum hatte Crispi diesen immerhin nicht unbedeutenden Erfolg erzielt, da wandte er sich erneut an seine Bundesgenossen mit einer Beschwerde. Er forderte zu gemeinsamen Protest in Paris gegen die Befestigung Bizertas auf. Diesmal fand Crispi nicht das gleiche Entgegenkommen [6]).

---

[1]) Gr. Pol. VIII Nr. 1863 (23. 5. 1890). Nr. 1865 Anmerkung. Nr. 1883 (25. 7. 1890). Crispi, Memoiren, 456 f.

[2]) Crispi, ebenda S. 465. Cecil IV, 372 f. R. Dietrich, „England und Italien" S. 777 f.

[3]) Gr. Pol. VIII Nr. 1870 (16. 6. 1890). Nr. 1876 (19. 7. 1890). Nr. 1881 (23. 7. 1890). In Berlin erklärte der italienische Geschäftsträger: „Ein Geschehenlassen würde den Sturz des Ministeriums zur Folge haben, und das italienische Volk von der Unwirksamkeit der Tripelallianz überzeugen".

[4]) Gr. Pol. VIII Nr. 1882 (22. 7. 1890). Cecil IV, 374 (12. 8. 1890). W. L. Langer, The Franco-Russian Alliance (1929) S. 125.

[5]) Cecil IV, 374 f.

[6]) Gr. Pol. VIII Nr. 1707 (12. 4. 1891). Crispi, Questioni Internazionali, Kap. III.

Man gab dem italienischen Staatsmann zur Antwort, daß weder im Altertum noch in der Neuzeit eine europäische Macht mit einem starken Kriegshafen an der afrikanischen Küste Erfolg gehabt habe. Ohne völlige Kontrolle über das Mittelmeer bliebe eine solche Festung isoliert. Munitions- und Lebensmitteltransporte könnten abgeschnitten werden. Die Notwendigkeit, im Kriegsfall Docks und Arsenale verteidigen zu müssen, würde eher belastend als fördernd auf die militärischen Operationen einwirken [1]). Salisbury selbst legte der Frage keinen großen Wert bei: „Ein Protestieren bedeutet nur das Aufsetzen von Instruktionen, die dann in einem Blaubuch ganz nett aussehen werden. Wir lassen am besten die Frage ruhen, bis der casus objurgationis eintritt" [2]). „Die Hauptsache sei: abzuwarten", schrieb er eine Woche später dem englischen Botschafter in Rom. „Crispi macht mir Vorwürfe wie ein vernachlässigter Liebhaber, Tornielli zankt mit mir wie ein verschmähtes Weib. Jetzt, da die Bismarcks nicht mehr da sind, ist es wirklich nicht leicht, Crispi wie früher bei der Stange zu halten" [3]).

Ein gewisser Umschwung trat in den englisch-italienischen Beziehungen ein, als nach Crispis Sturz am 31. Januar 1891 der Führer der gemäßigten Rechtspartei, Marchese di Rudini, die Neubildung des Kabinettes übernahm. Größtenteils war das auf Rudinis Beschränkung der italienischen Kolonialpolitik zurückzuführen, die unter Crispi zu beträchtlichen Spannungen zwischen den beiden Nationen geführt hatte [4]).

---

[1]) Crispi, ebenda S. 81 f. Sir A. Lyall, The Life of the Marquis of Dufferin and Ava Bd. II (1905) S. 248.

[2]) Cecil IV, 378 (7. 1. 1891). Crispi, ebenda S. 74. Zweimal ließ sich Salisbury allerdings von dem französischen Botschafter Waddington die förmliche Versicherung geben, daß Frankreich nicht an eine Befestigung Bizertas denke.

[3]) Cecil IV, 378 (16. 1. 1891).

[4]) Ebenda S. 324 ff. Gr. Pol. VIII Nr. 1977 (28. 8. 1890). Herrmann, 20. Wolf, 48. Crispi, La Prima Guerra d'Africa (1914) S. 225 ff. Verhandlungen über territoriale Abgrenzungen an der Nordgrenze von Abessinien scheiterten, als Crispi erklärte, Ägypten habe für sich und England jeden Prioritätsanspruch auf das obere Niltal verloren, da es sich vor sechs Jahren aus dem oberen Sudan zurückgezogen habe. „Wir werden nichts durch Aufschieben verlieren", bekannte damals Lord Salisbury. „Italien treibt eine Politik, die finanziell unmöglich ist. Früher oder später muß es diese aufgeben. Dann wird es auf die Grenzfragen nicht mehr denselben Wert legen. Eine Änderung der Dinge wird allerdings kaum zu erwarten sein, solange Crispi am Ruder bleibt. Immerhin, er ist schon 71!" Cecil IV, 331 (31. 8. 1890). Marchese di Rudini erkannte Ägyptens Anrechte auf die Sudangebiete und besonders auf Kassala, den strategischen Mittelpunkt des oberen Sudans an. Kolonialverhand-

Salisbury zeigte sich zugänglicher. Doch alle Versuche, England zum festen Anschluß an den Dreibund zu zwingen, scheiterten [1]). Die deutsche Aktenpublikation bietet reichhaltigen Aufschluß für die wiederholten Bemühungen, sei es von italienischer, sei es von deutscher Seite, um England von der Notwendigkeit zu überzeugen, dem Orientalischen Dreibund eine „konzisere und bindendere Form" zu geben. Prinzipiell war damals Salisbury nicht abgeneigt. [2]). Es ist wahrscheinlich, daß er schließlich dem italienischen Wunsch stattgegeben hätte, im westlichen Mittelmeer ein ähnliches „Neun-Punkte-Abkommen" abzuschließen, wie es für das östliche Mittelmeer seit 1887 bestand. Aber unglücklicherweise gelangte von den diplomatischen Verhandlungen so viel in die Öffentlichkeit, daß sie eine förmliche Sensation in der europäischen Presse hervorriefen. Rudini mag die Wirkung seines Interviews mit dem Times-Korrespondenten am 14. April 1891 auf die englische Regierung nicht richtig eingeschätzt haben. Salisbury sagte jedenfalls die Begegnung mit dem italienischen Premierminister Rudini, die am folgenden Tag in Ventimiglia stattfinden sollte, ab und reiste sogleich von der Riviera nach London zurück [3]).

Die Rede des Abgeordneten Chiala in der Deputiertenkammer am 14. Mai gab den Gerüchten über den Abschluß einer Quadrupelallianz neue Nahrung. Chiala hatte gesagt: „Si l'Italie était attaquée, l'Angleterre la défendrait sur mer. Tout changement au statu quo dans la Mediterranée est considéré comme contraire aux intérêts

---

lungen mit England führten zu dem Abkommen vom 24. 3./15. 4. 1891, dessen Bestimmungen über die englisch-italienische Demarkationslinie vom heutigen Gesichtspunkt aus Beachtung verdienen. Sie verlief von der Mündung des Dschuba aufwärts bis zum 6. Grad nördl. Breite, folgte dann dem 6. Parallelkreis bis zum 35. Längengrad und diesem entlang bis zum blauen Nil. Von da an entsprach sie den heutigen Grenzen. **Abessinien mit Kaffa gehörte also zur italienischen Interessensphäre!** Vgl. Cilibrizzi, Storia Parlamentare, Politica e Diplomatica d'Italia Bd. II (1925) S. 423.

[1]) In dem am 6. Mai 1891 in Berlin erneuerten Dreibundvertrag wurde im Artikel 2 des Zusatzprotokolls der Wunsch ausgesprochen, Englands „accession" zu den Artikeln 9 und 10 zu gewinnen. England sollte damit im östlichen wie im westlichen Mittelmeer den Status quo im voraus sichern, diplomatisch wie militärisch mit den Dreibundstaaten vorgehen, „s'il arrivait que la France fît acte d'étendre son occupation ou bien son protectorat, ou sa souveraineté, sous une forme quelconque, sur les territoires nord-africains".

[2]) Gr. Pol. VIII Nr. 1710 (18. 5. 1891), Nr. 1713 (23. 5. 1891).

[3]) Cecil IV, 379 (17. 4. 1891).

communs, et impliquait par conséquent l'action commune de l'Italie et de l'Angleterre". Scharfe Interpellationen im englischen Unterhaus waren die Folge [1]). Labouchère, der aus seiner Hinneigung zu Frankreich nie ein Hehl gemacht hatte, erklärte: „Die Wähler müßten notwendig davon überzeugt sein, daß Lord Salisbury, wenn bei der nächsten Wahl die Konservativen am Ruder blieben, England in einen kontinentalen Krieg verwickeln würde". Als Hatzfeldt Ende Mai Rudinis Vorschläge mit Salisbury besprach, bat der Minister, „mit der Sache noch etwas zu warten" [2]). Italien solle nach seiner Ansicht nicht ermuntert werden, „einen Konflikt in leichtsinniger Weise zu provozieren, während der englischen Regierung die Hände gebunden wären und sie blindlings in diesen Konflikt hineingezogen würde".

Im Gegensatz zu späteren ähnlichen Versuchen des Dreibundes, England zu „engagieren", begleitet diesmal die englische Regierung die Ablehnung des Bündnisangebotes mit recht freundlichen Gesten, denen allerdings im Ausland eine größere Bedeutung beigemessen wurde, als sie wirklich verdienten [3]). Der österreichische Außenminister, der sich bisher auf eine wohlwollende Zuschauerrolle beschränkt hatte, sagte dem deutschen Botschafter: „Was Lord Salisbury im besten Fall in camera caritatis hätte aussagen können, sei nun öffentlich erklärt worden. Hierdurch habe die Politik, die das konservative Kabinett im Mittelmeer zu befolgen gedenke, gewisser-

---

[1]) Giacometti, „Cinq Mois de Politique Italienne" in Revue des Deux Mondes. 15. 9. 1891 S. 409. Gr. Pol. VIII Nr. 1725 (11. 7. 1891). Noch größeres Aufsehen erregten die Enthüllungen Millevoyes im Figaro am 3. 6. 1891 über die Äußerungen König Humberts zu dem Prinzen Jérôme. Vgl. Gr. Pol. VIII Nr. 1721 (7. 6. 1891). Times 9. 6. 1891. Meyendorff II, 137. Humbert soll gesagt haben: „Je n'ai rien à craindre pour la sécurité des côtes italiennes. J'ai du cabinet de Saint-James la promesse formelle que la flotte anglaise se joindra à la mienne, le cas échéant, pour couvrir l'Italie contre toute opération maritime . . . Je n'ai pas à vous dire davantage. Ce que je puis vous affirmer, c'est que les gouvernements anglais et italien ont échangé des dépêches qui contiennent des engagements précis; et j'ai plaine confiance dans la parole écrite du gouvernement anglais". Langer, ebenda S. 166 ff.

[2]) Gr. Pol. VIII Nr. 1722 (8. 6. 1891).

[3]) Der parlamentarische Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Sir James Ferguson, erklärte am 4. 6.: „Italian statesmen were well aware that Her Majesty's Government was at one with them in desiring the maintenance of the status quo in the Mediterranean". Die Bedeutung dieser Worte unterstrich der Besuch eines britischen Geschwaders in Fiume am 23. 6. und seine herzliche Begrüßung durch König Humbert in Venedig am 6.—8. 7. 1891 vgl. G. Rawson, 85. Schultheß, 251. Langer, ebenda S. 172.

maßen schon die Sanktion des Parlaments erhalten. Den Italienern sei eine große Sicherheit und Beruhigung für die Zukunft gegeben worden. Andererseits wüßten die Franzosen nunmehr genau, auf was sie nicht zu rechnen haben würden, wenn es ihnen einfallen sollte, den Status quo im Mittelmeer zu stören" [1]).

Monarchenbesuche [2]), Flottenrevuen und eine europäische Presse, welche die Union Englands mit den Dreibundstaaten als nicht anzuzweifelnde Tatsache hinstellte, waren nur Kulissen. Hinter ihnen machten sich die ersten Anzeichen einer Lockerung der von Bismarck geknüpften Fäden bemerkbar.

Von Baron Blanc, dem italienischen Vertreter am Goldnen Horn, erfuhr der deutsche Botschafter in Konstantinopel, von Radowitz, daß er bei England „einen geringeren Grad von Entgegenkommen und ein geringeres Bedürfnis für intimen Gedankenaustausch über die gemeinsamen, Mittelmeerinteressen berührenden Fragen gefunden habe." Das entspreche nicht mehr den seit 1887 bestehenden Abmachungen. Außerdem habe sich Sir William White „in einer Weise über die Validität der Mittelmeerabmachungen von 1887 geäußert, daß er keine Lust mehr verspüre, dieses Thema mit dem englischen Botschafter weiter zu erörtern" [3]).

Lord Salisbury dachte allerdings nicht im mindesten daran, die von England nach Italien und Österreich führenden Brücken abzubrechen. „Würden wir die französische Politik gutheißen, die Italien vom Dreibund losreißen will", sagte der Premierminister Mitte Juli 1891 in einem Gespräch über die außenpolitische Lage Englands zu Chamberlain, „so könnte das unabsehbare Folgen haben. Deutschland würde das nicht dulden. Ebenso wichtig ist es für uns, jedes Hinüberschwenken Österreichs zu Rußland zu verhindern, da Österreich in diesem Fall auch Deutschland mit sich ziehen würde. Die Freundschaft der Zentralmächte ist lebenswichtig für uns. Freilich müssen wir uns unbedingt die Hände frei halten von militärischen Verpflichtungen, damit wir uns im Kriegsfall nicht in nachteiliger Lage befinden werden. Das Beste ist, es wie Penelope zu halten — und warten" [4]).

---

[1]) Gr. Pol. VIII Nr. 1723 (16. 7. 1891).

[2]) Wilhelm II. weilte vom 4. bis 13. 7. in England; 14 Tage später war der Kronprinz von Italien Gast des englischen Hofes.

[3]) Archiv Ausw. Amt. von Radowitz an den Reichskanzler General von Caprivi (6. 9. 1891).

[4]) Garvin, Life of Chamberlain II, 461.

Was Salisbury schon zu Bismarcks Kanzlerzeit wollte, aber nicht ausführen konnte, tat er jetzt. „Die Welt sollte", wie es in einem communiqué des Foreign Office hieß, „von der völligen Aktionsfreiheit Englands überzeugt werden" [1]). Auf diesen Ton waren die englischen Zeitungen in jenen Sommermonaten gestimmt, als Königin Victoria nicht nur das Deutschlandlied, sondern auch die Marseillaise inmitten der französischen Marinegäste anhörte [2]). Man hat in dem Besuch der französischen Flotte einen geschickten Schachzug Salisburys sehen wollen, um Frankreich zu gewinnen und die beginnende französisch-russische Entente unwirksam zu machen. Der Brief Salisburys an die Königin vom 22. August 1891 läßt auch eine andere Deutung zu. Der Minister schrieb ihr: „Though in the present state of Europe our interests lie on the side of the Triple Alliance, it is most important to persuade the French, if we can, that England has no antipathy to France or any partisanship against her" [3]). Wahrscheinlicher ist, daß Salisbury den durch Kaiser Wilhelms II. englische Reise in Rußland und Frankreich hervorgerufenen Eindruck eines englisch-deutschen Bündnisses abschwächen wollte [4]). Schon vor dessen Ankunft hatte Salisbury Hatzfeldt gebeten, er möchte dahin wirken, daß deutscherseits nicht der Wunsch eines Bündnisabschlusses ausgesprochen werde [5]). Salisburys Abneigung gegen den jungen Monarchen muß damals sehr tief gewesen sein. Er sah in ihm, so schreibt ein intimer Freund des Premierministers, der damalige

[1]) Gr. Pol. VIII Nr. 1729 (26. 8. 1891).

[2]) Vom 9.—26. August befand sich die aus Kronstadt zurückkehrende französische Flotte in Portsmouth. Die Times schrieb in ihrem Leitartikel am 26. 8.: „The meaning of the Portsmouth visit was that we wish to keep up well with all and to enter formal bonds with irony".

[3]) Cecil IV, 395. Letters of Queen Victoria II, 64 f.

[4]) Meyendorff II, 146. Vgl. den Bericht des österreichischen Botschafters in Petersburg, Frhn. v. Aehrenthal, vom 25. 8. 1891: „Was immer Kaiser Wilhelm mit der englischen Reise bezweckte, eines hat er bestimmt erreicht, sowohl in Frankreich wie in Rußland ein Gefühl der Isolierung, der Beängstigung zu erzeugen, daß der Dreibund unter Deutschlands Führung, noch verstärkt durch den Anschluß Englands, sich allmählich in eine aggressive Koalition verwandle . . . Jedenfalls hat das Coquettieren Kaiser Wilhelms mit England das Gefühl der Solidarität zwischen Frankreich und Rußland mächtig gefördert". Langer, The Franco-Russian Alliance, S. 183. (Wiener Archiv.)

Das Troisième Livre Jaune bezeichnet als causa movens für den französisch-russischen „accord" „les circonstances, (i. e. l'adhésion plus ou moins probable de la Grande Bretagne aux visées politiques que cette alliance poursuit) qui ont caractérisé le renouvellement de la Triple Alliance". Documents Français Nr. 16. Giers à Mohrenheim, 21. 8. 1891. Vgl. dort die Nummern: 2, 4, 5, 10, 17 und 18.

[5]) Gr. Pol. VIII Nr. 1727 (21. 7. 1891).

Erste Lord der Admiralität, Lord Hamilton, „den gefährlichsten Feind, den England in Europa habe“ [1]). Der deutsche Botschafter Hatzfeldt, der viele Jahre in vertrauten Beziehungen zu Salisbury gestanden hatte, wies in einem späteren Bericht darauf hin, daß Salisbury bei allen seinen Fähigkeiten nie ganz frei von gewissen Vorurteilen gewesen sei [2]). Solange Bismarck dem Kaiser zur Seite stand, blieb das Mißtrauen des englischen Ministers zu der persönlichen Eigenart des Kaisers ohne Rückwirkung auf die englisch-deutsche Politik. Seit Bismarcks Sturz trat auch hierin ein Wandel ein. Im Foreign Office hielt man sich mehr und mehr zurück. Weder im westlichen noch im östlichen Mittelmeer erfüllte man die Hoffnungen der deutschen Diplomatie.

Salisbury ging wohl auf den Vorschlag Hatzfeldts ein, die 1887 gescheiterte Drummond-Wolff Konvention von neuem anzuregen [3]). Er lehnte es jedoch ab, den Sultan mit Gewalt zu einem Abkommen zu zwingen, welches Abdul Hamid die Oberhoheit und England das dauernde Besatzungsrecht in Ägypten garantiert hätte [4]). Hatzfeldt in London und Radowitz in Konstantinopel sparten keine Mühe, um Rustem Pascha und den Sultan zu bewegen, mit England abzuschließen und sich dadurch vor einem Vordringen des russisch-französischen Einflusses zu schützen. Man erinnerte sich in der Wilhelmstraße, daß Bismarck einen englisch-türkischen Vertrag stets befürwortet hatte [5]). Aber weder in Yildis-Kiosk [6]) noch in der Downingstreet folgte man der deutschen Initiative. Der Sultan setzte seine Hoffnungen auf einen Sturz des konservativen Kabinettes. Ein Vertrag mit den Liberalen, die in jenen Monaten eine lebhafte Agitation für die Räumung Ägyptens entfalteten [7]), schien ihm günstigere Aussichten

[1]) Hamilton II, 137.

[2]) Gr. Pol. IX Nr. 2128 (24. 11. 1892).

[3]) Cecil IV, 389.

[4]) Gr. Pol. VIII Nr. 1806 (24. 9. 1891).

[5]) Gr. Pol. IX Nr. 2117 (28. 10. 1891). Anmerkung. S. oben Seite 16.

[6]) Vgl. Das Urteil des Großvesirs Kiamil Pascha, der am 3. September 1891 auf russische Intrigen hin abgesetzt wurde: „Abdul Hamid fürchtet noch immer, daß, sobald er mit England irgend eine Abmachung über Ägypten treffe, Frankreich und Rußland ein Präzedens für sich folgern und ihrerseits andere Teile des Reiches besetzen würden, um ihm dann mit demselben Rechte die gleichen Arrangements anzubieten, die er den Engländern gewährt hätte“. Gr. Pol. VIII Nr. 1792 (6. 5. 1891).

[7]) „Ägypten macht uns“, schrieb Harcourt an Gladstone (Gardiner II. 119) „zu dem, was wir nicht zu sein brauchen, zur Kontinentalmacht. Ägypten ist politisch gesehen ein Teil von Europa und verwickelt uns in all die Scherereien der Festlandspolitik“ (8. 9. 1891). Gladstone sprach am 2. 10. 1891 von der „burdensome and embarrassing occupation“ Cecil IV, 392. Herrmann, 34.

zu bieten. Salisbury war aus persönlichen Gründen abgeneigt, mit diesem „sickly, sensual, terrified, and fickle" Sultan zu verhandeln. Er glaubte nicht an die Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit dieses Herrschers. Er sah, daß die englisch-türkischen Gegensätze viel zu tief lagen, als daß ein Abkommen sie über Nacht hätte überbrücken können. „Ägypten und Cypern genügen, schrieb Salisbury an Sir William White, um den Haß des Sultans gegen uns zu rechtfertigen. Wir haben uns zu Herren der mohamedanischen Bevölkerung gemacht. Das vergrößert unsere Sünde im Vergleich zu Griechen und Bulgaren, die ihm doch nur Christen entrissen haben. Wenn meine Beurteilung zutrifft, dann kann ich Ihnen keine Hoffnungen auf eine Wiederherstellung Ihrer Popularität machen... Wir haben bewiesen, daß wir Mohamedanern zu Wohlstand verhelfen und sie vor inneren Unruhen zu schützen vermögen, ohne uns um ihre Religion zu bekümmern. Das verbittert und beunruhigt natürlich den Sultan, dem die Stellung als erster Moslem der Welt über alles geht" [1]).

Im östlichen Mittelmeerbecken blieb es bei der bisherigen Kräfteverteilung. Keine Anzeichen sprachen dafür, daß Rußland ernsthaft daran dachte, ins Mittelmeer vorzustoßen [2]), oder daß England eine Änderung in seiner bisherigen Politik vornehmen wollte.

Zeitgenossen Lord Salisburys haben seine vorsichtige und zurückhaltende Politik als Symptome der Schwäche ausgelegt [3]). Wir können diesem Urteil nicht zustimmen. Wenn sich auch der Wunsch der deutschen oder italienischen Regierung nicht verwirklichte, England sei es in allgemeinen, sei es in besonderen Fällen mit ihren jeweiligen Interessen fester zu verbinden, als es die vertragsmäßige Zusammenarbeit des Orientalischen Dreibundes vorsah, so kennzeichnete diese zwei Jahre bis zu Salisburys Sturz im Juli 1892 ein Weiterbestehen, wenn auch nicht herzlicher, so doch freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und den Dreibundmächten. Ernsthafte Krisen, welche die Gefahr eines europäischen Konfliktes in sich bargen, waren nicht eingetreten. Man wird dies als besonderes Verdienst Salisburys werten müssen. Seine umfassende Kenntnis internationaler Beziehungen, sein außergewöhnlicher Weitblick und seine große

[1]) Cecil IV, 388 (14. 9. 1891).

[2]) Documents Diplomatiques. L'Alliance Franco-Russe. Nr. 22 (6. 12. 1891): „Nous n'avons aucun intérêt", sagte der russische Außenminister Giers dem Außenminister Frankreichs Ribot, „à nous établir à Constantinople, tant que les Turcs s'y maintiendront . . . Ce serait pour l'Empire russe une grande aventure que d'installer sur le Bosphore . . ." Vgl. Nr. 24 Giers à Nelidov 14. 12. 1891. Rußland entschloß sich, eine Befriedigung seiner Expansionsgelüste im Fernen Osten zu suchen.

[3]) Dilke, „The Conservative Policy" in Fortnightly Review, Januar 1892.

Umsicht bei der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten verschaffte ihm auch jenseits der britischen Landesgrenzen Achtung. Der französische Historiker und Staatsmann Hanotaux bezeichnete Lord Salisbury in seinen Unterredungen mit dem englischen Botschafter Sir E. Monson mehrfach als „tête dominante de l' Europe". Kalnoky sprach von Salisbury stets als dem „Tragpfeiler im kontinentalen System" [1]). Man darf freilich nicht übersehen, daß die seit 1891 erkennbare französisch-russische Entente ihm erst die Möglichkeit gab, diese Stellung einzunehmen. Ob Salisbury damals schon bereit war, in „splendid isolation" über den zwei Systemen, Dreibund und Zweibund, zu stehen, erscheint fraglich [2]). Die Zeilen, die er kurz nach seinem Rücktritt am 18. August an den Unterstaatssekretär Currie richtete, sprechen nicht dafür: „Der Schlüssel in der gegenwärtigen Situation in Europa liegt in unseren Beziehungen zu Italien und durch Italien zum Dreibund. Italien fürchtet einen Krieg mit Frankreich, weil seine Häfen unbeschützt sind, und seine Flotte schwach ist. Deshalb wünscht es so sehr unseren Schutz. Wir haben uns geweigert, irgendeine Versicherung abzugeben, die zu materieller Hilfe verpflichtet hätte. Ich habe erklärt, daß kein englischer Minister so handeln könnte, da die Haltung des englischen Ministeriums von dem jeweiligen Empfinden der Nation abhängig sei. Dieses wiederum werde bestimmt durch die Natur des casus belli. Während wir uns von jeder Zusicherung materieller Hilfeleistung fernhielten, haben wir doch die vollste Übereinstimmung mit der italienischen Politik für Aufrechterhaltung des Status quo im Mittelmeer und den angrenzenden Meeren zum Ausdruck gebracht. Wir vereinbarten, mit ihnen zu beraten, wenn durch irgendwelche Umstände der Status quo bedroht werden sollte. Ich habe stets das Beste getan, um Italien meine Freundschaft zu erweisen. Ich tat es, um bei ihm nicht den Eindruck zu erwecken, als ob Italien von uns verlassen würde oder keine Aussicht auf Hilfe bestände, wenn es ungerechterweise angegriffen werden sollte. Indem ich mich nicht für materielle Hilfeleistung verbürgte, verhielt ich mich soweit neutral, als ich es, ohne die Beziehungen zu gefährden, tun konnte. Wenn England Italien gegenüber unfreundlicher werden würde, als es bisher der Fall war, oder wenn sich das geringste Anzeichen der Wahrscheinlichkeit herausstellen würde, daß England bei einen Konflikt Frankreich auch nur moralisch den Vorzug geben sollte, so würde das eine sehr ernste Gefahr

[1]) British Documents II, 2 Nr. 367 (23. 8. 1903).
[2]) A. Wahl, Deutsche Geschichte III, 183 (1932). Herrmann, 34.

sowohl für den europäischen Frieden wie für die Interessen dieses Landes bedeuten" [1]).

In einem weiteren Teil dieses bedeutsamen Dokumentes warnte Salisbury davor, den Orientalischen Dreibundvertrag zu kündigen. „Wollten wir die gegenwärtige Staatengruppierung verlassen, so würde das zu einer Annäherung der deutschen Mächte an Rußland führen. Der Dreikaiserbund wäre wieder da, mit all seinen unglücklichen Folgen für Südosteuropa" [2]).

Nach einem ungeschriebenen Gesetz in England, das keiner Parlamentssession die Amtsdauer eines Septennats gestattet, erfolgten im Juli 1892 die Neuwahlen. Sie brachten eine geringe liberale Majorität. Lord Salisbury trat zurück. Mit seinem Ausscheiden sollte zugleich — wie wir erkennen werden — die Zeit der guten Beziehungen zwischen Dreibund und England zu Ende gehen.

[1]) Cecil IV, 404 f. Salisbury an Sir Philip Currie (18. 8. 1892).
[2]) Ebenda S. 405.

III. Kapitel.

Lord Rosebery und der Orientalische Dreibund. 1892—1895.

1. Stillschweigende Erneuerung der Verträge von 1887.

Lord Salisburys Nachfolger als Premierminister wurde der 82 jährige Gladstone, den Königin Victoria zum vierten Mal mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragte. Man wußte, daß er sich scharf gegen die Türkei und den Dreibund ausgesprochen hatte. Nach seiner Ansicht war „the Italian alliance with Germany an awful error" und ein Bündnis zwischen England, Frankreich und Rußland das Ideal [1]). In einer Denkschrift über die Einwirkung der englischen Wahlen auf die auswärtige Politik des Landes kam Raschdau zu dem Ergebnis, daß Gladstones geringere Aktionslust die imperialistischen Pläne Rußlands und Frankreichs fördern würde [2]). Gladstone beschäftigte sich überwiegend mit innerpolitischen Problemen, so daß nicht angenommen werden konnte, in ihm einen Fortsetzer der „weitausschauenden Disraelischen Orientpolitik" zu finden.

Daher wurde die Ernennung des um fast vier Jahrzehnte jüngeren Lord Rosebery [3]) zum Leiter des Foreign Office bei den Dreibundstaaten begrüßt. Nach dem Urteil der Königin Victoria war es doch „a rather trying and anxious work to have to take as Prime Minister a man of eighty-two and a half, who really seems no longer quite fitted to be at the head of a Government and whose views and principles are somewhat dangerous" [4]). Aus den bisher bekannten Quellen geht hervor, daß es vor allem ihr bestimmender Einfluß gewesen war, der den im Grunde ehrgeizigen früheren Außenminister bewog, den Posten anzunehmen, den er vorher innerhalb von fünf Tagen drei mal ausgeschlagen hatte [5]). Es war ein Beweis für ihre große Erfahrung in den Staats-

[1]) Morley, Life of Gladstone Bd. II (1922) S. 654 (10. 1. 1889). Contemporary Review, Oktober 1889. R. Dietrich, England und Italien S. 781.

[2]) Gr. Pol. VIII Nr. 1733 (20. 7. 1892).

[3]) E. Brandenburg, „Lord Rosebery" in „Kriegsschuldlüge" Bd. 10 (1932) S. 947.

[4]) Letters of Queen Victoria III, 146 (15. 8. 1892).

[5]) Crewe, Lord Rosebery Bd. II (1931) S. 400 ff.

geschäften, daß Queen Victoria das Portefeuille des Auswärtigen einem Manne anvertraute, dem nicht Parteidogmen oberste Richtschnur waren, sondern der stets für eine Annäherung der liberalen Partei an die konservativen Ideen Lord Salisburys eingetreten war [1].

Bereits einige Wochen nach dem Regierungswechsel beschäftigte die Kabinette von London, Berlin, Wien und Rom die Frage, ob die von Lord Salisbury 1887 unterzeichneten Mittelmeerabkommen noch ihre Gültigkeit hätten. Im März 1907 vermerkten der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey und der ständige Unterstaatssekretär Sir Charles Hardinge unter einem Cartwrightschen Bericht, daß das englisch-italienische Abkommen praktisch im Jahre 1892 endigte, als Lord Rosebery ans Ruder kam [2]. Sie stützten sich anscheinend auf die Denkschrift Lord Sandersons vom 22. Januar 1903, der sich ausführlich mit diesen orientalischen Dreibundverträgen beschäftigt hatte. In ihr findet sich die Behauptung, das Lord Rosebery bei seiner Amtsübernahme sich weigerte, in den Text der Abkommen Einblick zu nehmen [3]. Man wird vielleicht gut tun, auf diese Äußerung nicht zu großes Gewicht zu legen. Wenn auch Lord Rosebery am 5. September Hatzfeldt erklärte, „er habe die Antwortnote Salisburys nicht gesehen" [4], so schließt diese „diplomatische Redewendung" nicht aus, daß er sich über die Verträge orientiert hatte. Darauf deutete der bereits zitierte Brief Lord Salisburys an den Unterstaatssekretär Currie vom 18. August 1892 [5], in dem er seinem Nachfolger ein Festhalten an der bisherigen englischen Politik gegenüber dem Dreibund empfahl. Lord Roseberys vorsichtiges Verhalten findet seine Erklärung in dem Gegensatz, der zwischen ihm und Gladstone bestand. Die abweichende Auffassung des „Grand Old Man" von der seinigen zwang ihn zur Behutsamkeit. Es ist wahrscheinlich, daß ihn das italienische Drängen, bindende Zusicherungen zu geben, zu erneuter Zurückhaltung bestimmte [6].

---

[1] Vgl. seine Rede in Leeds am 11. 10. 1888.: „I have always held and I hope I have proved by action and also by want of action that my belief is that the Secretary of State for Foreign Affairs should speak as often as possible, with the united voice of the English nation without distinction of party".

[2] British Documents VIII (1933) Nr. 17 (11. 3. 1907).

[3] British Documents VIII Nr. 2 (22. 1. 1903). British Documents II, (1928) Nr. 92 (22. 11. 1901) Memorandum von Lansdowne.

[4] British Documents VIII Nr. 2.

[5] Cecil IV, 404f. S. oben Seite 43 f.

[6] Rosebery teilte darum dem Unterstaatssekretär Currie mit: „Alles müsse vermieden werden, was von der englischen Nation später irgendwie als eine Förderung oder Er-

Rosebery hatte 1891 feste Vertragspflichten mit Staaten des Kontinents als unvereinbar mit dem guten Ruf des britischen Außenministers bezeichnet. „I lean, schrieb er an Gladstone, neither to the right nor to the left, neither to Germany nor to France. My wishes and sympathy are entirely with whichever side most promotes peace. . . To raise false expectations in France would be as fatal a policy as to join the Triple Alliance“ [1]).

Die radikal gesinnten Parlamentsmitglieder Labouchère und Dilke machten kein Hehl aus ihrer Enttäuschung, nicht ebenfalls Ministerposten erhalten zu haben. Rosebery ging daher in der Vermutung nicht fehl, jene würden in der Übernahme fester Verpflichtungen gegenüber Italien — abgesehen davon, daß Gladstone ihnen nie zugestimmt hätte — die erwünschte Handhabe sehen, um die auswärtige Politik der Regierung anzugreifen, und somit die Existenz des Kabinettes oder seines eigenen Postens in Frage zu stellen [2]). Parlamentarische Verhandlungen konnten leicht zu einer Krisis führen, wenn intimere Beziehungen zu Italien sich nicht ableugnen ließen. Das war ein weiterer Grund, der Vorsicht gebot.

Es war darum mehr, als erwartet werden konnte, als Rosebery dem deutschen Botschafter ein Memorandum übergab, in dem er die Unterstützungspflicht Englands bestätigte, falls Italien g r u n d l o s von Frankreich angegriffen würde [3]). Ein formeller Notenaustausch erfolgte nicht. Der Orientalische Dreibundvertrag wurde stillschweigend als weiterhin gültig anerkannt [4]).

Diese Verhandlungen über die Erneuerung des Orientalischen Dreibundes lassen bereits erkennen, daß das Freundschaftsband zwischen Dreibundstaaten und Inselreich, wenn es auch weiterhin bestehen blieb, sich nicht als so wirksam erwies, wie zu Zeiten Bismarcks und Lord Salisburys. Es mag damit zusammenhängen, daß mit Lord Rosebery ein Mann die Zügel der britischen Außenpolitik ergriffen hatte, dessen wichtigstes Ziel die Konsolidierung des Empire war. Das ließ sich nach seiner Ansicht am besten durch eine Politik der Zurückhaltung von kontinentalen Verwicklungen verwirklichen. Solange aber die beständigen Reibungen zwischen Groß-

---

leichterung kriegerischer Komplikationen in Europa durch das englische Kabinett ausgelegt werden könnte“. Gr. Pol. VIII Nr. 1740 (11. 9. 1892). VIII Nr. 1742 (21. 9. 1892).

[1]) Crewe II, 374 (16. 7. 1891).

[2]) Gr. Pol. VIII Nr. 1737 (6. 9. 1892). VIII Nr. 1739 (7. 9. 1892).

[3]) Gr. Pol. VIII Nr. 1740 (11. 9. 1892). British Documents VIII Nr. 1e. (5. 9. 1892.) Memorandum Lord Roseberys.

[4]) Langer, Franco-Russian Alliance S. 371. Langer II, 40.

britannien und Rußland bei der geringsten Veranlassung zu Streit und Feindseligkeit ausarten konnten und Deutschland nicht gegen England Partei ergriff, suchte die englische Regierung ein dauerndes und gutes Einvernehmen mit der damals in Europa mächtigsten Bündnisgruppe. England war allerdings auch unter Rosebery nie dazu bereit, dafür den Preis einer Allianz zu zahlen.

Wir sahen bereits aus Roseberys Programm vom Sommer 1891, wie wenig Aussicht auf Erfolg diesem Begehren beschieden sein würde. Der englische Minister stellte dem wiederholten Drängen, sei es von Seiten des österreichischen Ministers Kalnoky, sei es seitens der italienischen Minister Crispi und Blanc die Politik der „splendid isolation" gegenüber, welche in jenen Jahren allerdings nicht mit „splendid" bezeichnet werden darf. In Deutschland wunderte man sich über dieses Verhalten des Foreign Office. Zunächst war man allerdings überzeugt, daß England auf die Zentralmächte angewiesen sei, falls es seine Stellung als Weltmacht erhalten wollte. Man wartete. Als England sich den Mittelmächten jedoch nicht anzuschließen schien, wurde man in Deutschland verstimmt und suchte schließlich England, sei es mit Frankreich, sei es mit Rußland, zur „Gegenseitigkeit" und Dreibundfreundlichkeit zu zwingen.

II. Lord Rosebery und der Dreibund 1893.

Man hat darauf hingewiesen, daß mit Roseberys Einzug in das Foreign Office anstelle der früheren Gleichmäßigkeit der englischen Politik eine auffallende Unruhe, ein wechselndes Hin und Her und dem Dreibund gegenüber bald eine vielversprechende Annäherung, bald eine kühle Zurückhaltung getreten sei.

Das Mißtrauen, mit dem man auf dem Kontinent die liberale Regierung betrachtete, schien in der ersten Hälfte des Jahres 1893 zunächst nicht gerechtfertigt. Lord Rosebery legte Wert auf intimere Beziehungen zu Österreich, Italien und Deutschland, sodaß Staatssekretär Freiherr von Marschall im Juni erwog, ob das „Neun-Punkte-Abkommen" von 1887 nicht in einen festen Vertrag umgewandelt werden könnte [1]). Die ägyptische Krise [2]) vom Januar 1893 hatte keinen bestimmenden

[1]) Gr. Pol. VIII Nr. 1748 (3. 6. 1893).

[2]) Frankreich hatte hinter dem Rücken von Lord Rosebery mit Gladstone Verhandlungen über eine Räumung Ägyptens angeknüpft und gleichzeitig den Staatsstreich des Khediven Abbas II. unterstützt. Selbst Rußland war bereit, wie Lord Cromer nach

Einfluß auf die deutsch-englischen Beziehungen gehabt, wenn sie auch, wie Sir Edward Grey in seinen Memoiren berichtet, „die Kehrseite der deutschen Freundschaft" für England enthüllte und „ein Unbehagen und einen bitteren Nachgeschmack hinterließ" [1]).

Man betrachtete die demonstrativen Annäherungsversuche Deutschlands und Österreichs an Rußland [2]) und diejenigen Italiens unter dem neuen Ministerpräsidenten Giolitti an Frankreich [3]) mit gewisser Besorgnis. Gewiß waren schon in den vergangenen drei Jahren Versuche einer deutsch-russischen Annäherung gemacht worden, aber ganz besonders setzten diese Bestrebungen auf österreichischer Seite im Sommer 1893 ein [4]). Für Kalnoky war der Gedanke maßgebend, dem zwischen Rußland und Frankreich eingeengten Dreibund Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen, falls die imperialistischen Aufgaben der britischen Politik jenseits der Meere eine Passivität im Nahen Orient zur Folge haben sollten. Wenn diese Bemühungen ergebnislos verliefen, so lag das einmal an der Persönlichkeit des Zaren, der, wie das vor kurzem erschienene Tagebuch des Grafen Lamsdorff enthüllt hat, mehr als sein Minister Giers an dem Bündnis mit Frankreich festhalten wollte [5]). Andererseits wurde die Wendung herbeigeführt durch den über Zollfragen und Caprivis Heeresvorlage sich verschärfenden deutsch-russischen Gegensatz und durch die Leiter des deutschen

London depeschierte, „to drive pins into England in order to please the French". (Lord Cromer, Abbas II. (1915) Kap. I). Es waren für die Stellung Lord Roseberys, der sich allen ägyptischen Räumungsplänen auf das schärfste widersetzte, äußerst kritische Tage. Zusammenstöße mit Gladstone im Kabinett erschwerten die Lage. Gladstone erklärte damals, „that they might as well ask him to put a torch to Westminster Abbey as to send more troops to Egypt". (Garvin, Life of Chamberlain II, 556). Als sich Deutschland in diesem Augenblick über die allen deutschen anatolischen Eisenbahnprojekten feindlich gesinnte britische Botschaft in Konstantinopel beklagte, und gleichzeitig die bereits erteilte Zustimmung zu der Verstärkung der Truppenzahl in Ägypten zurückzog, blieb der englischen Regierung nichts anderes übrig, als nachzugeben. In mehreren Depeschen hatte Cromer dargelegt, daß er ohne Deutschlands Unterstützung sein Werk nicht durchführen könnte. Rosebery desavouierte den englischen Botschafter in Konstantinopel, Sir Clare Ford, der nicht den Auftrag erhalten habe, „kommerzielle Konkurrenzfragen auf das politische Gebiet zu übertragen" und versprach Hatzfeldt, die deutschen Eisenbahnpläne nicht mehr zu durchkreuzen und damit die „ihm so wertvolle deutsche Freundschaft aufs Spiel zu setzen". Gr. Pol. XIV, 2 Nr. 3974 (17. 1. 1893). Vgl. Gr. Pol. VIII. Nr. 1813 ff.

[1]) Sir E. Grey, Fünfundzwanzig Jahre Politik 1892—1916 (1916) S. 22.

[2]) Herrmann, 79.

[3]) Billot I, 442 f. Giolitti, 57. Italicus, 166 f.

[4]) Herrmann, 81 ff.

[5]) Vgl. Langer II, 42.

Auswärtigen Amtes selbst, die „eine Schwenkung der österreichischen Politik nach der russischen Seite hin" zu verhindern suchten, nachdem sie ihre frühere Reserve verlassen und in Orientfragen stärker eingegriffen hatten [1]). Entscheidend war, daß England in dieser Zeit größeres Gewicht auf die österreichische Freundschaft legte. Das ist aus den Aufsehen erregenden Ausführungen des englischen Botschafters in Wien, Sir A. Paget, am 14. Mai 1893 deutlich zu erkennen [2]). In ihnen spiegelten sich Meinungen des Foreign Office wieder. Man war in Wien sehr zufrieden [3]). „Man sei mit der politischen Haltung Lord Roseberys durchaus einverstanden", erklärte der österreichische Botschafter Graf Deym Hatzfeldt in London. „Es sei sicher, daß Rosebery die mit Österreich und Italien eingegangene Verständigung als weiterbestehend und verbindlich betrachte" [4]).

Die guten Beziehungen, wie sie unter Salisbury bestanden, schienen wiederzukehren. Da änderte sich mit einem Male das Bild. Der heraufziehende Siamesische Konflikt, die neben Faschoda gefahrenreichste Krisis, welche das britische Imperium in der ersten Hälfte der 90er Jahre erlebte, sollte alle im vergangenen Monat erhofften Kombinationen zerstören.

Seitdem die Franzosen sich in Cochinchina und Tonkin niedergelassen hatten, war das Ziel ihrer Kolonialpolitik, die dazwischen liegende Gebiete bis zum Mekongufer der französischen Herrschaft zu unterwerfen. Nach mehreren Zwischenfällen richteten sie Mitte Juli 1893 ein Ultimatum an die siamesische Regierung und verhängten die Blockade über die Mündung des Menam und die im Hafen von Bangkok liegenden britischen Schiffe [5]). Großbritannien konnte diese herausfordernde Haltung natürlich nicht unerwidert lassen.

Gleichzeitig zeigte sich in der französischen Öffentlichkeit eine scharf antienglische Stimmung, die seit dem Sturz von Ribot unter dem Kabinett Dupuy-Develle mit Delcassé als Kolonialminister erheblich zunahm [6]).

---

[1]) Becker II, 168

[2]) „Neue Freie Presse" 15. 5. 1893. Siehe Anhang Nr. 15.

[3]) Gr. Pol. VIII Nr. 1747 (31. 5. 1893).

[4]) Ebenda. Italicus, 169 f.

[5]) Lord Rosebery war durch diese Maßnahmen sehr beunruhigt, denn im Jahre 1892 betrug der britische Anteil an der siamesischen Ausfuhr 87%, und 97% der Einfuhr lag ebenfalls in britischen Händen. British and Foreign State Papers Bd. 87 S. 334 (2. 9. 1893).

[6]) Queen Victoria, Letters III, 271. Lord Dufferin kehrte einstweilen nicht auf seinen Pariser Botschafterposten zurück. Lord Rosebery antwortete dem französischen Geschäftsträger d' Estournelles, daß es für den britischen Botschafter unmöglich sei, „to return to be a target for the insults of the French press. If France could

Da der englisch-russische Grenzkonflikt im Pamirgebiet noch keineswegs beigelegt war [1]), sah es so aus, als ob Rußland und Frankreich das britische Weltreich an einem sehr verwundbaren Punkt, in Indien treffen wollten, in der Hoffnung, im Fernen Osten England isoliert zu finden.

Lord Curzons viel besprochener Artikel „India between two fires" bezeichnete von diesem Gesichtspunkt aus die Gefahr der Situation. Lord Curzon kam zu dem Ergebnis, daß eine genügend feste Kooperation Frankreichs und Rußlands England nicht nur in Asien, sondern auch im Mittelmeer zum Nachgeben zwingen würde. Für einen Krieg, der im Fernen Osten seinen Ursprung nähme, würde England in Europa keine Bundesgenossen finden. Selbst mit Unterstützung des Dreibundes könnte es nicht unbedingt mit einem siegreichen Ausgang rechnen [2]).

Man kann daher die Erregung des britischen Ministers des Auswärtigen verstehen, als er die England demütigende Nachricht erhielt, wonach der französische Kommandant die Zurückziehung der britischen Schiffe aus Bangkok verlangt habe. Rosebery sagte später, er habe an jenem denkwürdigen 30. Juli erwartet, daß am nächsten Tag „das Land aufgewacht wäre, um sich im Kriege mit Frankreich zu finden" [3]).

Lord Rosebery selbst wollte unter allen Umständen einen Krieg wegen dieses fernöstlichen Konfliktes vermeiden. Der russische Botschafter Baron de Staal sagte in jenen Tagen recht treffend von ihm: „Lord Rosebery n' est pas batailleur, il est plutôt d'humeur conciliante, mais il a le sentiment très vif de la responsabilité" [4]). Dieses Verantwortungsbewußtsein zeigte sich in der für die Königin verfaßten Denkschrift: „We cannot afford to be the Knight Errand of the World, careering about to redress grievances and help the weak. If the French cut the throats of half Siam in cold blood we should not be justified in going to war with her. In all this matter we have only one prime interest: it is to keep a buffer between the French frontier and that of India, in order that a vast expenditure and danger may not be incurred by the immediate power on our South-Eastern

---

not protect Ambassadors from outrage, it was clear that France was no place for Ambassadors".

[1]) Ronaldshay, The Life of Lord Curzon (1926) I S. 195 ff. Meyendorff II, 219 f.

[2]) Der Artikel erschien im August 1893 im „Nineteenth Century". Times, 20. 7. 1893, 5. 8. 1893, 25. 8. 1893.

[3]) Gr. Pol. VIII Nr. 1754 (18. 11. 1893).

[4]) Meyendorff II, 216 (26. 8. 1893).

flank. We cannot, however, keep the police of the world: The Empire is a sufficient responsability without that" [1]).

Er tat daher alles, um den ernsten Streitfall beizulegen. Glücklicherweise erwies sich für England das Telegramm aus Bangkok als unzutreffend. Die britischen Schiffe blieben in der siamesischen Hauptstadt. Dem darauf eilig nach Paris entsandten Botschafter Lord Dufferin gelang es, nach langen Verhandlungen den französischen Außenminister Develle zur Anerkennung einer „neutralen Zone" zwischen den englischen und französischen Besitzungen zu bestimmen. Der „bufferstate" war damit errichet, und das war für die englische Politik das Entscheidende [2]).

Große Bedeutung für das deutsch-englische Verhältnis der kommenden Jahre hatten die Verhandlungen, welche Lord Rosebery während des Höhepunktes der Siamkrise mit Hatzfeldt und Tornielli führte. Der englische Minister hatte für den Ernstfall eine Zuflucht bei dem Dreibund in Aussicht genommen. Er schrieb der Königin am 26. Juni: „Resort to the Triple Alliance may some day be necessary, and no doubt the French are trying their best to drive us to it. But this should be in some direr strait than the present. It becomes Your Majesty's dignity to settle this matter without such assistance" [3]).

Der englische Minister sondierte den deutschen und italienischen Botschafter [4]). Auch Kaiser Wilhelm II., der bei der Regatta in Cowes weilte, wurde durch den „leichenblassen" Privatsekretär der Königin von der drohenden Gefahr Mitteilung gemacht [5]). Es schien der Moment eingetreten zu sein, auf den der deutsche Botschafter wiederholt hingewiesen hatte: Deutschland sollte in den großen politischen Fragen keine Initiative ergreifen. Es sollte England „kommen lassen". Am 26. Juli meinte Lord Rosebery im Gespräch mit Graf Hatzfeldt, daß Deutschland ein englisch-französischer Krieg doch nicht gleichgültig sein könnte, „da eine solche Eventualität Gelegenheit bieten würde, die Quadrupelallianz zustandezubringen" [6]).

Welche Stellung nahm Berlin in diesem spannenden Moment ein? In der Wilhelmstraße sah man in den Roseberyschen Andeutungen nur die Absicht Englands, den Dreibund zum „Blitzableiter" zu machen, und

[1]) Crewe, Lord Rosebery II, 426 (26. 7. 1893).
[2]) British and Foreign State Papers Bd. 87, 289 ff. Lyall II, 272.
[3]) Crewe II, 424.
[4]) Gr. Pol. VIII Nr. 1749 (26. 7. 1893), Nr. 1750 (27. 7. 1893).
[5]) Haller, Aus dem Leben des Fürsten Eulenburg-Hertefeld (1926) S. 84.
[6]) Gr. Pol. VIII Nr. 1749 (26. 7. 1893). Becker II, 204ff. Herrmann S. 49.

ihn ins erste Treffen gegen Frankreich zu führen. Ging England nicht auf einen festen Vertrag ein, welcher Deutschland die unbedingte Sicherheit gewährt hätte, von England im Kriegsfall nicht verlassen zu werden, so lehnte man es ab, in Paris diplomatisch zu intervenieren [1]). „Für uns ist der wünschenswerte Beginn des nächsten großen Krieges", verzeichnete General Caprivi, „wenn der erste Schuß von Bord eines englischen Schiffes fällt. Wir haben dann die Sicherheit, die Tripelallianz zu einer Quadrupelallianz erweitern zu können. Also: erst England unwiderruflich engagieren, dann aber auch, je nachdem Rußland mitspielt oder nicht, alle Dreibundsmächte auftreten lassen. Das ist das militärisch Richtige, und danach muß diplomatisch agiert werden" [2]).

Es ist sehr wohl möglich, daß diese Ansicht des deutschen Reichskanzlers in England dazu beigetragen hat, den Ausgleich mit Frankreich zu beschleunigen. Andererseits dürfen wir annehmen, daß die ablehnende Haltung der zaristischen Regierung — ähnlich wie fünf Jahre später in der Faschodafrage — Develle nötigte, den englischen Forderungen nachzugeben. Man wollte in Petersburg nicht für französische Interessen eintreten, die der casus foederis nicht vorsah [3]).

In Deutschland freilich vermeinte Staatssekretär Freiherr von Marschall in der plötzlichen Beilegung der Kriegsgefahr ein völliges Kapitulieren Roseberys vor der Macht Frankreichs zu sehen. „Was wir während der letzten acht Wochen vom englischen Tun wahrnahmen, ist geeignet, uns in derjenigen Vorsicht zu bestärken, die schon bisher Pflicht war einer

---

[1]) Gr. Pol. VIII Nr. 1757 (4. 8. 1893). Vgl. den allem Anschein nach von Staatssekretär Marschall inspirierten Artikel im „Berliner Tageblatt" vom 26. 7. 1893: „England läßt keine Gelegenheit vorüber gehen, urbi et orbi klar zu machen, daß es dem Dreibund ebenso fernstehe wie dem Zweibund ... Da bieten uns die siamesischen Vorgänge den willkommenen Anlaß, wie wir das auch im Hinblick auf die ägyptischen Ereignisse schon wiederholt getan haben, an einem konkreten Fall den Engländern zu zeigen, daß ihnen unter Umständen an der moralischen Unterstützung durch Deutschland sehr viel gelegen sein kann, daß sie aber auf eine solche nicht zu rechnen haben, wenn sie statt Gleiches mit Gleichem zu vergelten, in ihrem insularen Hochmut uns bei anderen Anlässen weismachen wollen, daß sie unser nicht bedürfen".

[2]) Gr. Pol. VIII Nr. 1753 (31. 7. 1893).

[3]) British Documents I Nr. 125 (21. 12. 1898). Solange die französisch-russische Militärkonvention nicht ratifiziert war, hätte Frankreich schwerlich einen Krieg riskiert. In einem späteren Bericht wies Hatzfeldt darauf hin, daß er diesen Ausgang der Siamkrise erwartet habe. Nach seiner Auffassung habe die französische Regierung „welche zu einem Konflikt mit seinen unübersehbaren europäischen Folgen keineswegs entschlossen war", nur einen Fühler ausgestreckt, „um sich zu versichern, wie weit der ihr wohlbekannte Langmut des Herrn Gladstone gehen werde." Gr. Pol. VIII Nr. 1759 (13. 11. 1893).

Politik gegenüber, welche nicht Verbündete sondern Blitzableiter sucht" [1]). In Deutschland wollte man also erst England in einen Krieg verwickelt sehen und dann die Hilfe gewähren; in England wünschte man die Hilfe, um den Krieg zu vermeiden. So ergab sich im Verlauf der Siamkrise eine ausgesprochene Verschiedenheit der Auffassungen in Deutschland und England.

Unterstaatssekretär Currie motivierte die nunmehr „größere Zurückhaltung" der englischen Regierung gegenüber kontinentalen Fragen mit dem Bemerken, daß „England von Deutschland weder Sympathie noch politische Unterstützung zu erwarten habe" [2]). Er beurteilte zwar die Absichten Kaiser Wilhelms II. und dessen Ratgeber nicht richtig, die nichts lieber gesehen hätten, als einen festen englisch-deutschen Vertrag, war hier aber das Sprachrohr des Foreign Office, welches die veränderte Situation wohl verstanden hatte. Italien und Österreich waren nicht die alleinigen Herren ihres Schicksals, wenn in der Wilhelmstraße andere Ansichten „über die Modalitäten des diplomatischen Zusammenwirkens mit England" herrschten. Bisher stand Deutschland hinter seinen Freunden, jetzt schob es sich zwischen sie und Großbritannien und erhob den Anspruch, die Befürwortung politischer Wünsche Englands künftig „von dem Grade englischen Entgegenkommens auf kolonialem Gebiet" abhängig zu machen [3]).

Die englisch-deutsche Freundschaft hatte einen schweren Stoß bekommen. Bismarck hatte die ungeschriebene Entente zwischen Dreibund und England auf gute Beziehungen untereinander und gemeinsame, gegen Frankreich und Rußland gerichtete Interessen gegründet. In England mußte man sich fragen, ob dieses Progamm noch galt. Die englische Regierung lehnte es ab, dem Dreibund beizutreten. Das hätte innenpolitisch eine Kabinettskrise hervorgerufen und außenpolitisch der geplanten Vereinigung russischer und französischer Geschwader im Mittelmeer einen noch schärfer antibritischen Charakter gegeben.

---

[1]) Gr. Pol. VIII Nr. 1762 (24. 10. 1893).

[2]) Gr. Pol. VIII Nr. 1761 (27. 10. 1893).

[3]) Gr. Pol. VIII Nr. 2018 (10. 9. 1893). Auf die kolonialen Differenzen, die seit Juni 1893 zu der gegenseitigen Verstimmung wesentlich beitrugen, soll hier nicht näher eingegangen werden.

III. Lord Rosebery und der Zweibund 1893.

Wenn auch die politischen und militärischen Vereinbarungen Frankreichs und Rußlands im Herbst 1893 [1]) sich in erster Linie gegen den Dreibund richteten und in französischen Augen ein Instrument waren, um die immer wachen Revanchepläne in ferner Zukunft ausführen zu können, so richtete sich zweifellos die Flottenparade von Toulon (13.—28. Oktober 1893) gegen die Macht, die bisher im Mittelländischen Meer den entscheidenden Einfluß ausübte.

In der englischen Öffentlichkeit und im Parlament hatte sich bei der fortschreitenden russisch-französischen Intimität eine wachsende Besorgnis gezeigt, zumal europäische Zeitungen von einer vermutlich dauernden Stationierung eines russischen Geschwaders im Mittelmeer und von geheimen Verhandlungen in Konstantinopel über die Errichtung russischer Kohlenstützpunkte in der Ägäis wissen wollten [2]).

Der Besuch der englischen Flotte in Tarent am 16. Oktober und in Spezia am 23. Oktober war nur eine verhältnismäßig schwache Antwort auf die rauschenden Verbrüderungsszenen von Toulon. Umso eindringlicher erklangen in London die Rufe nach Verstärkung der britischen Flotte und ihrer Operationsbasis im Mittelmeer. „Whatever government or whatever party may be in power, the English people are determined never to forfeit the maritime predominance in the Mediterranean which their fathers have handed down to them for one hundred and fifty years, and which cannot be shaken, as they well know, without imperrilling the Empire“ [3]). In Tageszeitungen und Zeitschriften erschien eine Flut von Artikeln, die auf die Bedrohung des „Two-Power-Standard“ hinwiesen, wie ihn die „Naval Defence Act“ 1889 festgesetzt hatte [4]). Die Erkenntnis der für die englische Marine

---

[1]) Gr. Pol. VII Nr. 1533 (30. 10. 1893), Nr. 1534 (27. 11. 1893). Die förmliche Genehmigung zu der russisch-französischen Militärkonvention erfolgte am 27. 12. 1893/4. 1. 1894. Livre Jaune Nr. 192.

[2]) Gr. Pol. VIII Nr. 1760 (19 11. 1893), IX Nr. 1745 (20. 1. 1894). Times, 24. und 31. Oktober, 4. November 1893. Langer, Franco-Russian Alliance S. 361. Herrmann, 88.

[3]) Times, 14. 10. 1893.

[4]) Der englischen Kanal- und Mittelmeerflotte von 14 Schlachtschiffen, 9 Kreuzern und 14 kleineren Schiffen standen auf französischer Seite 13 Schlachtschiffe und 10 Kreuzer, auf russischer 2 Schlachtschiffe und 1 Panzerkreuzer gegenüber. Außerdem war Toulon als Flottenstützpunkt mit Malta oder Gibraltar nicht zu vergleichen, deren Werften und Docks sich damals in ungenügendem Zustand befanden. Nicht geringere Beachtung fand

im Mittelmeer recht ungünstigen Lage führte zu einer Art Flottenpanik. Ein heftiger, von Lord Beresford, Lord Hamilton und — wie bisher noch nicht bekannt — auch von Lord Rosebery [1]) geschickt geleiteter Feldzug richtete sich gegen die Hüter der liberalen Parteidoktrin, insbesondere gegen Gladstone und den Schatzkanzler Harcourt. Diese wollten aus Sparsamkeitsgründen der Vertretung des Landes keine finanziellen Leistungen zumuten, die sich über das laufende Etatsjahr hinaus erstreckt hätten. Sie weigerten sich, ein Flottenbauprogramm für längere Zeit aufzustellen [2]). Selbst Queen Victoria und der Prince of Wales [3]) nahmen an diesen Kämpfen, die schließlich mit Gladstones Sturz enden sollten, teil. In mehrfachen Memoranden an das Kabinett ermahnte die Königin Gladstone, nicht vorbeizusehen an der „paramount necessity of maintaining that supremacy on which the very existence of our Empire depends" [4]).

Nirgends erhob sich jedoch in England eine Stimme von Gewicht, die auf die Abmachungen von 1887 zur Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes im westlichen und östlichen Mittelmeer hinwies. Im Gegenteil, solchen Erwägungen begegnete die „Times" mit der kategorischen Erklärung: „There is, at all events, no question of a naval compact with Italy, still less our entering the Triple Alliance" [5]).

Innenpolitisch bot Toulon eine Gelegenheit, die Zustimmung aller national Denkenden für die Regierung zu vereinen und ihre Autorität in England wie jenseits der Meere zu stärken. Außenpolitisch war die französisch-russische Entente dem englischen Außenminister gewiß nicht gleichgültig [6]). Man mußte auf alle Eventualitäten vorbereitet sein. Der englische Botschafter in Paris, Lord Dufferin, schrieb damals, daß bei der „eingefleischten und erbitterten Abneigung aller Klassen in Frankreich

der schlechte Rüstungszustand der türkischen Seestreitkräfte, unter denen sich nur ein moderneres Schiff befand, welches nach 1875 gebaut war. Faktisch waren sie der russischen Schwarzen-Meer-Flotte nicht gewachsen. Vgl. Schönberg, Um den Two-Power-Standard, S. 98. Langer, The Franco-Russian Alliance S. 340, 366 ff. Times, 6., 13., 17., 20. November 1893.

[1]) Wie sehr sich Lord Rosebery für das Bauprogramm Lord Spencers einsetzte, zeigt ein Brief an die Königin. „Lord Rosebery is in reality more interested in this matter than any of Your Majesty's Ministers, for the authority and weight of the Foreign Office suffer obvious diminuition when the Navy is suspected of weakness". Crewe II, 436 (15. 11. 1893).

[2]) Gardiner, Life of Sir W. Harcourt (1923) Kap. 14.

[3]) S. Lee, King Edward VII, Bd. I (1925) S. 564.

[4]) Letters of Queen Victoria II, 328 (7. 12. 1893).

[5]) Times, 17. 19. 1893.

[6]) Herrmann, 90.

ein Krieg mit England ebenso populär wäre und für weniger gefährlich gehalten würde, als ein Einzelkampf mit Deutschland" [1]). „Die Franzosen haben das Gefühl, daß wir sie immer in der ganzen Welt ausstechen und ihren Weg gerade in dem Augenblick kreuzen, wo er im Begriff ist, zu irgendeinem außergewöhnlichen Vorteil zu führen... Infolgedessen vergeht kein Tag, an dem uns nicht wegen unserer niederträchtigen Politik, unserer hochfahrenden Art, unserer Selbstsucht, unserer Perfidie und unseren anderen eingewurzelten schlechten Eigenschaften der Text gelesen würde" [2]).

Trotzdem brauchte nach Ansicht der englischen Staatsmänner ein gutes Einvernehmen zwischen Frankreich und Rußland sich für britische Interessen nicht unbedingt als schädlich zu erweisen. Man rechnete damit, daß Frankreich ohne die Zustimmung Rußlands keine Feindseligkeiten beginnen würde, die Rußland außerdem nicht zulassen würde, wenn es seinem eigenen Vorteil nicht entspräche. „Der persönliche Charakter des Zaren, seine erklärte Friedensliebe und die autokratische Gewalt, mit der er regiere, werden ihn — wie Lord Dufferin berichtete — sowohl dazu neigen lassen, wie befähigen, die Ausbrüche des französischen Chauvinismus zu dämpfen und zu verhindern, daß ein bloßer Zwischenfall, ein vorübergehender Zusammenstoß zwischen Frankreich und einem seiner Nachbarn oder eine von Paris aufgerührte Woge der Volksleidenschaft die Welt in Flammen setzt" [3]).

Wir verstehen jetzt, warum Lord Rosebery in seiner Unterredung mit dem österreichischen Botschafter am Hofe von St. James, dem Grafen Deym, bestreiten konnte, daß der Zweibund eine „direkte Spitze gegen England" darstelle [4]). Außerdem rechneten der Außenminister sowie der Unterstaatssekretär Currie damit, daß ein Erfolg der russisch-französischen Koalition an der strategisch wichtigsten Stelle im Mittelmeer, an den

[1]) British Documents II, 1 Nr. 351 (3. 11. 1893).

[2]) Ebenda. Dieser Bericht war augenscheinlich dazu bestimmt, die Runde im „Despatch-box" zu machen, um die opponierenden Minister von der Notwendigkeit einer Flottenverstärkung zu überzeugen.

[3]) Wenn heute das französisch-russische Bündnis als „der Auftakt zum Weltkrieg" (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 12. 2. 1936 Nr. 75) bezeichnet wird, — eine Ansicht, die in den belgischen Gesandtschaftsberichten eine Stütze findet, (Köhler S. 131f) — so ist das Urteil Lord Dufferins vom historischen Gesichtspunkt trotzdem zutreffend. Abgesehen davon, daß er uns die zeitgenössische Auffassung wiedergibt, wirkte der Zweibund in den 90er Jahren noch nicht als Einkreisung Deutschlands. Rußland deutete die Verstärkung seiner Position noch nicht nach einer Richtung hin aus, die mit den Interessen der Mittelmächte unvereinbar war. Vgl. W. Windelband, Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit, (1935) S. 325.

[4]) Herrmann, 90.

Dardanellen, wenig wahrscheinlich war [1]). „Rußland werde bei einem Vorgehen gegen die Meerengen und dem sich daraus ergebenden Durchbruch in das Mittelmeer kaum auf die Sympathie oder tätige Unterstützung Frankreichs rechnen können. Frankreich habe kein Interesse daran, Rußland im Orient übermächtig werden zu lassen und mit ihm die Herrschaft im Mittelmeer zu teilen" [2]).

Wir wissen heute aus den Schriften von Hanotaux, der kurz nach Abschluß des französisch-russischen Bündnisses Außenminister wurde, daß diese Deutung zutraf [3]). Er selbst sprach es dem deutschen Botschafter Grafen Münster gegenüber im April 1896 aus: „La question des détroits nous touche de trop près et j'espère toujours que la Russie n'y touchera pas, car cela pourrait devenir trop gros pour nous" [4]).

IV. Österreich und die Erneuerung des Orientalischen Dreibundes 1894.

Eine gänzlich andere und zugleich pessimistischere Beurteilung fand die neue Lage in Österreich. „Geradezu niederschmetternd" hatten in Wien die französisch-russischen Verbrüderungsszenen gewirkt. Rußland bereitete sich nach Ansicht des österreichischen Botschafters in Petersburg, des Grafen Wolkenstein, zu einer Offensive im Westen und an den Dardanellen vor. In Konstantinopel sei der Einfluß der Dreibundvertreter völlig untergraben. Italien sei bei seiner trostlosen finanziellen Lage ein „problematischer Bundesgenosse", und im Berliner Auswärtigen Amt herrsche „Führerlosigkeit und unleugbare Zerfahrenheit", Mißtrauen und Eifersucht über die Donaumonarchie, die jetzt die Führerrolle im Dreibund übernehme [5]).

---

[1]) Gr. Pol. IX Nr. 2142 (30. 12. 1893).

[2]) Gr. Pol. IX Nr. 2143 (30. 12. 1893).

[3]) Hanotaux, La Prétendue Conjuration Franco-Russe, in „Revue des Deux Mondes" vom 15. 1. 1928 S. 419: „Dans les échanges de vues qui se produirent au moment même de l'accord et, à maintes reprises ultérieurement, il fut toujours stipulé que l'alliance laissait en dehors de ses engagements les affaires d'Orient, Constantinople et les Balkans, qu'elle s'opposait expressément à toute enterprise de la Russie dans cette région et que, par conséquent, loin de fomenter les ambitions russes dans ce sens, elle les apaisait et les immobilisait par les rappels les plus formels".

[4]) Gr. Pol. XII, 1 Nr. 2916 (25. 4. 1896).

[5]) Gr. Pol. IX Nr. 2140 (23. 12. 1893).

Wie dem Botschafter erschien es dem österreichischen Außenminister notwendig, England zu einer lebhafteren Betätigung seiner Mittelmeerinteressen anzuregen. Dem zunehmenden russisch-französischen Einfluß sollte ein wirksames Gegengewicht gegenüber gestellt werden [1]). Eine größere Machtentfaltung Rußlands im Mittelmeer war für den österreichischen Besitz an der adriatischen Küste nicht gleichgültig. Ließ sich jetzt nicht der Orientalische Dreibund in der Weise „rekonstruieren", „daß wir mit England und Italien fest zusammenstehen und sicher auf Deutschlands Unterstützung rechnen könnten", war es nach der Meinung Kalnokys vorbei mit seinem Einfluß im Nahen Orient [2]). Er plante daher, den englischen Außenminister für ein festes englisch-italienisches Bündnis und für bindende Abmachungen zwischen England und dem Dreibund zum Schutz der Meerengen zu gewinnen [3]).

Den gewünschten Anlaß, Lord Rosebery zu einem „positiven Eintreten für das schwankende Italien" zu bestimmen, fand die österreichische Diplomatie nach erfolgreicher Intervention in Rom, als Crispi am 10. Dezember 1893 wiederum Ministerpräsident wurde [4]). Trotz aller Abneigung Lord Roseberys gegen die italienische Politik entschloß er sich, den österreichischen und italienischen Vertreter in London mit der erneuten Versicherung zu trösten, daß die 1887 von Lord Salisbury abgeschlossenen Verträge noch volle Gültigkeit hätten. Er wies wiederholt darauf hin, daß es ihm unmöglich sei, im Kabinett den Sieg über Gladstone davonzutragen, wenn er in diesen Tagen des schärfsten Kampfes um die Flottenvorlage die anderen Minister für bindende Abmachungen mit Italien bestimmen müßte. Es sei jedoch sicher, „that the English Cabinet could not regard with indifference the defeat of Italy by France" [5]).

Die Andeutungen des Grafen Deym, daß ein französisch-italienisches Neutralitätsabkommen — wie es tatsächlich 1902 zustande kam — nicht unbedingt gegen den Wortlaut der Dreibundverträge verstoßen müsse, war in London nicht wirkungslos geblieben. Roseberys Angebot, eine italienische

---

[1]) Ebenda.

[2]) Herrmann, 162 Kalnoky an Calice (15. 12. 1893).

[3]) Auf die Einzelheiten der diplomatischen Verhandlungen, die bei Herrmann, 91 ff, Becker II, 208 ff, und Langer II, 51 ff eine eingehende Darstellung gefunden haben, wird hier nicht näher eingegangen. Besonders sei hingewiesen auf den bei Herrmann, 160 ff veröffentlichten Auszug aus den Akten des Wiener Archivs.

[4]) Eine Tagebucheintragung bei Crispi, Questioni Internazionali, S. 270 scheint darauf hinzudeuten, daß Kalnokys Rat, Crispi wiederzuberufen, bei seinem Besuch in Monza den italienischen König entscheidend beeinflußt hat.

[5]) Langer, Franco-Russian Alliance, 371 Graf Deym an Kalnoky (22. 12. 1893). Langer II, 52. Herrmann, 94. Wolf, 64.

Anleihe statt in Paris auf dem Londoner Markt unterzubringen, erweist, daß die allgemeine Orientierung der englischen Politik dieselbe geblieben war. Unbestimmte Verpflichtungen, die eine Pro- oder Kontra-Entscheidung erst im Kriegsfall nötig machte, bestätigte man in London gern. Einer prinzipiellen Frage wegen, die eine unbedingte Kriegsmöglichkeit gar nicht in sich schloß, wollte man die politische Handlungsfreiheit jedoch nicht preisgeben.

Einen gewissen Erfolg hatte Kalnokys Demarche gebracht. Die für Österreich wichtigste Frage aber hatte Lord Rosebery nicht berührt. In wiederholten Unterredungen wurde daher der englischen Regierung mitgeteilt, „daß Österreich allein nicht in der Lage sei, den russischen Bestrebungen im Nahen Orient einen Riegel vorzuschieben". Träte nicht England für den Status quo in Konstantinopel ein, so müsse man erwägen, ob man nicht besser tun würde, sich mit Rußland über diese Fragen zu verständigen [1]). Es ist augenscheinlich, daß dieser letzte Ausweg in London keineswegs erwünscht sein konnte, um so mehr, als Unterstaatssekretär Currie aus dem Munde Hatzfeldts gehört hatte, „es sei stets Grundsatz der deutschen Orientpolitik gewesen, daß Deutschland, gerade weil es kein „direktes" Interesse dort hätte, allem zustimmen könnte, was Österreich für annehmbar halte. „Österreich habe vollständig freie Hand, in dieser Frage nur seine eigenen Interessen zu konsultieren und danach zu handeln" [2]).

So ist es zu verstehen, daß Lord Rosebery seinerseits Ende Januar 1894 die Initiative ergriff. Er beantwortete die österreichische Anfrage

---

[1]) Gr. Pol. IX Nr. 2145 (20. 1. 1894).

[2]) Gr. Pol. IX Nr. 2143 (30. 12. 1893). Als Zeichen seines Entgegenkommens schickte Lord Rosebery seinen eigenen Mitarbeiter, den bisherigen Unterstaatssekretär Currie als Botschafter nach Konstantinopel. Dieser war ein Mann der Salisburyschen Schule, war schon dessen Sekretär auf der Konstantinopler Konferenz 1876 und auf dem Berliner Kongreß 1878 gewesen. Man konnte erwarten, daß er das Quartett, wie es unter White, Blanc, Calice und Radowitz bestand, wiederherstellen würde. Hatzfeldt berichtete über seine Unterredung am 10. Dezember 1893 in einem ausführlichen Privatbrief an Holstein. Nach seiner Ansicht habe sich die deutsche Regierung jetzt zu entscheiden. Nachdem der Draht nach Rußland zerrissen sei, solle man jetzt für Dreibund und England eintreten, wenn auch nicht im Vordergrund, so doch „hinter unseren Freunden". Es erscheine ihm fraglich, ob England die „wünschenswerten Anstrengungen in Konstantinopel, zu welchen Currie persönlich geneigt sei, auf die Dauer machen werde, wenn Currie dort die Erfahrung macht, daß er, indem er sich seinerseits zu den Vertretern der Tripelallianz hält, von Radolin allein weder Rat noch die geringste diplomatische Hülfe zu erwarten hat, also bei weitem weniger, als Deutschland zur Zeit von Salisbury seinem Vertreter White zuteil werden ließ".

nicht mit einem glatten Ja, sondern machte seine Zusicherung, den Status quo an den Meerengen nötigenfalls auch im Kriege gegen Rußland zu verteidigen von der Hilfsbereitschaft des Dreibundes abhängig, „England gegen Frankreich zu decken“ [1]). Damit sollte eine Einmischung Frankreichs im Mittelländischen Meer zugunsten Rußlands verhindert und gleichzeitig eine österreichisch-russische Verständigung — wenn auch nicht unmöglich gemacht — so doch weitgehend erschwert werden. Diese vorsichtige Formulierung Lord Roseberys, die nicht nur die österreichische und italienische, sondern vor allem die deutsche Unterstützung forderte, zeigt, daß er Graf Deym die Eröffnung machte, damit Österreich einen Wandel in der Berliner Atmosphäre schaffe, die seit der Siamkrise einen wachsenden antibritischen Charakter angenommen hatte. Zudem sprachen in diesen Monaten mehrere Anzeichen für eine beginnende deutsch-französische und deutsch-russische Entspannung, die im Zusammenhang mit dem deutsch-russischen Handelsvertrag, „dem fundamentalen Werk“, das alle europäischen Staaten nach Ansicht Kaiser Wilhelms II. als Vorbild ansehen sollten, in London Aufmerksamkeit erregen mußten [2]). Gerade den freihändlerisch gesinnten Freunden Lord Roseberys war es nicht entgangen, daß die Caprivischen Handelsverträge mit Österreich, Italien, mit der Schweiz, mit Belgien und mit Rußland als Ganzes „eine europäische Front gegen die Wirtschaftsmacht der übrigen Welt darstellten“. Aus Caprivis eigenen Worten ging hervor, daß er die politische Seite der Abmachungen nicht verkannte, ja sogar hoffte, daß sie die Spannung zwischen den Nationen vermindern und für spätere Zeiten ein Zusammenschluß vorbereiten könnten, sollte es einstmals nötig sein, „im Interesse europäischer Wirtschaftspolitik einen größeren Komplex von Staaten gemeinsam zu umfassen“ [3]). Das waren

---

[1]) Gr. Pol. IX Nr. 2147 (14. 2. 1894). Langer II, 53. Rosebery erklärte: „I assure you that I am absolutely determined to maintain the Status quo in the Straits question and that I would not recoil from the danger of involving England in a war with Russia; but I must tell you frankly that if France should take sides with Russia it would be impossible for England to defend Constantinople against both powers, in any case we should be unable to allow our Mediterranean fleet to run the risk of a catastrophe by finding itself between the Russian and the French fleets. In such a case we should require the assistance of the Triple Alliance to hold France in check. I, and not the British Cabinet, am giving you these assurances, and you may count on my word.“

[2]) Gr. Pol. VII Nr. 1666 (18. 2. 1894). Am 9. 2. 1894 wurde der Handelsvertrag mit Rußland und am 9. 3. 1894 der deutsch-französische Kamerunvertrag abgeschlossen.

[3]) R. Isbeken, Das außenpolitische Problem Staat und Wirtschaft in der deutschen Reichspolitik 1890—1914. (1928) S. 187 f.

völlig neu zu berücksichtigende Gesichtspunkte, zumal sie Hand in Hand gingen mit ernst gemeinten Versuchen der Wilhelmstraße, „Rußland von Frankreich abzurücken, was gegebenenfalls eine antirussische Politik im Nahen Orient, wie sie England wünschte, gänzlich ausschloß [1]".

Demgemäß scheiterten alle Versuche, die Kalnoky im Februar, März und April in Berlin unternahm, um Caprivi zu beweisen, daß selbst „unverbindliche Erklärungen, die sich auf allgemeine politische Grundzüge beschränkten, wie wir dergleichen mit England schon öfter ausgetauscht haben, genügten, um das Inselreich an der Seite des Dreibundes festzuhalten". „Nichts wäre mehr geeignet", schrieb Kalnoky, „das Ansehen und die Machtstellung des Dreibunds zu heben, als wenn Europa die Überzeugung gewänne, daß auf England im Ernstfall als Vierter im Bunde gezählt werden könne. Mehr als je zuvor sind die Umstände hierfür geeignet, und ich bin überzeugt, daß, sobald man in Petersburg und Paris zu dieser Überzeugung käme, man mit der größten Vorsicht an Fragen herantreten würde, welche den Widerstand einer Quadrupelallianz hervorrufen müßten" [2]).

Die deutschen Staatsmänner schenkten den mehrfachen Denkschriften des österreichischen Außenministers keinen Glauben. Sie sahen, daß England keine Angebote machte, die deutschen Interessen entsprochen hätten. Zu tief wurzelte die Überzeugung, mit Rußland im Orient bessere Geschäfte machen zu können, zu tief der Argwohn, von England mißbraucht zu werden. Man glaubte, England wollte sich die Freiheit seiner Entschließungen über die Opportunität eines Konfliktes mit Rußland wahren, um Deutschland die Austragung des Kampfes mit Rußland und Frankreich allein zu überlassen [3]).

Wir können heute eine gewisse Berechtigung der Caprivischen Auffassung nicht verkennen. Das liberale Kabinett hatte sich mit seinem Versuch, „den eventuellen Kampf mit Frankreich um das Mittelmeer auf den Dreibund abzuschieben", bei der deutschen Regierung kein Vertrauen erworben. Berlin wollte sich nicht „für eine bestimmte Marschroute, die bis zu einem Zweifrontenkrieg führen konnte", verpflichten [4]). Freilich ist nicht zu über-

[1]) Gr. Pol. IX Nr. 2155 (23. 4. 1894). Langer, Franco-Russian Alliance S. 383.

[2]) Ebenda.

[3]) Gr. Pol. IX Nr. 2150 (28. 2. 1894). Caprivi ging in seiner Denkschrift vom 23. 4. 1894 sogar so weit, daß er den Erfolg der deutsch-russischen Politik gefährdet sah, „wenn wir England die Möglichkeit gäben, uns eines Rußland ungünstigen Wortes über die Dardanellenfrage bei Rußland zu denunzieren". Gr. Pol. IX Nr. 2155.

[4]) Archiv Ausw. Amt. Denkschrift des Gesandten von Kiderlen vom 26. März 1894. Siehe Anhang Nr. 3.

sehen, daß die Tonart der diplomatischen Schriftstücke Caprivis, Marschalls und Kiderlens gegenüber den Briefen des österreichischen Ministers sehr gereizt und schroff erscheint. Kalnoky sprach ja davon, „daß eine definitive Stellungnahme von irgendeiner Seite zu den Erklärungen Lord Roseberys nicht nötig sei. Die Gefahren, denen die kontinentalen Mächte im Vergleich zu dem Inselreich ausgesetzt seien, erkenne er als durchaus zutreffend an. Man könne sich daher mit dem englischen Kabinett nicht auf der Basis und nicht in so bindender Form verständigen, wie es zwischen den kontinentalen Monarchien der Fall sei" [1]). Kalnokys Bestreben ging dahin, die Meerengenfrage, „nicht ohne und nicht gegen England zu lösen". In Berlin aber ließ man die günstige Gelegenheit vorübergehen, um diese für ein Fortbestehen des Orientalischen Dreibundes entscheidende Meerengenfrage im Einvernehmen mit Österreich und England zu einem für alle Teile befriedigenden Abschluß zu führen.

Als dann am 9. Juli die in der Wilhelmstraße geprüfte Kalnokysche Antwort auf Roseberys Anfrage in London eintraf, war es zu spät. In der Note hieß es: „Das Berliner Kabinett erachte den Zeitpunkt nicht für gekommen, um schon jetzt der ernsten Eventualität eines englisch-russischen Duells mit seinen Konsequenzen auf die Haltung Frankreichs zu diesem Konflikt durch mehr oder weniger verbindende Erklärungen näher zu treten" [2]).

Lord Rosebery zeigte von da ab keine Neigung mehr, neue Verhandlungen zum Schutz der Meerengen mit Österreich anzuknüpfen [3]).

Der Wandel in dem Verhältnis zwischen England und dem Dreibund Mitte 1894 war nicht allein auf die Umschichtung der europäischen Machtverhältnisse zurückzuführen. Koloniale Konflikte in bisher ungewohnter Schärfe erschwerten die Verständigungsmöglichkeiten [4]). Es ist

---

[1]) Gr. Pol. IX, Nr. 2154 (31. 3. 1894). Telegramm Eulenburgs an das Ausw. Amt: „Seine Majestät finden in der Aufzeichnung des Grafen Kalnoky nicht das ausgesprochene Ansinnen, das wir Frankreich zur Neutralität bei akut werdender Meerengenfrage zwingen sollen, sondern sind der Ansicht, daß Graf Kalnoky den Standpunkt theoretischer Erörterungen nicht verlassen hat. Seine Majestät finden diese Anschauung durch gestern ausgesprochene Wünsche des Kaisers Franz Joseph bestätigt." Kaiser Wilhelm II. erkannte also die Lage besser als sein Ratgeber.

[2]) Herrmann, 168 Kalnoky an Szögyeny (8. 6. 1894).

[3]) Wolf, 64 ff.

[4]) Es handelte sich u. a. um das Benue und Niggergebiet in Westafrika, um den Besitz der Delagoa-Eisenbahn und besonders um die allerdings offenkundige Verletzung des deutschen Abkommens mit dem Kongostaat vom 8. 11. 1884 durch den englisch-belgischen Kongovertrag vom 12. 5. 1894. Vgl. Herrmann, 122 ff Langer II, 101 ff.

bezeichnend, daß Lord Rosebery in seiner Erregung über die an sich berechtigten deutschen kolonialen Forderungen so weit ging, dem österreichischen Botschafter zu erklären: „es sei ihm unmöglich, Deutschlands Freund in Europa zu bleiben, wenn dieses in Afrika Hand in Hand mit Frankreich sich feindlich gegen England stelle. Dies bringe ihn auf den Gedanken, daß es auch Punkte gäbe, wo England sich mit Frankreich verständigen könnte" [1]).

Tatsächlich erfolgte gegen Ende des Jahres 1894 ein scheinbarer Kurswechsel der britischen Politik. In seiner Rede auf dem Lord Mayors Bankett am 9. November erklärte Rosebery der erstaunten Öffentlichkeit, daß die Beziehungen zwischen England und Rußland niemals herzlichere gewesen wären, und daß auch die englisch-französische Freundschaft, die seit den Tagen des Krimkrieges bestände, sich im Interesse des Friedens auswirken würde [2]). Die Rede hinterließ in europäischen Hauptstädten einen tiefen Eindruck. Der „Temps" sprach von einem „Rapprochement Anglo-Russe", der „Standard" in London von einer bevorstehenden Isolierung Deutschlands [3]).

Kalnoky war äußerst beunruhigt und in seinen Hoffnungen auf eine englische Allianz sehr enttäuscht. Er gab dem deutschen Botschafter Fürsten von Eulenburg zu verstehen, daß der englische Minister sich nach anderen Hilfstruppen umgesehen habe, nachdem die Beziehungen zu Deutschland nicht mehr in demselben Geleise rollen wollten [4]). In Rom begegnete Bülow einer ähnlichen Auffassung. Der italienische Außenminister Blanc hatte Anfang des Jahres weitgehendes Entgegenkommen und Verständnis für Italiens Kolonialpolitik am Roten Meer gefunden [5]). Jetzt entdeckte

---

[1]) Herrmann, 126. Denn an Kalnoky, 14. 6. 1894. Vgl. das Memorandum Roseberys an Queen Victoria vom 14. 6. 1894: „Deutschland riskiert ein äußerst gewagtes Spiel. Es stößt England vor den Kopf, und anstatt freundliche Vorstellungen und Vorschläge für eine nochmalige Erwägung der Frage zu machen, schlägt es einen Ton an, mit welchem es wohl mit Monaco sprechen könnte. Es ermutigt Frankreich, auf Belgien einen Druck auszuüben. Niemals aber ist es weise, die französische Flamme anzufachen. Belgien kann zu leicht Ursache und Schauplatz einer europäischen Auseinandersetzung werden". Crewe II, 449.

[2]) Annual Register 1894. Herrmann, 132 Becker II, 225.

[3]) Gr. Pol. IX Nr. 2165 (27. 11. 1894.) Nr. 2169 (13. 12. 1894). Siehe Anhang Nr. 16.

[4]) Gr. Pol. IX Nr. 2168 (4. 12. 1894.)

[5]) Vgl. das englisch-italienische Abkommen vom 5. 5. 1894, welches den Bereich der Interessensphäre auf Grund des Uccialli-Vertrages von 1889 in Abessinien festlegte. Harrar fiel allerdings dem englischen Einflußgebiet zu, „tant que l' Italie ne croira pas devoir étendre son influence à ce territoire." Blanc verzichtete darauf. Ihm

man, daß England sich mit Frankreich über das Hinterland von Tripolis zu verständigen suchte. Man sah Frankreich in Marokko vorrücken, ohne daß die italienisch-spanischen Abmachungen dieses hindern konnten. Fehlte die Unterstützung Englands und Deutschlands, so blieben die Mittelmeerabkommen wirkungslos [1]). Blanc fühlte sich „so entmutigt", daß er von seinem Rücktritt sprach.

In Berlin verriet man nicht die gleiche Besorgnis. „Die Eventualität, daß England, Frankreich und Rußland sich zusammentun sollten", schrieb der neuernannte Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Eulenburg, „um die übrige Menschheit innerhalb und außerhalb Europas zu tyrannisieren, braucht uns jetzt noch nicht zu beschäftigen" [2]). Hatzfeldts Beobachtungen waren richtig. England und Rußland verständigten sich wohl über Fragen des Fernen Ostens [3]), im Nahen Orient kam ein Ausgleich nicht zustande [4]).

Man wird daher in den Annäherungsversuchen Lord Roseberys an Frankreich und Rußland weniger eine beabsichtigte Neuorientierung als ein Druckmittel der englischen Politik zu sehen haben, Deutschland zur Umkehr und zu einem England freundlicheren Kurs zu veranlassen. Ebenso wird man in dem sogenannten „Armenischen Dreibund" zwischen England, Frankreich und Rußland nicht eine Mächtegruppierung sehen dürfen, die eine endgültige Absage Englands an den Orientalischen Dreibund bedeutete. Der „Armenische Dreibund" glich, wie es der amerikanische Historiker

---

war es wichtiger, „de nouer l'Angleterre de telle facon à l' Italie que la France ne pourrait plus les séparer." Gr. Pol. VIII Nr. 1993 (11. 6. 1894).

[1]) Gr. Pol. VIII Nr. 1911 (13. 6. 1894). Nr. 1767 (20. 6. 1894). Italicus, 188.

[2]) Gr. Pol. IX Nr. 2169 (13. 12. 1894).

[3]) Baron de Staal hatte den Eindruck, „que le Cabinet anglais a fait droit à toutes nos demandes." Meyendorff II 262 (20. 12. 1894). Das endgültige Abkommen „with regard to the spheres of influence in the region of the Pamirs" wurde am 11. 3. 1895 vollzogen. British and Foreign State Papers Bd. 87, 15 ff.

[4]) Archiv Ausw. Amt. Fürst von Radolin, der deutsche Botschafter in Konstantinopel, berichtete am 7. Dezember 1894 über die Unterhaltung mit dem russischen Geschäftsträger Jadowski. Dieser sagte: „Eine Verständigung Rußlands mit England über die freie Durchfahrt durch die Meerengen stehe nicht bevor. Der Wunsch Rußlands, die Durchfahrt durch die Meerengen zu verlangen, sei natürlich. Indeß könne eine derartige Verständigung mit der Türkei wohl zu erhoffen, aber nicht einseitig mit England zu erreichen sein. Die Engländer gäben sich die erdenklichste Mühe, den Russen willfährig zu sein, aber so weit würde ihre Zuvorkommenheit wohl nicht gehen. Der Vorteil der freien Durchfahrt würde auf russischer Seite unzweifelhaft groß sein, auf der anderen Seite würde England Kompensationen verlangen, die wahrscheinlich im Interesse Rußlands nicht zulässig wären." Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe. (7. 12. 1894).

Langer ausspricht, einer Kombination, „in which two of the partners regarded it as their chief task to hold back the third“ [1]). Roseberys Initiative, mit Frankreich und Rußland die beginnenden Unruhen in Armenien im Keim zu ersticken, geschah in der Erkenntnis, daß der Sultan vor der geschlossenen Front dieser Mächte zurückweichen würde. Auf diese Weise hoffte Lord Rosebery der wachsenden Entrüstung und Unzufriedenheit der englischen Öffentlichkeit wirksam entgegentreten zu können. „Ce sont surtout les considérations parlementaires qui paraissent déterminantes“, berichtete der russische Botschafter nach Petersburg. „L'opinion publique s'étant vivement émue des atrocités arméniennes. l'administration libérale ne pouvait, sans forfaire à son nom. rester indifférente à ces clameurs renouvelées venant de Monch et de Sassoun. . Si aucune satisfaction n'était donnée aux réclamations. il est certain que les votes des députés ainsi que de leurs amis dans la Chambre feraient défaut au Cabinet et exerceraient également une influence notable sur le résultat des éléctions générales“ [2]..

Einen Erfolg erzielte Rosebery nicht.

Baron de Staal hatte zweifellos Recht, wenn er in der ungelösten armenischen Frage eine der Ursachen für den Niedergang der Roseberyschen Regierungstätigkeit sah. Gegenüber den bisherigen Darstellungen muß jedoch hervorgehoben werden, daß die auswärtige Politik für den Sturz des Kabinettes Rosebery nicht das Entscheidende war. „Das liberale Ministerium ging nicht etwa über den Kampf um eine große Frage, sondern an seiner eigenen Unfähigkeit zugrunde“ [3]). Lord Rosebery's Regierung hatte, wie Graf Hatzfeldt am 23. Mai 1895 dem Reichskanzler berichtete, seit ihrem Bestehen ein „prekäres Dasein“ geführt [4]). Die Gründe waren persönlicher und sachlicher Art. Der Schatzkanzler Sir William Harcourt konnte es nicht verschmerzen, daß bei dem Rücktritt des Premierministers Gladstone 1894 die Wahl nicht auf ihn sondern auf Lord Rosebery fiel [5]). Da die Anschauungen Sir William Harcourts und Lord Roseberys über Englands Aufgaben als Weltmacht grundverschieden waren, war ein harmonisches Zusammenarbeiten nur bedingt

[1]) Langer II, 147 Vgl. Gr. Pol. X Nr. 2446 (29. 10. 1895).

[2]) Meyendorff II, 253 (9. 1. 1895).

[3]) Archiv Ausw. Amt. Graf Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe (23. 5. 1895). S. Anhang Nr. 4.

[4]) Ebenda.

[5]) Archiv Ausw. Amt. Graf Metternich an den Reichskanzler General von Caprivi, (25. 7. 1894).

möglich [1]). Graf Metternich berichtete darüber dem Reichskanzler General von Caprivi am 12. September 1894: „Obwohl keiner der beiden Staatsmänner sich stark genug fühlt, um den anderen aus dem Sattel zu heben, ohne den Bestand der Gesamtpartei in Frage zu stellen, wird allgemein angenommen, daß Harcourt die Pläne seines Chefs nach Möglichkeit durchkreuzt. Der Schatzkanzler hat dabei den Vorteil, daß er als Mitglied und Führer des Unterhauses jederzeit seinen Einfluß in dieser wichtigen Körperschaft geltend machen kann, während Lord Rosebery von der vornehmen Höhe des Oberhauses diesem Treiben untätig zusehen muß" [2]). Es hatte sich im Laufe der drei Jahre ergeben, daß mehrere Gruppen, die sich 1892 zur liberalen Partei unter dem Motto „Einführung von Reformen" zusammengeschlossen hatten, letzten Endes verschiedene Zwecke verfolgten. Einer konsequenten Politik wollten sie sich nicht unterordnen. Als daher das ihnen versprochene Programm, Home-rule für Irland, Vernichtung des Oberhauses, Entstaatlichung der Kirche in Wales und gesetzliche Einschränkung des Verkaufs geistiger Getränke ohne Entschädigung des Verkäufers nicht durchgeführt wurde, gab es eine allgemeine Enttäuschung [3]). Gegensätzliche Auffassungen über die auswärtige Politik verstärkten sie, so daß im Juni 1895 die liberale Regierung bei einer Abstimmung über das Budget des Kriegsministeriums eine Niederlage erlitt [4]). Sie trat zurück.

---

[1]) Sir William Harcourts Grundsätze in der auswärtigen Politik bewegten sich ausschließlich im Rahmen der absoluten Nichteinmischungspolitik und des Friedens um jeden Preis. Er war ein Gegner der kolonialen Ausdehnungsbestrebungen Englands und befürchtete, daß mit einem weiteren Wachsen des britischen Weltreiches der Zusammensturz desselben herbeigeführt werde.

[2]) Archiv Ausw. Amt. Graf Metternich an den Reichskanzler General von Caprivi, (12. 9. 1894).

[3]) Archiv Ausw. Amt. Graf Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe, (8. 10. 1895).

[4]) Crewe II, 504 ff.

IV. Kapitel.

Der Zerfall des Orientalischen Dreibundes.

I. Die außenpolitische Lage Englands 1895.

Nach dem Sturz der Regierung Rosebery folgte ihr ein konservatives Kabinett, das wiederum von Lord Salisbury gebildet wurde. Als dieser am 29. Juni auch an die Spitze des Foreign Office trat, trug ihn das Vertrauen der öffentlichen Meinung in England wie in den Staaten des Festlandes [1]). Bezeichnend für diese Stimmung ist ein Brief, den Kaiser Wilhelm an die Königin Victoria richtete: „The Ministry as it is formed, has made an excellent impression on the Continent, and everybody agrees that seldom were so many first-rate men gathered to form such a powerful government" [2]).

Er gab damit den Eindruck wieder, der auch in Rom und Wien vorherrschte. Der deutsche Botschafter in Rom, von Bülow, wußte am 21. Juni zu berichten, daß König Humbert einem Ministerwechsel in England mit nicht viel geringerer Ungeduld entgegensähe als der Außenminister Blanc. Lord Rosebery und Lord Kimberley seien gar zu unfähig. Solche englischen Minister, die nur mit Rußland und Frankreich gehen wollten, seien kaum ernst zu nehmen. Durch das fortgesetzte Ausweichen vor Frankreich habe Lord Rosebery selbst viele Italiener an England irre gemacht, obwohl hier doch eigentlich alle Welt von der Nützlichkeit des Zusammengehens zwischen Italien und England überzeugt sei [3]).

Größere Hoffnungen scheint man sich in Wien gemacht zu haben. Kaiser Franz Joseph und Graf Goluchowskys, der seit dem 15. Mai anstelle Kalnokys zum Außenminister ernannt worden war, erwarteten von der neuen englischen Regierung „einen engeren Anschluß an den Dreibund". Goluchowski, dessen „aggressiver Mut" durch den Wiedereintritt Salisburys in die amtliche Politik nach Mitteilungen des deutschen Diplomaten wieder gestiegen war, entwickelte bereits einen

[1]) Lord Salisbury errang einen bedeutsamen Wahlerfolg. Von 670 Sitzen erhielten allein die Konservativen im Unterhaus 340, also eine Mehrheit, wie sie die englische Parlamentsgeschichte seit 1832 nicht mehr aufgewiesen hatte.

[2]) Letters of Queen Victoria II, 535 (12. 7. 1895).

[3]) Gr. Pol. VIII Nr. 1773 (21. 6. 1895). Nr. 1772 (9. 5. 1895).

Plan, wie durch die Gewinnung Spaniens die Stellung Englands und Italiens im Mittelmeer erneut gekräftigt werden könne, um „das Bollwerk gegen das republikanische Frankreich" zu verstärken. Eröffnete sich dadurch nicht auch die Aussicht, auf der Balkanhalbinsel mit englischer Hilfe eine „durchgreifendere Politik" als bisher zu verfolgen, für die Deutschland in den letzten Jahren seine Unterstützung versagt hatte [1]? Beides paßte ausgezeichnet in das Programm des polnischen Grafen Goluchowski, der jetzt am Ballhausplatz einen schärfer antirussischen Kurs einschlug als ehedem seine Vorgänger.

Es schienen demnach in Österreich und Italien die besten Vorbedingungen zu bestehen, um, ähnlich wie im Jahre 1892, als Rosebery die Leitung des Foreign Office übernahm, über die Frage des Weiterbestehens des Orientalischen Dreibundes sich Gewißheit zu verschaffen.

Soweit es die heute bekannten Quellen erkennen lassen, ist das Schicksal dieses Vertrages in den ersten Monaten nach dem Kabinettswechsel in London nicht besprochen worden. Wie erklärt sich das und wie kommt es, daß der deutsche Staatssekretär des Äußeren erst am 15. November 1895 darauf hinwies, „daß es wünschenswert sei, wenn neben dem Dreibund sich speziell für die Vertretung von Mittelmeerinteressen ein englisch-italienisch-österreichisches Zusammengehen mehr und mehr akzentuiere" [2]? Ein Blick auf die außenpolitische Lage, in der sich England damals befand, soll versuchen, uns der Beantwortung dieser Fragen näherzubringen [3].

Lord Rosebery hinterließ seinem Nachfolger eine wenig beneidenswerte Erbschaft. Es gab fast keine Großmacht, mit der England 1895 nicht auf gespanntem Fuße lebte, so daß Whates in seiner offiziösen Darstellung des „Third Salisbury Administration" im Jahre 1900 schreiben konnte: „The country was never nearer war than when the Liberal Government was overturned". Man wird dieser Ansicht auch heute zustimmen können. Worauf beruhte diese am Rande eines Krieges vorbeiführende Politik, die im Innern latente Kabinettskrisen hervorrief und im Ausland Großbritanniens politischen Kurs sprunghaft, rätselhaft und undurchsichtig erscheinen ließ [4]?

---

[1] Gr. Pol. X Nr. 2489 (19. 8. 1895).
[2] Gr. Pol. IX Nr. 2328 (15. 11. 1895).
[3] Vgl. Gardiner II, 337.
[4] Gr. Pol. X Nr. 2392 (31. 8. 1895).

Die Ursache lag zum Teil in der Rivalität über die reichen Kolonialgebiete in Afrika, welche die Spannung zwischen England und Frankreich ständig verstärkte. Ein Versuch, alle afrikanischen Streitfragen durch einen Vertrag zu beseitigen, war im Januar 1895 gescheitert [1]). Der deutsche Reichskanzler beurteilte damals diese Vorgänge zweifellos richtig, wenn er Bülow mitteilte, daß die englischen Minister ihre Ansprüche immer noch in einem Maße geltend machten, welches für jetzt eine französisch-englische Allgemeinverständigung verhindere [2]). Französischerseits wurde in diesen Monaten der Entschluß gefaßt, bis zum Nil vorzustoßen, ein Unternehmen, das später zum Faschodakonflikt führen sollte [3]).

Ein Ausdruck dieser Spannung war der Hinweis der „Times" am 5. März. Die französische Kolonialpartei, so hieß es dort, werde nicht eher ruhen, als bis die Trikolore am oberen Nil wehe. Könne England das verhindern? Seit acht Monaten seien die französischen Streitkräfte schon unterwegs und würden jetzt den Nil erreicht haben. König Leopold von Belgien und Frankreich seien jetzt gute Freunde, und selbst von Abessinien her drohe erneute Aktivität Frankreichs und Rußland. Großbritanniens Position am oberen Nil könne nicht schlimmeren Gefahren ausgesetzt sein [4])!

Die Antwort auf „diese Gerüchte" gab die englische Regierung in der großes Aufsehen erregenden Unterhausdebatte vom 28. März 1895. „Der Vormarsch", so erklärte Unterstaatssekretär Gren, „einer französischen Expedition mit geheimen Instruktionen geradeswegs von der anderen Seite Afrikas in ein Gebiet, bezüglich dessen unsere Ansprüche so lange bekannt sind, wäre nicht nur eine inkonsequente und unerwartete Tat, sondern auch,

---

[1]) Barclay, Thirty Years Anglo-French Reminiscences (1914) 123 f. Langer II, 259 ff. Ein von Lord Dufferin und Hanotaux ausgearbeitetes Abkommen fand nicht die Zustimmung des Ministeriums Casimir Périer, da es augenscheinlich nicht die Räumung Ägyptens vorsah.

[2]) Gr. Pol. VIII Nr. 1769 (24. 11. 1894).

[3]) Am 9. 6. 1894 wurde in der französischen Kammer ein Kredit von 1,800,000 Fr. zur Verteidigung französischer Interessen in Afrika gewährt und Oberst Monteil und Kapitän Marchand beauftragt, eine Expedition nach Zentralafrika zu unternehmen und bis zum oberen Nil vorzudringen. De Brazza, Gouverneur von Französisch Kongo, erklärte am 12. 2. 1895 in einem Interview, daß das Abkommen mit dem Kongostaat vom 14. 8. 1894 Frankreich den Zugang zum Nil eröffne. Frankreich solle diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, denn nur so könnte die ägyptische Frage einst gelöst werden. Langer I, 263 M. B. Giffen, Faschoda (1931) S. 13. Garvin III, 225.

[4]) Times 5. 3. 1895.

wie die französische Regierung wohl wissen müsse, eine unfreundliche Handlung, und als solche würde England sie ansehen" [1]). Frankreich blieb die Erwiderung nicht schuldig. Am 5. April 1895 erkannte Hanotaux in seiner Rede im Senat den englischen Anspruch nicht an. Die fraglichen Gebiete ständen unter der Souveränität des Sultans. Frankreich müsse sich volle Handlungsfreiheit vorbehalten. „Er hoffe jedoch, daß „en assurant le respect des droits du Sultan et du Khedive, en réservant à chacun ce qui lui appartiendra selon ses oeuvres, deux grandes nations sauront trouver les formules propres à concilier leurs intérêts et à satisfaire leurs communes aspirations vers la civilisation et le progrès" [2]).

Es war klar, daß auf diesen Teilungsvorschlag kein freundliches Echo aus London zurückhallen konnte. Eine Teilung des Sudans sollte ja gerade verhindert werden. Mit größter Beschleunigung wurde der Ugandabahnbau fortgesetzt, der englischen Truppen einen bequemeren Zugang zum oberen Nil eröffnen sollte. Die später unternommene Dongolaexpedition reicht in ihrer Entstehungsgeschichte bis in diese Monate zurück. Die „permanent and present interests of Egypt" standen auf dem Spiel.

Es ist jedoch zu beachten, daß diese kolonialen Differenzen nur ein Teil jener viel gefährlicheren Gesamtsituation darstellten, die sich dem Foreign Office durch das Zusammengehen von Frankreich, Rußland und Deutschland in der fernöstlichen Frage bot.

Als China dem Ansturm der japanischen Truppen im Frühjahr 1895 erlag und England sich schließlich der Intervention Rußlands, Frankreichs und Deutschlands versagte, die wichtige japanische Kriegseroberungen dem Inselvolk wieder entriß, erkalteten die englisch-russischen Beziehungen, die im Winter 1894 hergestellt worden waren. Die alten, schwer versöhnlichen Gegensätze brachen in schärfster Form wieder auf. Es bestand die Gefahr, daß England aus seiner einflußreichen Stellung in China verdrängt wurde, die es seit zweihundert Jahren dort Schritt für Schritt aufgebaut hatte [3]).

---

[1]) Hansard Series IV Bd. 32 S. 388–406. Wie aus einer Erklärung Lord Roseberys vom 12. 10. 1898 hervorgeht, hatte das Wort „unfriendly act" im damaligen diplomatischen Sprachgebrauch großes Gewicht. „When that word is used to denote an act committed by one Government against another the situation is grave. Cambridge History of British Foreign Policy II, 252.

[2]) H. Rossatz, Untersuchungen über den französisch-englischen Weltgegensatz im Faschodajahr 1898. (1934) S. 9 f.

[3]) Im Vertrag von Schimonoseki (16. 4. 1895) erhielt Japan die Halbinsel Liaotung mit Port Arthur, Formosa, die Fischerinseln und einen Teil der Mandschurei neben einer

Die Motive, welche Lord Rosebery und die übrigen Minister in der entscheidenden Kabinettssitzung vom 8. April 1895 bewogen, sich dem ursprünglich von England angeregten Schritt der drei Mächte nicht anzuschließen, sind heute noch nicht vollständig klar. Es war vorauszusehen, daß die Einmischung der Mächte nicht nur den Zweck hatte, Japan zu zwingen, von seine Kriegsforderungen — die seine Vorherrschaft im Fernen Osten ergeben hätten — zurückzustehen, sondern daß sie im Gegenteil selbst Erwerbungen in China zu machen wünschten. Sollte England jetzt die Geschäfte Rußlands, Frankreichs und Deutschlands besorgen und sich ohne zwingenden Grund mit der aufstrebenden Vormacht Ostasiens verfeinden?

Lord Curzon, der wie kaum ein zweiter englischer Staatsmann mit jenen fernöstlichen Problemen vertraut war, brachte diese Auffassung deutlich zum Ausdruck: „Russia does not render this assistance to China from a superfluity or unselfishness or for no end. She has her price and she will receive her reward. That reward will involve the still further enfeeblement of the victim for whose inheritance she is waiting and to whose invalid gasps she prescribes whith tender hand the dose that imparts a transient spasm of vitality, to be followed presently by an even more profound collapse“ [1]).

Es ist dieselbe Voraussicht, die wir später in Englands Haltung gegenüber der Türkei wiederfinden werden. China und das Osmanische Reich waren zu Schnittpunkten weltpolitischer Spannungen zwischen europäischen Großmächten geworden, so daß im Augenblick noch nicht erkennbar war, wer sich als der Stärkere erweisen würde. Englisches Staatsinteresse erforderte eine Politik der „abstention vigilante“, um sich für klarere Verhältnisse die letzte Entscheidung vorzubehalten. „The wisest policy will be to watch events, and it will be time enough to consider whether we should interfere, when we are convinced that British interests are really in danger“, schrieb Lord Kimberley an Königin Victoria [2]). Daher verstehen wir Lord Roseberys Äußerung, als er 1897 seinem Freund Wemyß Reid die Hauptgrundsätze seiner damaligen Politik entwickelte:

Kriegsentschädigung von 200,000,000 Taels. Auf Bitten Chinas kam die Intervention am 23. 4. zustande, die Japan angesichts der englischen Passivität am 5. 5. veranlaßte, auf den neuerworbenen ostasiatischen Festlandsbesitz zu verzichten. Nach langwierigen Verhandlungen erreichten Rußland, Frankreich und Deutschland die Rückgabe von Liaotung an China. Gr. Pol. IX S. 241 ff.

[1]) Ronaldshay I, 276.

[2]) Letters II, 496.

„to reserve strengh for this question and possible occasions of a similar kind, and to have Japan on our side“ [1]). Wenn auch damals noch die Meinungen über Japan als Bundesgenossen geteilt waren [2]), so beweist die Erklärung Roseberys doch, daß man Japan als ein nützliches Gegengewicht gegen den sich ausbreitenden russischen Einfluß in China erkannt hatte. Der Boden für das spätere Bündnis war vorbereitet worden; es bedurfte nur noch einer unmittelbaren Bedrohung englischer wie japanischer lebenswichtiger Interessen, um den Gedanken zu verwirklichen.

Als Salisbury die Regierung übernahm, ergaben sich daher für die englische Politik ein Niedergang des britischen Einflusses in China und ein wachsender englisch-französischer und englisch-russischer Gegensatz im Fernen Osten auch über wirtschaftliche Fragen, an denen England sehr beteiligt war.

Lord Salisbury hat einmal ausgesprochen, daß die britische Politik im Fernen Osten dahin ginge, China dem Handel der Welt wirksam zu öffnen, und daß die englische Meinung über die Handlungsweise anderer Mächte von dem Grad abhänge, wie sie die Erreichung dieses Zieles förderten oder hinderten [3]). Hier war zweifellos das Letzere der Fall. In dem französisch-chinesischen Vertrag vom 20. Juni 1895, der die Grenzen zwischen Indochina und China festlegte, überließ China an Frankreich ein Territorium, das in dem britisch-chinesischen Vertrag über Burma und Tibet vom 1. März 1895 China zugewiesen war mit der ausdrücklichen Bestimmung, es an keine andere Macht abzutreten [4]). Größere Bedeutung kam dem am 5. Juli 1895 zwischen China und Rußland geschlossenem Vertrag zu. Hier hieß es unter anderem, daß die chinesische Regierung irgendeiner fremden Macht keine Rechte an der Überwachung oder Kontrolle der Verwaltung und der Steuern erteilen dürfe. Sollte es dennoch geschehen, so sei Rußland automatisch eine privilegierte Stellung einzuräumen. Diese Maßnahme richtete sich eindeutig gegen Englands Anteil an den chinesischen Zöllen [5]). China sollte, wie Fürst Lobanow dem russischen Botschafter in Paris, Baron Mohrenheim mitteilte, in eine Art Abhängigkeit von Rußland geraten, die es den Engländern nicht gestatten würde,

---

[1]) Crewe II, 554 (30. 12. 1897.)

[2]) McCordock, British Far Eastern Policy 1894—1900, New York 1931, S. 120 f.

[3]) British Documents I Nr. 41 (28. 3. 1898).

[4]) Zühlke, Die Rolle des Fernen Ostens in den politischen Beziehungen der Mächte 1895—1905 (1929) S. 63.

[5]) Langer II, 186 ff. McCordock, 126 f.

hier ihren Einfluß weiter auszudehnen [1]). In der Tat war die Art und Weise, wie russische und französische Banken die chinesische Regierung daran hinderten, zur Bezahlung der Kriegsentschädigung an Japan eine Anleihe in Berlin und London aufzunehmen, der klare Beweis für die Absicht, jegliches britisches Kapital aus China auszuschließen [2]).

Wie schwerwiegend diese Gegensätze zu Rußland und Frankreich auch sein mochten, sie brachten für England erst eine ernste Gefahr, als Deutschland sich dem Vorgehen des Zweibundes anschloß.

Kaiser Wilhelm war begeistert von den doch nur scheinbaren Sympathiekundgebungen russischer Diplomaten, die ihn als „Hort des Friedens" und Garanten russischer Sicherheit in Europa bezeichneten [3]). Er sah bereits das nach ihm für „die Welt so erwünschte Bild von Dreibund plus Rußland" verwirklicht.

Gewiß, die an alte Bismarcksche Traditionen anknüpfende Absicht, in dem englisch-russischen Konflikt nicht zugunsten Englands Stellung zu nehmen, entsprach dem deutschen Bedürfnis, die eigenen Grenzen von dem Zweifrontendruck zu befreien. Zur Entlastung der Ostgrenze hätte aber, wie Bismarck es in den „Hamburger Nachrichten" am 7. Mai 1895 zum Ausdruck brachte, die Bekundung wohlwollender Neutralität genügt. Ein aktives Vorgehen zugunsten russischer Interessen wäre nicht erforderlich gewesen. In Zusammenhang mit der auffälligen „antienglischen Schwenkung" bilde das Vorangehen Deutschlands ein Symptom des fortdauernden Mangels an einer Fähigkeit, die in der Politik sehr wichtig ist: nämlich die des ruhigen Abwartens" [4]). Aber ein Augenblicksgewinn, die unbestimmte Aussicht auf einen ostasiatischen Flottenstützpunkt [5]), die Freude des Kaisers über die angeblich „gute Wirkung" seiner verhängnisvollen Briefe an den Zaren Nikolaus, in denen er ihm die unbedingte Unterstützung der russischen Politik in Ostasien zusagte [6]), und die Vorstellung Kaiser Wilhelms „Hüter europäischer Tradition gegen die gelbe Gefahr" zu sein, führte zu einer engeren Verflechtung der Berliner und Peters-

[1]) Meyendorff, 274 (11./23. 5. 1895).

[2]) British Documents I Nr. 1. Memorandum von J. A. C. Tilley über die Beziehungen zwischen Rußland und Großbritannien 1892—1904. Vgl. Gr. Pol. IX Nr. 2283 (6. 7. 1895).

[3]) Gr. Pol. IX Nr. 2313 (7. 4. 1895).

[4]) H. Hoffmann, Fürst Bismarck (1913) Bd. II, 298.

[5]) E. Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkriege, S. 59. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten (1931) Bd. III S. 95. Vgl. Gr. Pol. XIV, 1 Nr. 3648 Anmerkung.

[6]) W. Görz, Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, S. 14 ff.

burger Politik, als ursprünglich in der Wilhelmstraße beabsichtigt worden war. Kaiser Wilhelm glaubte völlige Handlungsfreiheit erhalten zu haben. Zu einem Bericht des deutschen Geschäftsträgers in London, des Grafen Metternich, bemerkte er: „Nach dem Vorliegenden hat es den Anschein, als ob doch über kurz oder lang England mit einem der Großstaaten zusammenrasseln könnte. In Afrika und Madagaskar mit Frankreich, im Osten mit Rußland und Japan. Auf diese Eventualität hin muß unsere auswärtige Politik so geführt werden, daß wir völlig frei und ungebunden ihr gegenüberstehen. Es wird uns absolut brauchen, und daher einzumischen suchen. Entweder bittet es direkt um Hilfe, die dann nur gegen schweres Entgelt an Land und Leuten geleistet wird, oder es prügelt sich in seinem Stärkegefühl allein mit den anderen. Dann nehmen wir uns, was wir noch haben wollen. Im ersteren Fall im Chinesischen Meere eine Kohlenstation und Samoa, im zweiten Fall Samoa allein. Genommen wird das Letztere unter allen Umständen sowie England erst tüchtig in der Brenne sitzt sofort" [1]).

In einer späteren Aufzeichnung vertrat der deutsche Reichskanzler denselben Standpunkt: „England wird, wenn es weiter leben will, dem Kampf mit Rußland und Frankreich schließlich nicht ausweichen können und wird sich dann nach Verbündeten umsehen müssen" [2]).

Glaubte sich nun auch England — so dürfen wir fragen — in dieser „Zwangslage" zu befinden, die in der Wilhelmstraße die Grundlage diplomatischer Berechnungen bildete?

Die Konfliktsmöglichkeiten, welche eine weitere Verschärfung der englisch-russischen und englisch-französischen Gegensätze mit sich bringen konnten, wurden in London nicht unterschätzt. Aber solange noch kein fester Kontinentalbund bestand und Großbritannien die Möglichkeit hatte, mit beiden Bündnisgruppen anzuknüpfen, jede von ihnen mit Angeboten auf dem weiten Feld der Weltpolitik gewinnen konnte, solange brauchte man weder mit Deutschland, Österreich und Italien noch mit Frankreich und Rußland Verträge abzuschließen. Letzteres hätte England in der damaligen Zeit zweifellos große Opfer in China und im Sudan gekostet. In dem anderen Fall wog die Verpflichtung Englands, die deutschen und österreichischen Grenzen gegen Rußland verteidigen zu müssen schwerer als die Dienste, welche die Tripel-

---

[1]) Archiv Ausw. Amt. Graf Metternich an das Auswärtige Amt (4. 10. 1894).
[2]) Gr. Pol. X Nr. 2564 (17. 12. 1895).

allianz in ihrer kontinentalen Gebundenheit leisten konnte [1]). Ein Bündnis zwischen England und dem Dreibund brachte nach Ansicht der englischen Staatsmänner Großbritannien in eine ähnliche Lage wie Österreich und Italien. England wäre unter Umständen gezwungen worden, die Waffen zu einem Zeitpunkt zu ergreifen, der ihm nicht paßte, und möglicherweise für Fragen, an denen es kein Interesse hatte [2]).

Es ist hervorgehoben worden, daß Lord Salisbury schon während seines zweiten Ministeriums großen Wert auf den Ausgleich der englisch-französischen und englisch-russischen Rivalität in Asien und Afrika gelegt hatte. Eine Quadrupelallianz jetzt hätte alle weiteren Verständigungsversuche, die Salisbury ins Auge gefaßt hatte, unmöglich gemacht. Man glaubte in London nicht an die Absicht Frankreichs oder Rußlands, Großbritannien zu vernichten. Man war vielmehr überzeugt, daß Englands Bestehen als Großmacht für alle notwendig sei. Je freier England dastand, je mehr es von den Großmächten umworben wurde, um so näher sah sich Lord Salisbury dem Ziel seiner Politik: ausschlaggebende Großmacht in Europa zu sein. Aber dieses System der „splendid isolation" das dem dritten Ministerium Salisbury das Gepräge gab, scheint dem Premierminister jedoch nur so lange erwünscht gewesen zu sein, als mit ihm das „Concert of the European Powers" vereint werden konnte. Isolierung war für ihn nicht Selbstzweck, sondern war jetzt die Voraussetzung, um mit a l l e n Mächten für die Erhaltung des Friedens arbeiten zu können. Nach den Reden des Unterstaatssekretärs Curzon bildete der letzte Gedanke geradezu den Schlüssel zu Salisburys europäischer Politik [3]). Es war ein System, das auf seine überragende Persönlichkeit zugeschnitten war. Seine Nachfolger vermochten diese Politik nicht fortzusetzen.

Es ist einleuchtend, daß die Form des Orientalischen Dreibundes, wie sie Italien und Österreich erstrebten, mit diesen neuen, seit 1890 sich herausbildenden Gedankengängen nur schwer zu vereinen war.

II. Beginnende Entfremdung zwischen England, Italien und Österreich im Herbst 1895.

Weder in öffentlichen Reden noch in den bis jetzt zugänglichen Quellen findet sich eine Andeutung, daß Lord Salisbury im Sommer 1895 in

[1]) Es darf schon hier auf das Memorandum von Lord Salisbury vom 29. 5. 1901 verwiesen werden. British Documents II, 1 Nr. 86.

[2]) British Documents II, 1 (1928) Nr. 91. Memorandum von Sir F. Bertie (9. 11. 1901).

[3]) Ronaldshay I, 262 ff.

einer Erneuerung oder Verstärkung der Entente von 1887 einen Ausweg aus den Schwierigkeiten gesehen hätte. Man hat vielmehr den Eindruck, als ob die Gleichgültigkeit in London gegenüber italienischen und österreichischen Sorgen zunahm.

Schon im Frühjahr 1895 fanden die Hilferufe der italienischen Regierung, die um das Schicksal ihrer erythräischen Kolonie in lebhafter Unruhe war, in London nur schwachen Wiederhall. Gewiß, man übersah im Foreign Office nicht, daß bei einer wachsenden englisch-italienischen Entfremdung auch das Verhältnis von Italien zum Dreibund sich ändern könnte. Lord Rosebery betonte daher, Englands Interesse sei ebenso groß wie dasjenige Deutschlands, diese Möglichkeit auszuschließen. Eine wirkliche Hilfe stellte man jedoch nicht in Aussicht [1]). „So wertvoll die italienische Freundschaft für England auch sei", erklärte der Außenminister Kimberley eine Woche später, „so könne sie doch nicht um den Preis ernster und unberechenbarer Verwicklungen hier erkauft werden" [2]). Dazu mußte es nach Kimberleys Ansicht kommen, wenn England in die Veröffentlichung des geheimen englisch-italienischen Harrar-Abkommens vom Mai 1894 einwilligte und die italienische Abessinienpolitik unterstützte. Abgesehen davon, daß Italien mit seinem Feldzug, der im Dezember 1894 begann, den Lebensnerv des britischen Imperiums selbst anrührte, war es bei dem steigenden französischen Einfluß in Abessinien und den nahen Beziehungen zwischen Addis Abeba und Obock nur zu wahrscheinlich, daß eine italienische Eroberungspolitik in Harrar und Zeila die Gefahr eines französisch-italienischen Konfliktes herbeiführen konnte. Ließ sich ahnen, welche Folgen ein Zusammenstoß zweier europäischer Mächte im Roten Meer nach sich ziehen würde?

Es ist anzunehmen, daß man in London die Lage Italiens in Abessinien trotz der Siege des Generals Baratieri über den Tigrefürsten Ras Mangascia bei Halai, Coatit und Senafe Anfang Januar 1895 für ungünstiger ansah als diejenigen, die diesen „defensiven" Feldzug zu verantworten hatten. Daran vermochte weder die Besetzung von Adigrat und Adua noch die Verfolgung der abessinischen Streitkräfte bis Makalle etwas zu ändern. Hinzu kam, daß der König von Tigre, Ras Mangascia, infolge des Vorrückens der italienischen Truppen sich mit dem Negus Menelik und den anderen abessinischen Stammesfürsten verband und gegen die Eroberer vorging. Auch Frankreich bemühte sich, die Stellung der Italiener

[1]) Gr. Pol. VIII Nr. 2010 (28. 1. 1895).
[2]) Gr. Pol. VIII Nr. 2013 (6. 2. 1895).

durch Waffenlieferungen größeren Umfanges an den Negus zu untergraben. „Des envois considérables d'armes et de munitions se continuent d'Anvers et de Marseille pour le Harrar et le Scioa. Nous les signalons en vain à Paris, d'où on a envoyé de l'argent ces jours-ci aux Abyssins avec conseils de guerre immédiate," teilte der italienische Außenminister dem deutschen Botschafter in Rom mit [1]).

England tat nichts auf die mehrfachen „italienischen Schmerzensschreie" hin. Im Gegenteil, Lord Salisbury erklärte Hatzfeldt bei einer seiner Demarchen zugunsten des deutschen Bundesgenossen, „daß ein erfolgreiches Vorgehen Italiens in Ostafrika nicht im Interesse Englands liege" [2])! Der Premierminister sah in dem abessinischen Feldzug ein „steriles Unternehmen". „Es sei zu verfehlt, so daß es auch nicht mit englischer Hülfe zu einem ersprießlichen Ergebnis führen werde" [3]). Das war ein vernichtendes Urteil. Es sollte aber in einem Zeitraum von knapp sechs Monaten vollauf bestätigt werden. Wo war das „innige Verhältnis" zwischen England und Italien geblieben?

Nicht besser stand es um die englisch-österreichischen Beziehungen. Einem Bericht des deutschen Botschafters in Wien zufolge war Kaiser Franz Joseph am Schluß seines vielgeprüften Lebens ängstlich darauf bedacht, dasjenige zu sichern, was ihm als Äquivalent für die verlorenen italienischen Länder und die Vorherrschaft in Deutschland zugefallen war. Hierzu gehörte vor allem ein unumstrittener Einfluß in Bulgarien. Kaiser Franz Joseph fand für diese Politik eifrige Unterstützung bei seinen Außenminister Goluchowski, der ein scharfer Gegner einer russisch-österreichischen Verständigung war [4]).

Es entsprach dieser politischen Linie, daß sich Goluchowski einer Lösung der orientalischen Frage im russischen Sinne entschieden widersetzte. „Solange ich im Amt bin", sagte er Eulenburg, „werde ich nicht zugeben, daß Rußland nach Konstantinopel geht." Er fürchtete, daß bei einer russischen Besetzung dieser Stadt oder auch nur bei einem russischen Monopol auf die Durchfahrt durch die Dardanellen die Balkanstaaten sich sofort um

---

[1]) Archiv Ausw. Amt. Bülow an den Fürsten von Hohenlohe (5. 12. 1895). Siehe Anhang Nr. 6. Vgl. Gr. Pol. X Nr. 2369 (15. 7. 1895).

[2]) Archiv Ausw. Amt.

[3]) Gr. Pol. X Nr. 2372 (31. 7. 1895).

[4]) Gr. Pol. X Nr. 2497 (8. 11. 1895).

dieses neue Zentrum kristallisieren würden, und damit der österreichische Einfluß dort und im Adriatischen Meer verloren ginge [1]).

Daher war es für die österreichische Diplomatie ein harter Schlag, als sie mit ihren Versuchen, Berlin und Petersburg zu trennen, keinen Erfolg erzielte und außerdem zu hören bekam, daß „Deutschland sich unter keinen Umständen in Balkanfragen mischen noch irgendwie den vertragsmäßigen Standpunkt passiver Neutralität verlassen würde" [2]). Ihre einzige Hoffnung blieb also England, um dort Unterstützung für „die notwendige Abwehr russischer Gelüste" zu finden [3]). Österreich kam es daher vor allem darauf an, jede englisch-russische Annäherung zu verhindern. „Es würde für Österreich die schwerste Niederlage bedeuten", erklärte der Außenminister dem deutschen Botschafter, „wenn England zu einer plötzlichen Verständigung mit Rußland getrieben würde, die eintreten könnte, sobald es keinen Rückhalt mehr an dem Dreibund und insbesondere an Deutschland finden würde" [4]). Darum verfolgte die Donaumonarchie von Anfang an das Zusammenarbeiten der englischen, russischen und französischen Regierung in der türkisch-armenischen Frage mit größtem Mißbehagen und versuchte im Vertrauen auf die guten früheren Beziehungen zu Salisbury den sogenannten „Armenischen Dreibund" zu sprengen.

Wie stellte sich Lord Salisbury zu diesen Plänen, die natürlich als letztes Ziel eine Reaktivierung der Entente à trois von 1887 erstrebten?

Der Premierminister sah sich im Juli 1895 im Hinblick auf die englische Politik im nahen Orient einer doppelten Schwierigkeit gegenüber.

In England war der liberalen Opposition die armenische Frage sehr willkommen, um mit ihrer Hilfe die Stellung des konservativen Ministers von Anfang an zu untergraben. Lord Salisbury sollte, wie Haßfeldt vermutete, vor die Alternative gestellt werden, entweder gegen seinen Wunsch den Sultan noch weiter zu demütigen oder sich mit der von den Liberalen zugunsten der Armenier künstlich erregten öffentlichen Meinung in Widerspruch setzen [5]). Andererseits hatte Fürst Lobanow den englischen Minister

---

[1]) Ebenda.

[2]) Gr. Pol. X Nr. 2492 (2. 11. 1895). Fürst von Hohenlohe, Denkwürdigkeiten. Bd. III, 90 (13. 8. 1895).

[3]) Gr. Pol. X Nr. 2490 (28. 10. 1895).

[4]) Gr. Pol. X Nr. 2497 (8. 11. 1895).

[5]) Preller, Salisbury und die Türkische Frage im Jahre 1895 (1930) S. 34. Kaiser Wilhelm II. bezeichnete in einer Unterredung mit Oberst Swaine die armenischen

wissen lassen, daß weder Rußland noch Frankreich sich an irgendwelchen Zwangsmaßregeln zugunsten der Armenier beteiligen, sie sogar Schritte unternehmen würden, um England von solchen Absichten fern zu halten[1].

Was sollte Lord Salisbury tun? Sollte er wieder den Roseberyschen Kurs einschlagen, sich mit Rußland verständigen, um dann zu erleben, wie im entscheidenden Moment dieser Bundesgenosse alle Bremsen zog, welche eine englische Aktion zum Stillstand bringen konnte? Oder sollte er auf die Bereitschaft der italienischen und österreichischen Diplomatie vertrauen und vielleicht auch auf die Hilfe Deutschlands, falls Rußland und Frankreich mit einem Schritt Englands zugunsten der Armenier nicht einverstanden waren? War es denn aber sicher, daß Deutschland, welches sich im fernöstlichen Konflikt so eng an Rußland angeschlossen hatte und zu Roseberys Zeiten „jede Einmischung in die Beziehungen zwischen England und der Türkei abgelehnt hatte“, auf die Seite Englands trat, wenn Zwistigkeiten über türkische Fragen zum Anlaß eines Krieges wurden?

Man sieht, eine Fülle von Fragen stellten sich dem Leiter der englischen Politik, die ihn zu äußerster Vorsicht zwingen mußten. Wir können Graf Hatzfeldt glauben, als dieser am 24. Juli 1895 in einem Privatbrief an Holstein schrieb, daß Lord Salisbury „die ganze Sache sehr kühl [illegible]. Der Premierminister werde nur losgehen, wenn er gar nicht anders könne, und hoffe, daß der Sultan ihm einen solchen Schritt ersparen werde“[2]. Lord Salisbury begnügte sich mit einer „europäischen“ Kontrolle der Reformen, d. h. einer in Konstantinopel tagenden aus europäischen und türkischen Mitgliedern zusammengesetzten Kommission, welche die von der Pforte in Aussicht gestellten Reformen zu prüfen und zu überwachen hatte. Die russische Regierung war bereit, dieses Programm anzunehmen. Es konnte aber jeden Augenblick neue Schwierigkeiten geben, sobald Uneinigkeit über die in Konstantinopel anzuwendenden Druckmittel bestand. Genügte da die Hilfe Österreichs und Italiens? Stand es nicht den kontinentalen Großmächten frei, jederzeit in Konstantinopel ebenso gebieterisch aufzutreten wie in Tokio?

Worten als einen [illegible] [illegible] Old Man, [illegible] [illegible] in eine Sackgasse zu bringen, der auch in seiner Rede nicht anders gekonnt habe, als diese Gladstoneiche Politik weiter zu verfolgen und zu vertreten.

[1] Gr. Pol. X Nr. 2399 (14. 7. 1895).

[2] Archiv Ausw. Amt. Hatzfeldt an Holstein. Privatbrief vom 24. 7. 1895.

III. Salisburys Türkischer Teilungsplan.

Lebensfragen des britischen Weltreiches waren bedroht, wenn im Mittelmeerraum sich die Vorgänge wiederholen würden, die sich im Fernen Osten abgespielt hatten. Der entscheidende Faktor in dem weltpolitischen Spiel der Großmächte war Deutschland. In seiner Hand lag es nach englischer Auffassung, eine kontinentale Allianz gegen England zustande zu bringen. Es war darum stets ein Ziel der britischen Politik, Deutschland zur Aufgabe der Bismarckschen außenpolitischen Richtung zu veranlassen und in eine Front gegen Rußland einzureihen. Bismarck hatte 1887 Lord Salisbury feierlich versichert, daß kein deutscher Kaiser mit Rußland die Waffen gegen England richten werde. Salisbury antwortete mit der Bereitwilligkeit, die von Deutschland geforderte Entente à trois mit Italien und Österreich abzuschließen.

Wird Deutschland auch jetzt noch geneigt sein, dieselbe Haltung einzunehmen, wenn innenpolitische Momente ihn zur Fortsetzung der armenischen Politik seines Vorgängers zwingen würden [1]? Wird es nicht diese offenkundige Verlegenheit der britischen Politik ausnutzen, um an die Spitze einer europäischen Koalition gegen England zu treten, wie es im Verlauf des chinesisch-japanischen Konfliktes bereits zu erkennen war? Oder kann vielleicht die Lösung des türkischen Problems zu einer Aussöhnung der Gegensätze zwischen Dreibund und Rußland führen, die dann natürlich auf Kosten des englischen Imperiums ginge? Das waren Fragen, deren Lösung Lord Salisbury Ende Juli 1895 suchte — und fand, als er in seinen Gesprächen mit dem deutschen Botschafter in London die Möglichkeit einer „Aufteilung der Türkei" andeutete.

Der sogenannte „Salisburysche Teilungsplan" hat in der historischen Literatur schon mehrfach eine eingehende Würdigung gefunden [2]. Wenn hier versucht werden soll, die vorhandenen Quellen nochmals nachzuprüfen,

[1] Am 10. Juli sagte Lord Salisbury zu Hatzfeldt: „Ohne Genugtuung können wir in der armenischen Frage nicht zurück. Dazu ist die öffentliche Meinung hier zu stark engagiert". Gr. Pol. X Nr. 2396 (10. 7. 1895).

[2] Zu nennen ist hier:

R. Sonntag, The Cowes Interview and the Kruger Telegramm. 1926.
Fr. Meinecke, Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems. 1927.
H. Preller, Salisbury und die türkische Frage im Jahre 1895. 1930.
A. Wahl, Deutsche Geschichte III, 216 ff. 1932.
R. Malzkorn, Die deutsche Balkanpolitik in den neunziger Jahren. 1932.
R. J. Lovell, The Struggle for South Africa. 1934 S. 355 ff.
W. L. Langer, Salisbury and the Near East in „The Diplomacy of Imperialism" 1935.

so geschieht es in der Erkenntnis, daß mit diesen „Teilungsvorschlägen" des englischen Ministers der Orientalische Dreibund sein praktisches — wenn auch nicht formales Ende gefunden hatte.

Aus den Berichten des Botschafters Grafen von Hatzfeldt, die überwiegend dessen eigene Deutung mitteilen, zum geringsten Teil nur die Worte Salisburys wiedergeben, ergibt sich folgendes Bild:

Am 9. Juli 1895 deutete der Premierminister erstmalig gegenüber Hatzfeldt die Teilungsfrage an. Er wies darauf hin, daß eine Übereinstimmung Englands und Rußlands in der armenischen Frage das Ende der dortigen türkischen Herrschaft bedeuten würde [1]. Am 30. Juli kam Lord Salisbury auf dieses Thema zurück, als der deutsche Botschafter ihn nochmals für eine Unterstützung der italienischen Abessinienpolitik zu gewinnen suchte. Bei dieser Gelegenheit entwickelte Lord Salisbury den Plan einer „Division des réclamations à Constantinople" [2]. Sein Gedanke sei dabei, telegraphierte Hatzfeldt, „die Italiener durch eine wirklich vorteilhafte Zusicherung im Mittelmeer zu binden", indem er ihnen Anrechte auf Albanien und Tripolis verspräche. Auf den Besitz von Zeila könne er nicht verzichten, weil er diesen Hafen zur Sicherung der englischen Interessen im Roten Meer selber notwendig brauche. Als Hatzfeldt dem englischen Minister das Entsetzen der deutschen Regierung über die projektierte Annexion Albaniens durch Italien mitteilte, welche „die alte Rivalität zwischen Italien und Österreich auf dem Balkan wieder wachrufen müßte" und gar „zur Auflösung der Tripelallianz" führen könnte, gab Salisbury diesen Gedanken sofort auf [3]. Er schlug am 2. August Marokko und selbst Tunis zur Befriedigung der italienischen Wünsche vor, war bereit, Saloniki den Österreichern zuzubilligen und forderte den deutschen Botschafter auf, seinerseits einen „Verteilungsplan" als Grundlage für weitere Besprechungen vorzulegen [4]. Seine lückenhafte Darstellung vom 3. August ergänzte Hatzfeldt zwei Tage später und berichtete: „Der Plan Lord Salisburys hatte aber offenbar die reichlichste Befriedigung Rußlands im Orient zur Voraussetzung". Es sollte Konstantinopel erhalten, „avec tout ce qui s'ensuit" [5]. Wir erfahren ferner, daß Salisbury mit dem österreichischen und französischen Botschafter hierüber verhandelt hat. Von letzterem erhielt er sogar die Zusicherung, daß Frankreich „sich

[1]) Gr. Pol. X Nr. 2396 (10. 7. 1895).
[2]) Gr. Pol. X Nr. 2372 (31. 7. 1895).
[3]) Gr. Pol. X Nr. 2374 (2. 8. 1895). Nr. 2375 (3. 8. 1895).
[4]) Gr. Pol. X Nr. 2375 (3. 8. 1895).
[5]) Gr. Pol. X Nr. 2381 (5. 8. 1895).

für die Einräumung von Marokko zu vielen Dingen verstehen würde" [1]). Sicher ist, daß zwischen Salisbury und Baron de Staal keine Verhandlungen über eine Teilung der Türkei stattfanden [2]).

In der Berichterstattung des deutschen Botschafters fällt auf, daß dieser erst am 5. August dem Auswärtigen Amt mitteilte, Konstantinopel und die Dardanellen habe Lord Salisbury für Rußland vorgesehen. Es standen bisher die Beziehungen zwischen Dreibund und der Türkei im Vordergrund. Als Salisbury erkannte, daß Deutschland nicht für eine Verteilung zu haben war, ja seine Vorschläge als „Balkanbrandprojekt" deutete; als er von Hatzfeldt am 3. August hörte, „Deutschland müsse nur sein eigenes Interesse zu Rate ziehen, sich auf Beobachtung der Ereignisse beschränken, und bei einer Krisis im Orient oder im Mittelmeer auf die Seite derjenigen treten, deren Politik seine Sicherheit und sein Interesse am besten verbürge" spielte der Minister die russische Karte aus [3]).

Hatzfeldt erschien so das verlockende Bild eines isolierten Frankreich. England werde den Dreibund kräftigen, schrieb er, werde sich mit Deutschland einigen und, nachdem dieses Italien, Österreich und Rußland gewonnen hätte, das Teilungsgeschäft in Frieden vollziehen. Damit werde Frankreich für Rußland „entbehrlich gemacht", sodaß es schwerlich wieder einen Krieg in Europa riskieren könnte [4]).

Das taktische Vorgehen des englischen Staatsmannes wurde von Hatzfeldt nicht durchschaut. Er hielt den „Plan" für ernst gemeint [5]). Es ist darum bemerkenswert, daß er am 5. August an Holstein die Warnung sandte: „Wenn Lord Salisbury, nachdem er sich soweit avanciert, jetzt findet, daß wir jeder Verständigung mit ihm aus dem Wege gehen, und auch eine Verständigung zwischen ihm und Italien resp. Österreich in keiner Weise fördern wollen, nachdem ich Konzessionen an Italien und Berücksichtigung der Interessen Österreichs bis jetzt dringend befürwortete, halte

---

[1]) Gr. Pol. X Nr. 2378 (14. 8. 1895).

[2]) Meyendorff II, 333 vgl. S. 275 und Staals eigene Berichte, die seine Unwissenheit in diesem Punkt klar beweisen. Ebenda S. 282 und 288.

[3]) Gr. Pol. X Nr. 2375 (3. 8. 1895). Wie sehr diese Worte des deutschen Botschafters seiner damaligen Auffassung über die politische Lage entsprachen, zeigt sein Privatschreiben an Holstein vom 27. Juli 1895. „In dieser Situation" schrieb Hatzfeldt, „die mit der Zeit oder auch über Nacht zu schwierigen Verwicklungen führen kann, befestige ich mich immer mehr in der Überzeugung, daß wir unsere Ellenbogen freihalten müssen, *solange* uns nicht von der einen oder der anderen Seite unsere Sicherheit gewährleistet und entsprechende Vorteile garantiert werden". Archiv Ausw. Amt. S. Anhang Nr. 5.

[4]) Gr. Pol. X Nr. 2382 (5. 8. 1895).

[5]) Preller, 47.

ich den Fall hier für wahrscheinlich, daß überhaupt nichts mit Italien und Österreich zustande kommt" [1]).

Die „Division des réclamations à Constantinople" bedeutete also nach englischer Ansicht eine Festlegung Deutschlands zugunsten der englischen Orientinteressen. In der Wilhelmstraße hatte man die diesem „Plan" zugrunde liegende Idee, Deutschland von Rußland zu trennen, erkannt [2]). Da der Reichskanzler und der Staatssekretär des Äußeren auf Urlaub weilten, liefen bei Holstein alle Fäden der Diplomatie zusammen. Er telegraphierte an Hohenlohe: „Für Österreich und England, welche wünschen, unsere Brücken nach Rußland möglichst bald abgebrochen zu sehen, wäre es eine schwere Versuchung, wenn sie ganz vertraulich durchsickern lassen könnten, daß Deutschland Vorschläge wegen Aufteilung der Türkei und Marokko gemacht habe. Von dem Augenblick an, wo das bekannt wird, haben wir nicht mehr freie Hand. Die wollen wir aber haben, schon um im psychologischen Moment etwas für uns zu verlangen, wenn auch nicht im Mittelmeer" [3]).

Bei seinem Zusammentreffen mit Lord Salisbury in Cowes hat Kaiser Wilhelm im Einverständnis mit seinen Berliner Ratgebern diese „echt englischen Pläne" abgewiesen. Was auch immer sonst noch den dramatischen Verlauf dieser Unterredung bestimmt haben möge, sie endete mit einer Verstimmung der Persönlichkeiten, die fortan nicht mehr beizulegen war [4]). Als Kaiser Wilhelm II. vier Jahre später, im Oktober 1899 wieder

---

[1]) Gr. Pol. X Nr. 2381 (5. 8. 1895).

[2]) Windelband, Die auswärtige Politik der Großmächte (1935) S. 328.

[3]) Gr. Pol. X Nr. 2379 (5. 8. 1895). Wenn auch gewisse Wahrheit in Holsteins Vermutung steckte, Lord Salisbury suche überall Verwirrung zu stiften, um während derselben im Trüben zu fischen, so griff er doch völlig daneben, als er Hatzfeldt am 14. August mitteilte: „Frankreich in Marokko, also mit vermehrter Kontrolle der Straße von Gibraltar, und Rußland in den Dardanellen, also gegenüber Port Said — dies als englisches Programm ist nur erklärlich, wenn man bei Lord Salisbury den Glauben voraussetzt, es werde gleich bei der Durchführung zum allgemeinen Krieg der kontinentalen Mächte kommen, wo dann England seine gewöhnliche Rolle spielen würde". Gr. Pol. X Nr. 2388 (14. 8. 1895).

[4]) Vgl. Gr. Pol. XVIII Nr. 5654 (21. 10. 1902). In dem für den englischen Botschafter Sir F. Lascelles bestimmten Aide-Memoire vom 21. Oktober 1902 hieß es: „Die bei der Unterredung Lord Salisburys mit Seiner Majestät dem Kaiser zutage getretene Verschiedenheit der Ansichten bewirkte eine Mißstimmung, welche in der Folge sich auch auf andere Gebiete übertrug und — trotz der in entscheidenden Momenten des Burenkrieges seitens der Regierung Seiner Majestät des Kaisers beobachteten Haltung — auch heute noch in voller Schärfe fortzudauern scheint".

in England Besuch bei der Königin Victoria machte, lehnte es Salisbury ab, den Kaiser zu sehen.

Lord Salisbury wußte nun, daß Deutschland nicht in eine antirussische Front einzuspannen war. Im Gegenteil, Kaiser Wilhelm II. machte sich in der Unterredung vom 5. August zum Verteidiger des russischen Standpunktes. Er teilte nicht Salisburys Auffassung von dem bevorstehenden Zerfall der Türkei, glaubte vielmehr, daß „freundschaftliche" Vorstellungen genügen würden, um die Mißstände zu beseitigen [1]).

Aber hatte nicht Lord Salisbury etwa doch eine große Aktion vorgehabt, die einem nach seiner Ansicht unvermeidlichen Krieg vorbeugen sollte und aufgebaut war auf der „Preisgabe der Dardanellen an Rußland" und „dauernder Gemeinschaft mit dem Dreibund", also auf einer direkten Teilung des ottomanischen Reiches [2])?

War dem so, dann ist anzunehmen, daß der Premierminister zu allererst Deutschland ein Kompensationsangebot gemacht haben würde. Ihm mußte doch aus den vorhergegangenen Verhandlungen bekannt sein, wie sehr es der deutschen Regierung um einen solchen Beweis der „Gegenseitigkeit" zu tun war.

Sollte Lord Salisbury, „von dem allbekannt war, daß er unverrückbar an dem Wunsche festhielt, die Meerengen für russische Kriegsschiffe versperrt zu halten" [3]), wirklich Konstantinopel „von seinem Programm abgeschrieben haben" [4])? Hatte er, wie W. Schinner behauptet, den Russen Vorschläge gemacht, „die auf eine Zession der Dardanellen hinausliefen" [5])?

Dies dürfte zweifelhaft sein [6]). Meyendorff verneint es und fügt

---

[1]) Gr. Pol. X Nr. 2385 (7. 8. 1895).

[2]) so urteilt Meinecke S. 47 f.

[3]) Sir E. Grey, Fünfundzwanzig Jahre Politik S. 132. Vgl. Gr. Pol. X Nr. 2442 (25. 10. 1895). Nr. 2556 (3. 12. 1895).

[4]) Meinecke, 42.

[5]) W. Schinner, Der österreichisch-italienische Gegensatz auf dem Balkan und an der Adria. (1936) S. 195.

[6]) Man wird daher der Ansicht von R. Malzkorn (S. 51 f) nicht zustimmen können, der zufolge Lord Salisbury daran dachte, die Russen aus dem Fernen in den Nahen Osten zurückzuholen, da England im Nahen Orient im Kampf gegen Rußland auf zahlreichere Bundesgenossen rechnen konnte als in Ostasien. Es ist dies die irrtümliche Auffassung der deutschen Regierung, wie sie in den Akten wiederholt zutage tritt und durch die Zweideutigkeit der englischen Politik hervorgerufen wurde. Bemerkenswert ist, was der deutsche Botschafter in London am 27. Juli 1895 schrieb: „Nach meiner festen Überzeugung wünscht Salisbury dringend, daß die Russen sich in Ostasien festbeißen. Er hofft, daß ein großer Teil ihrer Kräfte dadurch von Europa abgezogen

hinzu, Salisbury habe den Umweg über Berlin gewählt, um nicht auf sofortige russische Ablehnung zu stoßen [1]). Denkt man an das Mißtrauen des Fürsten Lobanow gegenüber England und seine kategorische Erklärung, „es sei seit Beginn der armenischen Unruhen einziges Ziel der russischen Politik gewesen, die Existenz des ottomanischen Reiches nicht zu gefährden" [2]), so läßt das wenig Geneigtheit vermuten, auf englische Teilungsvorschläge einzugehen [3]).

Es soll damit nicht bestritten werden, daß Lord Salisbury vorübergehend Teilungspläne erwogen hatte [4]). An die praktische Durchführung eines Teilungsplanes dürfte Lord Salisbury jedoch nicht gedacht haben.

Ein Bericht des späteren Botschafters in London, des Grafen Metternich, vom 6. November 1902 bestätigt diese Erkenntnis. Dort heißt es: Der englische Außenminister Lord Lansdowne sagte mir, „daß über die Unterredung zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und Lord Salisbury ein Mißverständnis vorzuliegen scheine, da nach den zurückgelassenen Aufzeichnungen des damaligen Premierministers derselbe n i c h t d i r e k t e i n e T e i l u n g v o r g e s c h l a g e n, sondern bei dem morschen Bau des ottomanischen Reichs nur hypothetisch die Folgen erörtert hätte, die bei einem etwaigen Zusammenbruch desselben eintreten würden. Auch desinteressiere sich die englische Regierung keineswegs an der Dardanellenfrage. Sie stehe vielmehr nach wie vor auf dem Standpunkt, daß, falls der Sultan einer anderen Macht den Durchgang von Kriegsschiffen gestattete, England das gleiche Recht für sich beanspruchen werde" [5]).

---

wird, und daß sie doch schließlich noch in einen Krieg mit Japan verwickelt werden. Glauben Sie mir, das ist sein i n n e r s t e r Gedanke". Archiv Ausw. Amt. Siehe Anhang Nr. 5.

[1]) Meyendorff II, 257.

[2]) Ebenda S. 289.

[3]) Gr. Pol. XII, 1 Nr. 2923 (4. 9. 1896). Fürst von Hohenlohe schrieb: „Eine Verständigung zwischen Rußland und England über die Dardanellenfrage erscheint mir nach Lobanows Stellung gegenüber England ausgeschlossen". Vgl. die Aussage des russischen Geschäftsträgers in Konstantinopel am 7. 12. 1894. Siehe oben Seite 66.

[4]) A. Wahl ist der Auffassung, „daß ein wirklich ins Auge gefaßter Teilungsgedanke Salisburys vorlag, der sich als mehr oder weniger unglücklicher Einfall erwies". Deutsche Geschichte, (1932) III, 219.

[5]) Gr. Pol. XVIII, 1 Nr. 5656 (6. 11. 1892.) Dazu stimmt Hatzfeldts Bericht vom 3. August 1895: „Lord Salisbury versicherte mir auf das bestimmteste, daß in seinem politischen Programm seit seinem letzten Ministerium kein Wandel eingetreten sei. Er lege ganz denselben Wert auf die Erhaltung der Türkei wie damals, wünsche weder Zerfall noch Teilung und werde gewiß nicht das Geringste tun, um dies zu fördern oder

Ein Rückblick auf Lord Salisburys frühere Politik zeigt, daß er vor dem Berliner Kongreß schon einen Plan vertreten hatte, der eine Aufteilung der Türkei in Einflußzonen vorsah. Er ließ ihn aber fallen, als er die Mehrheit der anderen Minister nicht dafür fand [1]). Das türkische Problem beschäftigte ihn 1876 stark. An Sir L. Mallet schrieb er am 14. Januar 1876: „Peace on this side of the world would be in no particular danger if only Turkey could be persuaded to stop crumbling to pieces. But if the process is to go on as fast as it has been going on for the past twelve months, the time will come when something must be done. A government of some kind or other must be found for all these wretchedly oppressed multitudes. It cannot be left as no-man's land. But the division of that kind of jetsam is peculiarly difficult. If the Powers quarrel over it, the calamities of a gigantic war must be undergone. If they agree, people call it a partition and denounce it as immoral" [2]). In dieselbe Richtung weist Salisburys Schreiben an Sir L. Mallet vom 23. September 1876: „Das einzige Hindernis für einen vernünftigen Plan ist Österreich. Durch den unglücklichen Pariser Vertrag sind wir mit Österreich und anderen Mächten verpflichtet, die Integrität der Türkei zu achten. Wir können natürlich diesen Vertrag brechen, uns in die Arme Rußlands werfen und das übrige Europa ignorieren. Diese Politik wäre jedoch mit großem Risiko verbunden. Österreich würde mit allen verfügbaren Kräften einem solchen Vorhaben Widerstand entgegensetzen. Was Deutschland tun würde, weiß keiner, und Rußland mißtraut uns. Wir könnten gezwungen werden festzustellen, daß wir eine bestehende Ordnung der Dinge umstießen, ohne eine bessere an deren Stelle gesetzt zu haben. Ich fürchte, die Form des Sultanats wird länger aufrecht erhalten werden, als seine eigentliche Macht. Und der Name der ottomanischen Regierung wird bleiben, bis starke und gut regierte Staatswesen unter türkischem Schatten emporgewachsen sind" [3]).

Zusammenfassend ist hier zu sagen: Der Plan der Aufteilung der Türkei war für den englischen Minister nicht mehr Gegenstand der prak-

---

gar zu beschleunigen. Aber er könne sich der Erkenntnis nicht entziehen, daß jene Eventualität, wie unerwünscht sie auch sei, durch die Macht der Verhältnisse immer näher gerückt werde. Daher sei es ratsam, mit dieser Möglichkeit und den unausbleiblichen Folgen im voraus zu rechnen". Gr. Pol. X Nr. 2375 (3. 8. 1895).

[1]) Cecil II, 134. R. W. Seton-Watson, Disraeli, Gladstone and the Eastern Question (1935) S. 157.

[2]) Cecil II, 80 (14. 1. 1876).

[3]) Cecil II, 86 f.

tischen Politik, als Deutschland sich weigerte, mit ihm im Nahen Orient gegen Rußland und Frankreich Hand in Hand zu gehen. Man darf sogar daran zweifeln, ob Lord Salisbury bei einer sofortigen Zustimmung Deutschlands seine Idee in die Tat umgesetzt hätte. Es soll hier nicht festgestellt werden, ob man wie Fr. Meinecke die Wilhelmstraße für ein Scheitern der Salisburyschen Aktion verantwortlich machen muß. Noch wird man wie R. Malzkorn sagen können, „Salisbury hatte keinen festumrissenen Plan“ [1]). Im Gegenteil, Salisburys Ziel war stets, eine kontinentale Koalition gegen England zu verhindern. Dazu brauchte er in der ungünstigen Lage, in der England sich damals befand, diesen sensationellen Plan. Wir werden aus seiner weiteren Wirkung erkennen, welche Bedeutung dieser wohlüberlegte Schachzug für die englische Politik hatte. Er trug dazu bei, — trotzdem es anfangs nicht so aussah — eine deutsch-russische Verständigung über orientalische Fragen unmöglich zu machen.

Auf Salisburys Anregung hin war das türkische Teilungsproblem Thema mehrfacher Unterredungen und Anlaß eifriger diplomatischer Tätigkeit geworden. Man mußte aus den Worten des englischen Ministers schließen, daß die englische Politik nicht mehr in derselben Weise wie früher für die Integrität der Türkei eintreten werde. Das ist für unsere Aufgabe entscheidend. Indem Lord Salisbury diese Frage überhaupt zur Debatte stellte, bewies er, daß für ihn der Orientalische Dreibund nicht mehr die gleiche Bedeutung hatte wie zur Zeit seiner früheren Tätigkeit als Foreign Secretary und Prime Minister. Eine Verteilung der Anrechte auf türkische Territorien verstieß gegen mehrere Artikel des „Neun-Punkte-Abkommens“ vom 12. Dezember 1887, dessen Ungültigkeit bisher nicht ausgesprochen worden war [2]).

Ließ sich dieser für England innenpolitisch wie außenpolitisch höchst unangenehme Gefahrenherd im Nahen Osten nicht im Einverständnis mit den Großmächten beseitigen, dann beschritt Salisbury den anderen ihm offen stehenden Weg und suchte die Interessen *aller* dieser Mächte für die Aufrechterhaltung des Status quo und des Friedens in Süd-Ost-Europa zu binden. Ohne Deutschland war der Orientalische Dreibund zu schwach, um diese Aufgabe zu übernehmen [3]).

[1]) R. Malzkorn, 50.

[2]) Siehe Anhang Nr. 18.

[3]) Vgl. Lord Salisburys Rede im House of Lords am 19. Januar 1897, in der er zugab, daß gegenüber der armenischen Frage 1895 „*a two fold policy*“ unvermeidlich war. Er sagte ferner: „I do not see we can take another course except to exert

IV. Die Folgen des Salisburyschen Teilungsplanes.

Salisburys „Teilungsplan" zerstörte die Hoffnungen, die man zu Beginn seiner neuen Regierung besonders in Deutschland auf ihn setzte. Kaiser Wilhelm bezeichnete nicht mit Unrecht Englands Politik im Gespräch mit Oberst Swaine als „völlig unverständlich". „Das Herumtasten bei den verschiedenen Nationen habe dahin geführt, daß alle ohne Ausnahme von einem handfesten Mißtrauen gegen England erfüllt seien" [1]). Holstein machte Hatzfeldt darauf aufmerksam, daß Deutschland „angesichts solcher englischer Politik weniger als je die Brücken nach Rußland abbrechen dürfe" [2]).

Von Petersburg aus wurde die deutsche Regierung hierin nur bestärkt. „Mit großer Spannung und Besorgnis wird hier jedes Anzeichen verfolgt", depeschierte Fürst von Radolin, „welches wie eine Annäherung Englands an Deutschland oder umgekehrt ausgelegt werden könnte. Die Gereiztheit gegen England ist hier in allen Kreisen so groß, daß es selbst dem Zaren nicht gelingen würde, die Stimmung durchgreifend zu ändern" [3]). Kaiser Wilhelm II. bemerkte am Rande dieses Berichtes „gut". Für ihn waren in jenen Tagen die Garantien, die der Zar in seinen doch keinesfalls als bindend anzusehenden Briefen gab, durchaus zuverlässig. Jetzt sah er eine neue Gelegenheit, um Rußland zur Zurückziehung der „Übermasse von Truppen" an der deutschen Ostgrenze zu bewegen [4]).

Wollte nun Salisbury die Meerengenfrage aufrollen, dann konnte das nach Ansicht des Kaisers keinen anderen Zweck haben, als Rußland vom Fernen Osten nach dem Nahen Osten zurückzulenken und dort seine Kräfte mittels eines englisch-russischen Abkommens zu binden. Damit wäre der ganze Vorteil, um dessenwillen Deutschland an der Intervention im Fernen Osten teilgenommen hatte, verloren gegangen und der deutschen Politik das wertvollste Druckmittel entwunden, womit sie Rußland zu

what influence we may possess with the other Powers of Europe to induce them to press on the Sultan such reforms as may be necessary not only to save his subjects from massacre, but to preserve his own empire from a ruin which, if he does not take requisit precautions in time, cannot long be delayed". W. R. Medlicott, Lord Salisbury and Turkey in „History", Oktober 1927 S. 244 ff.

[1]) Gr. Pol. XI Nr. 2579 (25. 10. 1895).

[2]) Gr. Pol. X Nr. 2388 (14. 8. 1895).

[3]) Gr. Pol. X Nr. 2446 (29. 10. 1895).

[4]) Gr. Pol. X Nr. 2391 (18. 8. 1895).

gewinnen meinte. Kaiser Wilhelms II. Gedanke war es darum, schon jetzt die Dardanellen — natürlich gegen Kompensationen — den Russen anzubieten, „damit der Brite sie ihnen nicht allein schenken könne" [1].

Bedeutsam ist, daß Lord Salisbury auf irgendwelchem Umweg von diesen geheimen Teilungsplänen des deutschen Kaisers erfuhr. Am 31. August sprach er es offen aus, als im Gespräch mit Hatzfeldt die Rede „von der Möglichkeit einer Krisis im Orient" war: „Si cela arrive, je crois que ce sera l'Allemagne qui ouvrira aux Russes le chemin de Constantinople". Hatzfeldt erwiderte: „Dans de certains cas vous feriez peut-être de même si vous étiez à la tête du Gouvernement Allemand. Je n'exprime qu'une opinion personnelle, mais je crois que, dans notre situation menacée de deux côtés, notre devoir est avant tout d'assurer notre sécurité, si elle ne nous est pas garantie d'une autre manière" [2].

Wir erkannten, daß das Mißtrauen zur englischen Politik in Deutschland den Wunsch erweckte, die Fäden mit Rußland enger zu knüpfen. Doch schon um die Mitte des Oktobers 1895 ist zu beobachten, wie Hohenlohe, Marschall und Holstein den russophilen Standpunkt des Kaisers nicht mehr teilten [3].

Hatzfeldts Mahnungen wirkten. Er billigte nicht den Zickzackkurs des Kaisers. „Unser Interesse schreibt uns vor, teilte er Holstein mit, die Brücken nach keiner Seite abzubrechen und die Möglichkeit einer Verstän-

---

[1]) Ebenda. Als der russische Außenminister Murawiew Deutschland Mitte April 1899 das Angebot machte, der Ausbreitung deutscher kommerzieller Interessen in Kleinasien nicht im Weg stehen zu wollen, wenn Deutschland Rußland schriftlich die Meerengen zusichere, stieß er auf ablehnende Haltung in der Wilhelmstraße. Der Staatssekretär des Äußeren von Bülow bemerkte, „daß ein deutsch-russisches Abkommen wegen der Meerengenfrage eine Spitze gegen England in sich trage, daher eine gründliche Umgestaltung der politischen Lage und politischen Beziehungen Deutschlands zur unmittelbaren Folge habe." „Es vermag uns nicht für den Verlust unserer bisherigen Freunde zu entschädigen, gewährt keine Garantien gegen französische Feindschaft, wenn nicht Rußland als Minimalprogramm Deutschland die volle und freundschaftliche Neutralität zusichert". Gr. Pol. XIV, 2 Nr. 4021 (6. 5. 1899). Nr. 4019 (1. 5. 1899).

[2]) Gr. Pol. X Nr. 2392 (31. 8. 1895).

[3]) In einer Depesche an Bülow spricht Holstein von der „Hartnäckigkeit, mit der S. M. die tatsächlich vorhandene russisch-französische Verbindung als quantité négligeable behandelt — eine Anschauung, mit der Er heute allein stehen dürfte". Fürst von Hohenlohe, Denkwürdigkeiten III, 119 (8. 11. 1895). Nachdem Holstein im August Hatzfeldt die Bindung mit Rußland selber empfohlen hatte, erklärte er jetzt im November ebenso schroff: „Wir dürfen an Rußland, solange die Pariser Liaison dauert, keine Konzessionen machen, welche geeignet sind, den Dreibund zu sprengen". Ebenda.

digung nach beiden Seiten offen zu halten". „Solange nicht Rußland ein bindendes Abkommen anbietet, welches seine Neutralität bei einem Konflikt mit Frankreich gewährleistet, haben wir nichts von dort zu hoffen, höchstens zu erwarten, daß wir mit noch größerer Rücksichtslosigkeit behandelt werden" [1]).

Der Empfang, der Fürst Lobanow in Paris zuteil wurde, die unmittelbar darauf erfolgende Vergrößerung der französischen Armee und die Ablehnung eines von Kaiser Wilhelm II. gewünschten „Meinungsaustausches à deux" über gemeinsames Vorgehen in der Türkei durch den Zaren, entschieden eine Kursänderung in Berlin [2]). Reichskanzler Fürst von Hohenlohe sagte dem Kaiser in seinem Immediatvortrag am 13. November: „Verschiedene Symptone beweisen, daß Rußland mehr Wert auf seine französische Entente als auf eine Intimität mit uns legt. Daraus folgt, daß wir unrecht tun würden, einer ungewissen russischen Freundschaft zuliebe unsere anderen freundschaftlichen Beziehungen aufs Spiel zu setzen" [3]). Hohenlohe war überzeugt, daß Fürst Lobanow das Entgegenkommen, welches ihm in Berlin zuteil wurde, benutzt habe, „um einen Keil zwischen Deutschland und England zu treiben". „Er will den Dreibund sprengen, ohne Frankreich fallen zu lassen. Wo ist die russische Gegenleistung? Diese wäre Verpflichtung der Neutralität im Fall des Krieges mit Frankreich. Sonst werden wir von England und Italien abgedrängt und haben keinen Ersatz" [4]). Staatssekretär Freiherr von Marschall begrüßte daher „mit Freuden" die Nachricht, „daß neuerdings das Londoner Kabinett mit der Wiener Regierung engere Fühlung bezüglich der orientalischen Frage gesucht habe" [5]).

In Wien wußte man ebenso gut wie in Berlin, „daß Lord Salisbury die Lebensfähigkeit der Türkei sehr pessimistisch beurteilte und weitgehende Pläne hatte für den Fall, daß der von ihm (Lord Salisbury) escomptierte Zersetzungsprozeß eintreten sollte". Außenminister Graf Goluchowski sah daher seine Aufgabe darin, „Lord Salisbury wieder zu der Politik zu bestimmen, die sich die Integrität des türkischen Reiches als Ziel gesteckt habe" [6]). Der deutsche Geschäftsträger in Wien, Prinz von Lichnowski, berichtete daher Anfang Oktober 1895: „Graf Goluchowski schien nicht

---

[1]) Gr. Pol. X Nr. 2390 (16. 8. 1895).
[2]) Gr. Pol. X Nr. 2455 (12. 11. 1895).
[3]) Hohenlohe III, 122 (13. 11. 1895). Gr. Pol. X Nr. 2455 (12. 11. 1895).
[4]) Hohenlohe III, 113.
[5]) Gr. Pol. X Nr. 2494 (4. 11. 1895).
[6]) Archiv Ausw. Amt. Graf Goluchowski an Freiherrn von Call (29. 8. 1895).

anzunehmen, daß weitgehende Ideen, die der britische Premier gelegentlich geäußert, seiner jetzigen Haltung zugrunde lägen. Dies würde die Aufrollung der ganzen orientalischen Frage bedeuten. Davon könne schon deshalb nicht die Rede sein, weil Österreich und der Dreibund dabei auch noch mitzureden hätten und nicht bloß England und Rußland" [1]).

Wahrscheinlich war damit die Salisburysche Andeutung gemeint, eventuell Konstantinopel den Russen zu überlassen. Lord Salisbury dementierte jedenfalls am 25. Oktober Hatzfeldt gegenüber in aller Form, „daß er niemals eine solche Ansicht ausgesprochen habe und in allen orientalischen Fragen stets auf die österreichischen Interessen in erster Linie Bedacht nehmen werde" [2]).

Im allgemeinen herrschte sowohl in Wien wie in Rom für Salisbury eine günstigere Stimmung als in Berlin. „Man muß die Engländer nicht zu schlecht behandeln", meinte Graf Goluchowski, „sie sind für uns keine quantité négligeable im Orient, wir brauchen sie wegen der Russen. Preßkriege bedeuten nicht viel, aber der Ton der britischen und deutschen Presse war letzthin sehr bedauerlich" [3]). Der italienische Außenminister wurde Bülow gegenüber noch deutlicher: „Wenn Deutschland und England uneinig wären, befände sich Italien in der Lage eines Kindes, dessen Eltern auseinandergingen. Vereint würden Dreibund und England die Situation meistern können" [4]). „Italien sei vor allem eine Mittelmeermacht und könne seine Stellung im Mittelmeer wie in Nordafrika nur behaupten, wenn es an Deutschland und England einen Rückhalt habe. Dieser Rückhalt werde um so schwächer, je mehr sich England und Deutschland von einander entfernten. Derselbe höre auf, wenn beide Wege sich endgültig trennten. . . Die französische Gegnerschaft sei eine zu starke, als daß Italien ihr auf die Länge gewachsen wäre, wenn Deutschland und England ihm nicht vereint den Rücken stärkten. Er halte die Fortführung seiner Dreibundfreundlichen Politik für gefährdet, wenn Deutschland und England nicht gute Beziehungen unterhielten" [5]).

---

[1]) Archiv Ausw. Amt. Prinz von Lichnowski an den Fürsten von Hohenlohe (3. 10. 1895).

[2]) Gr. Pol. X Nr. 2393 (25. 10. 1895).

[3]) Gr. Pol. X Nr. 2490 (20. 10. 1895). Vgl. Times, 7. 12. 1895.

[4]) Gr. Pol. X Nr. 2556 (3. 12. 1895).

[5]) Archiv Ausw. Amt. Bülow an den Fürsten von Hohenlohe (29. 10. 1895). Hierzu bemerkte Kaiser Wilhelm II. am Rande: „Das ist eine Phrase, die ihm Salisbury diktiert hat".

Während man in Berlin infolge der Salisburyschen Teilungspläne zwischen Rußland und England hin und her pendelte, in Rom und Wien wegen der fortdauernden Unruhen in Konstantinopel ein russisches Eingreifen befürchtete, befreite sich die englische Diplomatie aus der „Sackgasse", in welche sie der sogenannte „Armenische Dreibund" geführt hatte. Bei den blutigen Aufständen in Kleinasien Anfang September 1895, die Kaiser Wilhelm II. als „wahre Bartholomäusnacht" bezeichnete [1]), unterstützte England die Armenier nicht mehr [2]). Der Gegensatz zu Rußland und Frankreich hatte sich derart verstärkt, daß der englische Botschafter Sir Philip Currie, sonst eine rechte Draufgängernatur, zufrieden war, „daß durch Konzessionen des Sultans die Sache vorläufig zu einem Abschluß gekommen sei". „England habe auf die Mitwirkung der beiden anderen Mächte nicht mehr rechnen können" [3]).

V. Die „Wiener Propositionen". Erneuerung des Orientalischen Dreibundes?

Ein neues Aufflackern der Metzeleien und Plünderungen in der Türkei Anfang November 1895 veränderte die Lage. Die Aufstände übertrafen an Grausamkeit bei weitem diejenigen vom September. Sie standen zum Teil nicht einmal in Zusammenhang mit den Armeniermorden und richteten sich gegen Christen aller Nationalität [4]). Bei der ungeheuren Erregung der Bevölkerung mußte man nach Ansicht des deutschen Botschafters Freiherrn von Saurma jeden Augenblick auf den Ausbruch einer Revolution gefaßt sein, welche die Beseitigung des Sultans erstrebt hätte. „Niemand hält sein Leben einen Tag für sicher", berichtete Saurma am 10. November. „Man zittert vor den Blutbefehlen des

[1]) Gr. Pol. X Nr. 2444 (26. 10. 1895). Vgl. Preller, 58 ff.

[2]) Gr. Pol. X Nr. 2459 (13. 11. 1895). Mitte November klagte der armenische Patriarch „mit großer Bitterkeit" über diese neue englische Politik. „England habe seine Hilfe jusqu'au bout zugesagt, jetzt lasse es die Armenier schmählich im Stich, welche, auf dieses Wort vertrauend, mit Standhaftigkeit und Opfermut ausgeharrt hätten".

[3]) Gr. Pol. X Nr. 2443. (24. 10. 1895). Nr. 2449. (2. 11. 1895). Der Gegensatz spiegelte sich auch in einer lebhaften englisch-russischen Pressefehde wieder. Der „amtliche russische Regierungsbote" schrieb am 29. Oktober: „Nach der Meinung politischer Kreise gibt es keine mit dem Orient durch wesentliche Interessen verknüpfte Macht, welche sich nicht empörte über die Manieren einer zweideutigen Politik der britischen Diplomatie, welche beinahe die Frage einer Teilung der Türkei berührte. Niemals äußerte sich in Europa das Gefühl des Mißtrauens gegen die Richtung der englischen Politik und ihre Ziele in so handgreiflicher Weise wie gegenwärtig". Gr. Pol. X S. 149.

[4]) Gr. Pol. X Nr. 2450 (5. 11. 1895).

Sultans. Übereinstimmend wird von den verschiedensten Seiten versichert, daß die armenischen Gemetzel zum größten Teil auf geheime Befehle von Yildis-Kiosk zurückzuführen sind" [1]).

Aber Abdul-Hamid verstand sich auf das „divide et impera". Beherrscht von der Furcht vor Revolutionen, vor Absetzung, vor Anschlägen auf sein Leben, hielt er seine persönliche Sicherheit und politische Machtstellung nach innen und außen für um so mehr gewährleistet, je schärfer die Gegensätze aufeinander platzten. Armenier hetzte er gegen Mohamedaner, Türken gegen Christen. Hervorragende Personen im Reich, „welche Komplotte gegen ihn anzetteln könnten", wußte er von einander zu trennen. Argwohn und Mißtrauen säte er unter sie, „sodaß der Bruder dem Bruder nicht mehr traute" [2]). „Willkommen waren ihm nur Kreaturen, die, unbekümmert um das Wohl des Vaterlandes, seinen Befehlen blindlings gehorchten" [3]). Nicht besser verfuhr er mit den am Sultanshof akkreditierten Diplomaten. Als Meister im Intrigenspiel erspähte er sehr wohl den verschiedenen Grad der Bereitschaft zu Zwangsmaßnahmen unter ihnen, hielt sie mit Versprechungen hin, täuschte sie mit verlockenden Hoffnungen, spielte sie gegen einander aus, um in der Zwischenzeit aus der Eifersucht der Mächte Nutzen zu ziehen [4]).

Lord Salisbury sah daher mit Rücksicht auf den wachsenden Unwillen der englischen Bevölkerung Anfang November in einer Absetzung des Sultans den einzigen Ausweg, um bei „den völlig aussichtslosen Zuständen in der Türkei" Wandel zu schaffen. Ein neuer Sultan werde ein gefügigeres Werkzeug der Mächte sein [5]). Man scheint diesen Gedanken, den Lord Salisbury dem österreichischen Botschafter Grafen Deym mitteilte, in London ernsthaft erwogen zu haben [6]). Es war deutlich genug, als Lord Salisbury auf dem Lord Mayors Bankett am 9. November erklärte: „Ich will gern zugestehen, daß es dem Sultan möglich ist, wenn er will, alle seine Untertanen in Gerechtigkeit und Frieden zu regieren; aber er ist ebenso wenig wie jeder andere Herrscher

[1]) Gr. Pol. X Nr. 2456 (10. 11. 1895). Preller, 68 f.

[2]) Gr. Pol. X Nr. 2416 (22. 8. 1895).

[3]) Gr. Pol. X Nr. 2460 (14. 11. 1895).

[4]) Vgl. Gr. Pol. XII, 2 Nr. 2341 (6. 8. 1898). E. Lindow, Freiherr Marschall von Bieberstein als Botschafter in Konstantinopel 1897—1912 (1934) S. 24 ff.

[5]) Gr. Pol. X Nr. 2508 (13. 11. 1895).

[6]) Kaiser Wilhelm fand es auffällig, daß die Kaiserin Friedrich, die sonst nie über auswärtige Politik mit ihm sprach, am 18. 10. 1895 dieselbe Auffassung vertrat: „Die Regierung des Sultans sei unfähig und unerhört, mit der müsse kurzer Prozeß gemacht werden". Der Kaiser vermutete hinter diesen Worten die Ansicht der Königin Victoria.

von dem Gesetz befreit, daß Ungerechtigkeit auch die Höchsten auf Erden stürzen wird" [1]). Einige Wochen später berichtete auch Freiherr von Saurma: „Sir Philip Currie dringt immer mehr darauf, daß der Sultan öffentlich entlarvt und auf diese Weise den Mächten die Möglichkeit gegeben werde, ihn zu fassen und ihn an weiterer Anstiftung von Unheil zu verhindern. Der Frevler, welcher bereits gegen hunderttausend Menschen abgeschlachtet habe und noch nicht gesättigt sei, müsse aus allgemeinen Menschlichkeitsrücksichten endlich unschädlich gemacht werden [2]).

Die instinktive Abscheu des englischen Ministers vor diesem Terrorsystem, die täglichen ernsten Nachrichten aus der Türkei, die nach Ansicht des österreichischen Außenministers immer noch offen stehende Möglichkeit einer englisch-russischen Verständigung [3]) und die Besorgnis vor einem russischen „fait accompli" in Konstantinopel veranlaßten Goluchowski seinerseits zur „Offensive" überzugehen [4]).

Gewisse Anzeichen legte man in Wien — allerdings fälschlicherweise „als eine Rückkehr der englischen Politik in ihr altes Fahrwasser" aus. Das britische Mittelmeergeschwader erschien vor den Dardanellen [5]). Der englische Botschafter in Wien, Sir Edmund Monson, versicherte Goluchowski, daß Österreich auf die Unterstützung Englands rechnen könne, falls es eine Lösung der orientalischen Frage im russischen Sinne nicht dulden wolle [6]). Selbst Hatzfeldt gewann aus der Unterredung mit Lord Salisbury am 1. November den Eindruck, daß dieser nunmehr die Interessen Englands durch Wiederaufnahme seiner alten Politik möglichster Erhaltung der Türkei und naher Beziehungen zum Dreibund wahren wolle [7]). Andererseits wurde die Lage im Mittelmeer täglich

[1]) Whates, 20. Preller, 78.

[2]) Gr. Pol. X Nr. 2479 (16. 12. 1895).

[3]) Kaiser Franz Joseph scheint in diesem Punkt den Argwohn des Ministers nicht geteilt zu haben. Zu Eulenburg sagte er: „Gott sei Dank ist die Haltung der englischen Politik gegenüber Rußland immer noch so weit feindlich, daß der Gedanke einer Verständigung zwischen diesen beiden Mächten ausgeschlossen ist". Gr. Pol. X Nr. 2500 (10. 11. 1895).

[4]) Gr. Pol. X Nr. 2431 (10. 10. 1895). Vgl. Italicus, 205 f.

[5]) Meyendorff II, 282.

[6]) Gr. Pol. X Nr. 2492 (2. 11. 1895).

[7]) Gr. Pol. X Nr. 2493 (2. 11. 1895). Wie ernsthaft man an einen Umschwung bei Salisbury glaubte, zeigt der Bericht Kaiser Wilhelms über seine Unterhaltung mit Oberst Swaine: „Nach der energischen Auslegung der Thronrede durch Salisbury und mit dem Erscheinen des englischen Mittelmeergeschwaders vor den Dardanellen seien wir alle auf der ganzen übrigen Welt der festen Überzeugung gewesen, England mache Ernst und werde erforderlichenfalls auch vor der ultima ratio der Kanone nicht zurückschrecken".
Gr. Pol. X Nr. 2572 (20. 12. 1895).

ernster. Ende Oktober verstärkte Rußland seine Truppen an der Westgrenze und am Schwarzen Meer [1]). Mitte November meldete der deutsche Marineattaché Kalau vom Hofe aus Petersburg: „Die Mobilmachung der Schwarze-Meer-Flotte wird vorbereitet" [2])! Am 10. November fuhr das französische Levantegeschwader in die türkischen Gewässer. Ministerpräsident Crispi erwog, ob es nicht ratsam sei, die italienische Flotte in der Nähe der Dardanellen kreuzen zu lassen [3]). Die Botschafterkonferenz in Konstantinopel beschloß am 11. November gleichsam als Sanktionsmaßnahme gegen die Türkei die Stationärschiffe um je ein weiteres Kriegsschiff zu vermehren [4]).

Diesen Moment wählte Goluchowski für seinen Vorstoß. Am 12. November forderte er nicht nur die Verstärkung der Stationäre. Um Rußland zu überbieten und „England zu gefallen" [5]), stellte er bei den Kabinetten von Berlin, Rom, London, Petersburg und Paris den Antrag, gleich große Geschwader der Mächte zum Schutz der Botschaften und Christen in die Dardanellen einfahren zu lassen. Die Botschafterkonferenz könnte den Zeitpunkt für das Inkrafttreten dieser militärischen Sanktion bestimmen. Österreichs Kriegsschiffe wurden zur Abfahrt bereit gestellt [6]).

Damit verließ Österreich seine frühere Reserve und befürwortete eine Politik, die auf eine „Forcierung der Dardanellen" hinauslief und das Meerengenstatut durchbrach [7]). Die orientalische Frage trat in ein kritisches Stadium. Was sagten die anderen Großmächte dazu?

Deutschland warnte. „Österreich unternehme jede Aktion gegen Rußland aus Anlaß der Meerengenfrage auf eigenes Risiko" [8]). „Goluchowskis Vorschlag verwickle die deutsche Politik in eine Aktion, von der wir nicht wissen, wie sie enden könne. Sie sei zudem wirkungslos. Sollten die Zustände in Konstantinopel so gefährlich sein, dann werden alle Christen längst ermordet sein, bevor die Schiffe einlaufen würden." Hilfe durch

---

[1]) Gr. Pol. X Nr. 2490 (28. 10. 1895).

[2]) Gr. Pol. X Nr. 2520 (16. 11. 1895).

[3]) Gr. Pol. X Nr. 2504 (11. 11. 1895).

[4]) Gr. Pol. Nr. 2506 (12. 11. 1895). Nach Artikel 3 der Pariser Meerengenkonvention vom 30. 3. 1856 war der Beschluß zulässig. Preller, 73.

[5]) Der Beschluß der Botschafterkonferenz ging auf eine Anregung des russischen Botschafters Nelidow zurück. Vgl. Ismail Kemal Bey, Memoirs (1920) S. 266. Gr. Pol. X Nr. 2572 (20. 12. 1895).

[6]) Gr. Pol. X Nr. 2505 (11. 11. 1895). Nr. 2514 (16. 11. 1895).

[7]) Gr. Pol. X Nr. 2511 (15. 11. 1895).

[8]) Gr. Pol. X Nr. 2501 (11. 11. 1895).

deutsche Kriegsschiffe stellte man nicht in Aussicht [1]).

Kaiser Wilhelm II. war empört über Goluchowskis Verhalten. „Das geht ihn doch eigentlich nichts an! Anfragen über Verhalten der Mächte hätte Lord Salisbury an uns andere zu richten. So wird der Dreibund wieder in den Vordergrund gerückt, und England wird sofort alle Verantwortung für alles Unangenehme, das passieren könnte, Österreich bzw. uns qua Triplice in die Schuhe schieben und uns Rußland gegenüber zu verdächtigen suchen" [2]).

Rußland lehnte die „österreichischen Propositionen" völlig ab. Fürst Lobanow hielt diesen „Vertragsbruch" für unannehmbar. „Durch solch provokatorische Maßregeln würde die Autorität und das Prestige des Sultans und seiner Regierung nur unnütz geschwächt, während es vor allem darauf ankommen müsse, dieselbe möglichst zu erhalten" [3]).

Für Frankreich war Rußlands Wille Befehl. Der deutsche Botschafter Graf Münster erfuhr in Paris, daß die französische Antwortnote mit der russischen „identisch" sein werde [4]).

Verstimmung herrschte zunächst auch in Italien. Crispi bezeichnete den Schritt Goluchowskis als „inopportuno". „Non era possibile che la Russia consentisse il passagio degli Stretti alle flotte europee" [5]). Hatten sich aber die Österreicher so weit vorgewagt, gab es für die Italiener kein Halten mehr. Die wiederholten Warnungen der deutschen Regierung, die einer erneuten Aktivität Italiens sorgenvoll entgegensah [6]), vermochten an Blancs Absichten nichts zu ändern. Sein Ziel war: „Ne provoquer aucune occasion et n'en manquer aucune" [7]). Der gegenwärtige Augenblick sei für die italienische Politik von entscheidender Bedeutung.

---

[1]) Gr. Pol. X Nr. 2511 (15. 11. 1895). Das einzige im Mittelmeer verfügbare deutsche Kriegsschiff S. M. S. „Moltke" wurde an die kleinasiatische Küste befohlen. Eine Abkommandierung der Heimatflotte oder des ostasiatischen Geschwaders lehnte Kaiser Wilhelm II. ab. „Wir haben eben keine Flotte mehr!"

[2]) Gr. Pol. X Nr. 2505 (11. 11. 1895).

[3]) Gr. Pol. X Nr. 2515 (16. 11. 1895).

[4]) Gr. Pol. X Nr. 2527 (20. 11. 1895).

[5]) Crispi, Questioni Internazionali S. 253 (21. 11. 1895).

[6]) Kaiser Wilhelm II. bemerkte zu dem Bülowschen Bericht vom 9. November: „Unter keinen Umständen dürfen italienische Schiffe an den Dardanellen erscheinen, als bis England sich selbst fest engagiert und Feuer gegeben hat. Italiener an den Dardanellen sind wie ein brennend Licht am Pulverfaß. Wir würden Rußlands Argwohn bezüglich unserer Aufrichtigkeit wachrufen. Das darf nicht sein. England soll die Suppe, die es eingebrockt hat, allein aufessen und seine Schiffe zuerst allein einsetzen". Gr. Pol. X Nr. 2502 (9. 11. 1895).

[7]) Gr. Pol. X Nr. 2504 (11. 11. 1895).

„Es müsse sich nunmehr zeigen, ob in den Köpfen der derzeitigen englischen Minister noch etwas von der Substanz vorhanden sei, welche einst die großen Staatsmänner beseelt habe". Am 16. November gingen die Schiffe „Re Umberto", „Andrea Doria", „Stromboli", „Etruria" und „Partenope" mit Kurs auf Konstantinopel in See [1]). Sie erhielten die Weisung, „de se tenir prêt à pouvoir se joindre à eux, si les Anglais nous le demandaient et que nous y consentions" [2]).

Hier erkennen wir den eigentlichen Grund für den österreichischen und italienischen Vorstoß. Seit Anfang November schwebten nämlich zwischen Rom und Wien Verhandlungen über eine Erneuerung des Orientalischen Dreibundes [3]). Kalnokys Versuch, die Meerengenfrage zur Grundlage eines neuen Abkommens mit England zu machen, war 1894 gescheitert. Lord Rosebery gab keine bestimmten Zusagen, falls Rußland die Mächte vor vollendete Tatsachen stellen wollte. Jetzt hatten sich im Orient die Gegensätze der Mächte derart verschärft, daß sie nach österreichischer und italienischer Ansicht eine unmittelbare Bedrohung für England und dessen Verbündete darstellten. Blanc sagte zu Bülow: „Si l'Italie, la Grande Bretagne et l'Autriche-Hongrie n'osent plus se montrer ensemble, cela peut encourager la France et la Russie dans une voie perilleuse pour la paix" [4]), Man wollte jetzt England durch eigenes Vorangehen zeigen, daß es nicht zu fürchten brauche, allein gelassen zu werden. Crispis Memoiren erbringen den Beweis, daß dieses Argument wenigstens auf italienischer Seite eine Rolle spielte. „Se Lord Salisbury ha proceduto solo, cio ha fatto per precauzione, e nel dubito che i due alleati non lo seguissero. Non dobbiamo dimenticare la condotta nostra al 1878 et al 1882. Tanto nella guerra contro la Russia, quanto per la insurrezione egiziana, l'Inghilterra fu lasciata sola" [5]).

Wie verhielt sich aber England? War es Salisburys Absicht, sich in dieser Lage noch wörtlich an die Zusagen zu halten, die er italienischen und österreichischen Staatsmännern gegeben hatte? War er wirklich „fest entschlossen, seine frühere bewährte Politik durchzuführen" [6])?

Die vorliegenden Quellen lassen erkennen, daß auch diese österreichische und italienische Initiative Lord Salisbury nicht zur Umkehr auf dem

---

[1]) Gr. Pol. X Nr. 2509 (13. 11. 1895).
[2]) Gr. Pol. X Nr. 2512 (15. 11. 1895).
[3]) Gr. Pol. X Nr. 2538 (8. 11. 1895).
[4]) Gr. Pol. X Nr. 2539 (13. 11. 1895).
[5]) Crispi, Questioni Internazionali S. 279.
[6]) Gr. Pol. X Nr. 2514 (16. 11. 1895).

seit Juli eingeschlagenen Weg zu bewegen vermochte. Am 3. November, also eine Woche vor der Abfahrt der italienischen und österreichischen Geschwader wurde im Foreign Office der Beschluß gefaßt, die britische Flotte von Lemnos nach Saloniki zurückzuziehen [1]). Dem österreichischen Botschafter Grafen Deym sagte Lord Salisbury, er hoffe, daß der Sultan imstande sein werde, die Ruhe aufrecht zu erhalten, damit für die Botschafter die Notwendigkeit fortfalle, die Schiffe zu requirieren [2]). Als Hatzfeldt gar fragte, was England tun wolle, wenn keine Einigung auf Grund der Wiener Vorschläge zustande käme und die Fremden dort tatsächlich bedroht würden, antwortete Salisbury: „Er könne dann dazu nichts tun" [3]).

Das war eine glatte Absage der englischen Regierung, Österreich und Italien an den Dardanellen zu unterstützen. Hatzfeldt hatte mit seiner Beobachtung recht: „Salisbury stimmt allem zu, was von Wien kommt, indem er es den Russen und Franzosen überläßt, österreichische Vorschläge abzulehnen" [4]).

Die Wirkung dieser „reculade" des englischen Ministers vor Rußland zeigte sich sofort. Bülow machte in Rom die Beobachtung, daß der italienische Außenminister, der am 13. November noch völlig die Wiener Auffassung unterschrieben und erklärt hatte, Italien müsse das Seinige tun, damit die Russen nicht bis zum Marmarameer vordrängen, jetzt seine Ansicht geändert habe. „Er wolle, was Konstantinopel anbeträfe, nicht englischer sein als die Engländer. Wenn die Engländer die Russen in Konstantinopel vertrügen, könne Italien dieselben dort auch aushalten" [5]).

Im Grunde war ihm die diplomatische Niederlage sehr schmerzlich. „Er sei völlig damit einverstanden gewesen", sagte er Bülow, „daß sich das Wiener Kabinett mit seinen Propositionen an alle Mächte gewandt habe. Nachdem jedoch der springende Punkt — die eventuelle Flottendemonstration vor Konstantinopel nach vorheriger Durchfahrt durch die Dardanellen — von Rußland abgelehnt worden war, hätte England im Sinne der 1887er Abmachungen und auf der Grundlage der Wiener Vorschläge mit Italien und Österreich-Ungarn allein vorgehen sollen" [6]). Jetzt werde dafür offen ein Zustand aufrecht erhalten, der „mit jeder

---

[1]) Staatsarchiv Bd. 58 Nr. 11008 S. 177. Vgl. Preller 71.
[2]) Gr. Pol. X Nr. 2516 (17. 11. 1895).
[3]) Gr. Pol. X Nr. 2525 (20. 11. 1895).
[4]) Ebenda.
[5]) Gr. Pol. X Nr. 2556 (3. 12. 1895).
[6]) Gr. Pol. X Nr. 2550 (21. 11. 1895).

Gerechtigkeit innerer wie internationaler Ordnung im Widerspruch stände". Die Autorität der Pforte sei unter russischem und französischem Druck nur noch Schein. Hüterin der Meerengen und des Schwarzen Meeres werde die Türkei schließlich nur noch für Italien und die anderen Westmächte. Damit werde jedoch der Zweck der 1887 getroffenen Abmachungen völlig illusorisch [1]). „Italien müsse zwar nach wie vor im Dreibund bleiben, aber in Orient- und Mittelmeerangelegenheiten nicht mehr nach London sondern soweit als möglich nach St. Petersburg gravitieren. Italien könne nur so lange mit England gehen, als letzteres sich selbst treu bleibe. Er, Blanc, könne mit Rücksicht auf seine Vergangenheit einen solchen Frontwechsel nicht wohl mitmachen. Er werde jedoch, wenn England endgültig versage, Seine Majestät den König Humbert bitten, die Leitung der auswärtigen Politik dem Grafen Tornielli zu übertragen, welcher der Dynastie in altpiemontesischer Loyalität ergeben wäre, auch kein Gegner Deutschlands sei, aber von England nie etwas Tatsächliches erwartet und gegenüber Rußland stets Rücksichtnahme und Entgegenkommen gepredigt habe" [2]).

Trotzdem unternahm Baron Blanc einen nochmaligen Versuch, die Bestimmungen des Orientalischen Dreibundes wirksam werden zu lassen, damit „sowohl Friede und Ruhe in der Türkei wie auch Schutz und Sicherheit Italiens" verbürgt werde. In diesem Sinne wandte er sich am 5. Dezember mit einer Note an die Regierungen in London, Wien und Berlin.

Es war den Kabinetten des Dreibundes bekannt, daß Lord Salisbury Mitte November dem italienischen Botschafter versichert hatte, „di ritenere in vigore gli accordi del 1887" [3]). Kaiser Wilhelm billigte daher am 14. November den Plan, dem zufolge zwischen Österreich, Italien und England auf der Grundlage des Abkommens von 1887 neue Verhandlungen zur Erhaltung des Status quo im Orient beginnen sollten. Freiherr von Marschall fand es sogar praktisch, wenn Wien und Rom in London „eine genauere Interpretation der Neun Punkte" mit dem Vorbehalt anregen würden, den bisherigen Vertrag beim Herannahen einer Krisis im Orient zu einem von den Souveränen unterzeichneten Staatsvertrag umzuwandeln [4]). Damit glaubte man in der Wilhelmstraße Österreich und Italien am besten

[1]) Gr. Pol. X Nr. 2557 (3. 12. 1895).

[2]) Archiv Ausw. Amt. Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe. (5. 12. 1895). S. Anhang Nr. 6. Vgl. hierzu die Ansicht Holsteins, Anhang Nr. 7.

[3]) Crispi, Questioni Internazionali S. 253.

[4]) Gr. Pol. X Nr. 2546 (20. 11. 1895).

daran hindern zu können, sich ohne englischen Schutz in unabsehbare Konflikte hineinzustürzen. Das Zutrauen Berlins zur österreichischen Regierung war gering. „Dort müssen wir am vorsichtigsten sein", schrieb Staatssekretär von Marschall am 3. Dezember 1895 an Bülow. „Bei Goluchowski trete der Gedanke, daß Österreichs Großmachtstellung bei Deutschland ihre festeste Stütze findet und in jeder Lage finden muß, mehr hervor, als uns angenehm ist und in den Rahmen unserer Orientpolitik paßt" [1]). Vermutete Reichskanzler Fürst von Hohenlohe bei England nur die Absicht, „Österreich vorzuschicken, damit es sich kompromittiere, einen Krieg beginne und Deutschland mit hineinziehe", so sah er anderseits in Goluchowski den Mann, „der darauf hineinfallen könne. Sein Tatendurst und sein polnischer Haß gegen Rußland führen ihn dazu". Aufgabe der deutschen Diplomatie sei es daher, „Österreich zu überwachen, damit es nicht unversehens in einen Konflikt mit Rußland gerate, während England nichts tue" [2]). Auf der anderen Seite dürfe jedoch Österreich nicht entmutigt und dadurch dem Dreibund entfremdet werden [3]).

Am 11. Dezember wandte sich der italienische Botschafter in London, General Ferrero, an Lord Salisbury, um den von Baron Blanc vorgeschlagenen Gedankenaustausch über die Wiederherstellung der türkischen Unabhängigkeit zur Sprache zu bringen. Italien ging es nicht besser als Österreich im November. Lord Salisbury lehnte den Vorschlag zwar nicht formell ab, wies aber darauf hin, daß ein solcher Gedankenaustausch nach seiner Ansicht einer Art Konferenz der beteiligten Mächte gleichkäme. Diese könnte nicht geheim bleiben und würde das in St. Petersburg bestehende Mißtrauen gegen England noch erhöhen [4]).

---

[1]) Gr. Pol. X Nr. 2555 (3. 12. 1895).

[2]) Hohenlohe III, 122 (20. 11. 1895). Fürst Eulenburg wandte sich daher auf Berliner Instruktion hin sowohl an den Chef des österreichischen Generalstabs wie an den Kriegsminister und Ministerpräsidenten, um der Auffassung Goluchowskis entgegen zu wirken, in einem russischen Konstantinopel einen casus belli zu sehen. Es geschah anscheinend mit Erfolg. Hohenlohe schrieb in sein Tagebuch auf seiner Wiener Reise am 29. 12. 1895: „Goluchowskis Erklärungen über Konstantinopel verlieren an Bedeutung, da wir wissen, daß der Kriegsminister dem Kaiser Franz Joseph die Unmöglichkeit dargelegt hat, wegen Konstantinopel einen Krieg zu beginnen". Hohenlohe III, 146.

[3]) Deutschland schloß sich daher dem Versuch Rußlands nicht an, Goluchowskis Initiative in der Stationärfrage zum Scheitern zu bringen. Im Auftrag der deutschen Regierung machte Botschafter von Saurma eine energische Demarche beim Sultan, „um ihn auf diesem Weg zur Nachgiebigkeit zu bringen und dadurch zu vermeiden, daß von gegnerischer Seite die Aktion des Grafen Goluchowski als eine ergebnislose bezeichnet werden könne". Gr. Pol. X Nr. 2529 (10. 12. 1895).

[4]) Gr. Pol. X Nr. 2561 (12. 12. 1895). Langer II, 208. Es ist wahrscheinlich, daß

Das war eine durchsichtige Erklärung. Sie legt die Vermutung nahe, daß der britische Minister die Anwendung des Orientalischen Dreibundvertrages nicht erörtern wollte. Salisbury hörte sich die Vorschläge an, die ihm von italienischer und österreichischer Seite gemacht wurden, und versprach sie zu prüfen. Das war alles. In der Unterredung des Premierministers mit dem deutschen Vertreter am 11. Dezember, der diejenige mit Ferrero vorausgegangen war, erwähnte Salisbury zur Überraschung des deutschen Botschafters nichts von der italienischen Demarche [1]). Hatzfeldt lenkte seinerseits auch nicht das Gespräch darauf. Er war von Berlin aus angewiesen worden, die Frage der österreichisch-italienisch-englischen Abmachungen nicht mehr zu berühren. Eine deutsche Vermittlung sei unnötig und unpraktisch, meinte Freiherr von Marschall. Goluchowski werde schon „als rühriger Russenfeind" keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um ein Einvernehmen mit England herzustellen. Deutschland sei an den Verträgen nicht um ihrer selbst willen interessiert, sondern erst dann, wenn die Existenz seiner Bundesgenossen bedroht werde [2]).

Diese völlig veränderte Haltung Deutschlands zum Orientalischen Dreibund — einen Monat vorher war man noch anderer Ansicht gewesen — blieb der englischen Diplomatie nicht verborgen. Hatzfeldt erhielt sogar den ausdrücklichen Auftrag, den Standpunkt der kaiserlichen Regierung zur Kenntnis Salisburys gelangen zu lassen [3]). In der festen Überzeugung, daß „der Gang der Ereignisse auf einen englisch-russischen Konflikt dränge", vermutete man in Berlin jetzt hinter jedem Schritt der englischen Politik nur eine Vorbereitung Englands auf den „unvermeidlichen Krieg" [4]). Von Skutari bis Korea finde Rußland als Gegner überall England. Wenn Rußland daher gegenwärtig bestrebt sei, einer türkischen Katastrophe vorzubeugen, meinte Freiherr von Marschall, so soll man das als richtige Erkenntnis der politischen Lage bezeichnen. Es will seine Kräfte für Ost-

Lord Salisbury von den italienischen wie österreichischen Ansichten Kenntnis hatte. Italienischerseits wollte man vermeiden, daß die Entsendung des Geschwaders als eine „lächerliche Drohung" erscheinen könne. Man hatte sich vorgenommen, mit London und Wien in Verbindung zu treten und dann auch Deutschland „im Hinblick auf die unvermeidlichen Wirkungen der Haltung Rußlands und Frankreichs mit hinein zu ziehen". Gr. Pol. X Nr. 2557 ff.

[1]) Gr. Pol. X Nr. 2562 (13. 12. 1895).

[2]) Gr. Pol. X Nr. 2553 (2. 12. 1895). Nr. 2563 (15. 12. 1895).

[3]) Ebenda.

[4]) Gr. Pol. X Nr. 2565 (19. 12. 1895).

asien sparen. Anders verhalte es sich mit England. Wenn jetzt von kompetenter britischer Seite behauptet werde, Rußland werde für England leichter in Ostasien als im Mittelmeer zu bekämpfen sein, so liege darin ein Beweis für die Unaufrichtigkeit der englischen Politik. England wisse, auf welche Verbündete es in Ostasien und auf welche es im Mittelmeer zu rechnen haben werde. Es hoffe also, „daß im Mittelmeer und auf der Balkanhalbinsel der Kampf ohne England losgehen und England sich den eigenen Aderlaß dann ganz sparen könnte" [1]).

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Deutung des deutschen Staatssekretärs für die damalige Zeit nicht zutraf. Wir sahen, mit welchen weltpolitischen Gegensätzen Lord Salisbury zu Beginn seiner Regierungstätigkeit zu kämpfen hatte. Die Spannung mit Rußland und Frankreich hatte Mitte Dezember nicht nachgelassen. Die Unzufriedenheit der englischen Öffentlichkeit hatte zugenommen. „La position de Lord Salisbury devient de plus en plus difficile", berichtete der russische Botschafter Baron de Staal am 11. Dezember [2]). „Aber er weiß", so heißt es dort weiter, „wie wetterwendisch die öffentliche Meinung ist. Diejenigen, die ihn heute ob der fehlenden Initiative anklagen, werden ihn morgen noch härter tadeln, wenn er England in beunruhigende Verwirrungen stürzen würde".

Da erfolgte am 17. Dezember 1895 durch eine Botschaft des Präsidenten Cleveland ein bedeutungsvoller Schritt der Vereinigten Staaten, der die seit Juli 1895 andauernde Krisis zwischen Großbritannien und der U. S. A. auf den Höhepunkt brachte. Laut verkündete Cleveland die Monroedoktrin, die ihm das Recht einer entscheidenden Mitwirkung an dem seit mehreren Dezennien andauernden Grenzstreit zwischen England und Venezuela gäbe. „It will be the duty of the United States to resist by every means in its power as a willfull agression upon its rights and interests the appropriation by Great Britain of any lands or the exercise of governmental jurisdiction over any territory which after investigation we have detirmined of right belongs to Venezuela" [3]).

Die Wirkung der Botschaft war in England eine ungeheure. Die Kriegsmöglichkeit schien in unmittelbare Nähe gerückt. Sollte es da in englischem Interesse gelegen haben, seine außerordentlich ungünstige Lage durch neue Konflikte im Nahen und im Fernen Osten noch zu verschlechtern?

[1]) Gr. Pol. X Nr. 2569 (23. 12. 1895).

[2]) Meyendorff II, 292.

[3]) W. Mommsen, Die letzte Phase des britischen Imperialismus auf den amerikanischen Kontinenten 1880—1896. (1933) S. 74 f.

Baron de Staal sah jedenfalls nicht so schwarz, wie man in Berlin sehen wollte. Der Schritt der Vereinigten Staaten, so berichtete er, wird Lord Salisbury veranlassen, „à être plus circonspect dans sa politique orientale et à éviter tout semblant d'ingérence isolée de nature à lui créer de nouvaux embarras“ [1]).

VI. Das Ende des Orientalischen Dreibundes.

Während Bismarck früher wünschte, daß die Beziehungen zwischen Österreich-Italien auf der einen und England auf der anderen Seite möglichst enger und freundschaftlicher Natur sein möchten, war man jetzt in Berlin bestrebt, Österreich und Italien von England zurückzuhalten. Man war von dem schlechten Willen Englands überzeugt. Nirgends fand man bei Großbritannien Entgegenkommen. Auf handelspolitischem Gebiet stieß man mit Plänen englischer Imperialisten zusammen, auf diplomatisch-politischem klopfte man in London an verschlossene Türen. „Die Vermutung, daß man uns jetzt hier sehr wenig Vertrauen entgegenbringt, bestätigt sich immer mehr“, teilte Hatzfeldt am 13. Dezember Holstein in einem chiffrierten Privatbrief mit [2]). Nach Bismarcks Sturz war es ein Ziel der deutschen Politik gewesen, England zum Anschluß an den Dreibund zu bewegen. Jetzt dachte man gar nicht mehr daran. „Wenn England geneigt sein sollte“, hieß es in einer Instruktion des deutschen Staatssekretärs, „als Vierter dem Dreibund beizutreten, so würde das darauf hinauslaufen, daß der Dreibund oder Vierbund für die über den ganzen Erdkreis zerstreuten Besitzungen Englands zu fechten hätte. Für die deutsche Regierung ist es ausgeschlossen, die Stimme der Reichstags oder des Volkes für einen Krieg zu erlangen, welcher bezweckt, zur Verteidigung von Englisch-Indien gegen Rußland und Frankreich mitzuwirken“ [3]).

Nach Bismarcks Ansicht war die Bundesgenossenschaft mit Österreich und Italien für Deutschland am leichtesten und wirksamsten via London zu pflegen. Der Orientalische Dreibund hatte zwar kein deutsch-englisches Bündnis wohl aber nahe Beziehungen zwischen diesen Ländern zur Voraussetzung und Folge. Selbst wenn Lord Salisbury am 11. Dezember 1895 nicht daran dachte, die in diesem Vertrag vorgesehenen Bestimmungen in Kraft treten zu lassen, konnte es nicht im Sinne einer erfolgreichen Drei-

[1]) Meyendorff II, 296.
[2]) Gr. Pol. X Nr. 2562 (13. 12. 1895).
[3]) Gr. Pol. X Nr. 2569 (23. 12. 1895).

bundpolitik liegen, wenn Deutschland zu dem Zerfall auch dieses Pfeilers des Bismarckschen Bündnissystems beitrug.

Doch das Mißtrauen gegenüber England war zu tief. Bülow, Eulenburg, Holstein, Marschall, Hohenlohe und der Kaiser sahen bei dem wachsenden deutsch-englischen Gegensatz über Transvaal [1]) in Salisburys Türkenpolitik nur den Versuch, die Kontinentalmächte in einen Krieg hineinzustürzen, der Englands ägyptische Stellung entlasten und England wie zu Beginn des 19. Jahrhunderts die entscheidende Rolle zuschieben würde. Englands Haltung zu dem Abkommen von 1887 war für die Wilhelmstraße ein neuer Beweis für die Richtigkeit ihrer Rechnung. Eine Anregung Sir Philip Curries, die Vertreter der Großmächte in Konstantinopel Mitte Dezember zu gemeinsamen Schritten in der armenischen Frage anzuspornen, stieß in Berlin auf sofortige Ablehnung [2]). Als man nun gar aus Rom und Wien von Demarchen der dortigen Botschafter Großbritanniens hörte, die um Vorschläge zur Besserung der Notstände in Armenien baten, bezeichnete Kaiser Wilhelm II. dies als „reine Konspiration" [3]). „Wenn das so weiter geht, werden die Kontinentalmächte nächstens Schritte beraten müssen zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen gegen England" [4]).

Am selben Tag, an dem der Kaiser diese Worte schrieb, die in Holsteins Kontinentalligaplan eine Woche später greifbare Gestalt erhielten, sprach er den britischen Militärattaché, Oberst Swaine. „Das Prestige Englands", so erklärte er im Laufe der längeren politischen Aussprache, „sei nicht mehr dasselbe wie früher. England habe zu seinem tiefem Kummer seit der letzten radikalen Regierung in allen Teilen der Welt so gekniffen, daß man anfange daran zu zweifeln, ob es überhaupt noch Fähigkeit und kriegerischen Sinn genug besitze, um seinem Wort Geltung zu verschaffen.

---

[1]) Vgl. das Memorandum von Tilley über die Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland 1892—1904 vom 5. 1. 1904. British Documents I S. 525. Am 15. Oktober warnte der britische Botschafter Sir Edward Malet den deutschen Staatssekretär, „daß die Fortsetzung der deutschen Haltung gegenüber Transvaal zu ernsten Verwicklungen führen könnte". Transvaal sei für England ein „point noir" und nicht weniger wichtig wie Ägypten. Diese Unterredung hatte ein diplomatisches Nachspiel. Kaiser Wilhelm sah in den Drohungen Sir Edwards „ein tatsächliches Ultimatum, aus dem tüchtig Kapital geschlagen werden müsse". Er verlangte die amtliche Mitteilung, daß Lord Salisbury die Ansichten seines Botschafters nicht teile. Salisbury kam dem Kaiser entgegen, und ließ sich brieflich und mündlich in Berlin über das durch die Sprache Sir Edwards geschaffene Mißverständnis entschuldigen (Gr. Pol. XI Nr. 2578 ff).

[2]) Gr. Pol. X Nr. 2472 (15. 12. 1895).

[3]) Gr. Pol. X Nr. 2476 (17. 12. 1895).

[4]) Gr. Pol. X Nr. 2478 (20. 12. 1895).

Prestige werde nur durch schneidige Tätigkeit und Handeln aufrechterhalten, nicht aber durch diplomatisches Finassieren und Ausweichen. Wolle England Neuordnungen im Orient anstreben, welche seine hundertjährige Mittelmeerpolitik ein für allemal außer Kurs setzten, so sei das seine Sache. Es dürfe aber nicht diese Schwenkung heimlich vollziehen und unter dem Deckmantel vorgeschützter Tätigkeit Verbündete heranziehen, welche es dabei reinfallen lassen wollte. Alle Staaten hätten aber aus den eigentümlichen Manövern der englischen Diplomatie den nicht unberechtigten Verdacht geschöpft, England wolle sie untereinander verfeinden und gegenseitig ausspielen. Damit werde es kein Glück haben, sondern den Kontinent als einen festen Block sich gegenüber finden in dem Bestreben, den europäischen Frieden zu erhalten" [1].

Das war noch nicht alles. Als der neuernannte englische Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles, am nächsten Tag den Staatssekretär Freiherrn von Marschall darauf aufmerksam machte, daß das Mißtrauen des Kaisers gegenüber Lord Salisbury nicht gerechtfertigt wäre, antwortete Marschall mit einer gewissen diplomatischen Gereiztheit: „Deutschland könne der Politik Lord Salisburys, der Österreich und Italien im Orient engagieren wolle ohne sich seinerseits zu binden, nicht die Wege ebnen. Wenn daher englische Bestrebungen in Wien und Rom ohne Erfolg geblieben wären, so seien vornehmlich Deutschlands Ratschläge daran schuld. Auch in Zukunft werden solche englischen Anträge der Ablehnung gewiß sein. Die Art, wie man in London den Sultan behandle, die mehr oder minder offenen Versuche, einen Thronwechsel herbeizuführen, ohne daß man die Gewißheit habe, ob ein besserer Sultan nachkame, das Auftreten Sir Philip Curries in Konstantinopel, all dies seien nicht beruhigende Symptome, und es sei erklärlich, daß Deutschlands Politik sich mehr in der russischen als in der englischen Linie bewege" [2].

Diese Äußerungen Kaiser Wilhelms II. und des Staatssekretärs Freiherrn von Marschall am 20. und 21. Dezember 1895 lassen erkennen, daß deutscherseits dem Abkommen von 1887 kein praktischer Wert mehr beigemessen wurde.

Trotzdem wurde in Berlin die Hoffnung nicht aufgegeben, England für eine dreibundfreundliche Politik zu gewinnen. England sollte dazu *gezwungen* werden. Der auf Holstein zurückgehende *Kontinentalliga*plan Anfang Januar 1896 diente diesem Zweck. Durch

[1] Gr. Pol. X Nr. 2572 (20. 12. 1895).
[2] Gr. Pol. X Nr. 2573 (21. 12. 1895).

koloniale Konzessionen an Frankreich (Kongostaat) und an Rußland (Korea) hoffte Holstein eine Annäherung der Gegensätze zwischen dem Dreibund und Frankreich-Rußland zu erreichen und zugleich England jene politische Situation vor Augen zu führen, die es stets gefürchtet hatte [1]). Reichskanzler Fürst von Hohenlohe faßte den Grundgedanken dieses Planes in folgenden Worten zusammen: „Der Dreibund hat bei der bisherigen Art, England zu behandeln, keinerlei Aussicht, England jemals zu gemeinsamer Verfolgung von Dreibunds- und englischen Interessen mit heranzuziehen. Solange England sich in der Mitte zwischen den zwei feindlichen Gruppen nicht nur wohlbefindet, sondern sich auch immer weiter ausbreiten kann, wird es naturgemäß jedes Ansinnen, sich in irgendeinem Falle mit dem Dreibund oder einzelnen Dreibundstaaten solidarisch zu erklären, in der gleichen höhnenden Weise ablehnen wie neuerdings die italienischen Unterstützungsgesuche in der abessinischen Angelegenheit. Erst dann, wenn England praktisch erfahren haben wird, daß die Kluft zwischen den zwei großen Kontinentalgruppen überbrückbar ist, und daß jene Gruppen, wenn sie sich mal im konkreten Fall verständigt haben, stark genug sind, um über Englands entgegenstehende Interessen ruhig zur Tagesordnung überzugehen — erst dann wird England begreifen, daß Unabhängigkeit zur Einsamkeit und Einsamkeit zu einer Gefahr werden kann. Nach dieser Wahrnehmung wird vielleicht die englische Regierung anstatt der heutigen Methode des Zusammenhetzens der beiden Kontinentalgruppen sich zum Anschluß an diejenige von ihnen bequemen, bei welcher allein ein Rückhalt zu finden sein würde für die Verteidigung des Weges nach Indien" [2]).

Das Gegenteil trat ein. Da die deutsche Regierung nicht bereit war, die letzten Konsequenzen dieses Planes zu ziehen und den Zweibund auch da zu unterstützen, wo England am härtesten getroffen werden konnte: in Indien, Persien und Ägypten, lehnten Frankreich und Rußland es ab, eine Kontinentalliga gegen England unter deutscher Führung zu schließen. „Je ne vois pas", sagte der französische Botschafter Herbette dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen am 1. Januar 1896, „quelle utilité il y aurait pour nous à cette ligue avec l'Allemagne pour faire échec à l'Angleterre dans les cas où vos intérêts essentiels sont en jeu, sans que nous pussions compter sur votre

[1]) Gr. Pol. XI Nr. 2640 (30. 12. 1895).
[2]) Gr. Pol. XI Nr. 2641 (1. 1. 1896).

concours là où ils sont moins pressents que les nôtres“ [1]). Selbst Holsteins Freunde warnten ihn vor der Ausführung seiner Gedanken. Herr Crispi wird sich fragen, telegraphierte Botschafter von Bülow an Holstein, ob nicht selbst ein isoliertes England es in der Hand hätte, Italien in Erythräa noch größere Schwierigkeiten zu bereiten als jetzt Frankreich. Er wird fürchten, daß ein zu tief verletztes Großbritannien sich à tout prix mit Frankreich auf Kosten Italiens verständigen könnte. Die Anerkennung des italienischen Protektorats über Abessinien stehe in keinem Vergleich zu der Überlassung des Kongostaates an Frankreich. Italien aber bei einer sich auf Afrika erstreckenden deutsch-russisch-französischen Verständigung außer Spiel zu lassen, würde in Rom nicht nur tief verstimmen, sondern könnte für den Bestand der Regierung und der Dynastie von unberechenbaren Folgen sein [2]). Holstein telegraphierte Bülow zurück, „daß es zunächst genüge, wenn Frankreich und Rußland sowie auch E n g l a n d wissen, daß wir gegen eine derartige Gruppierung keine prinzipielle und unüberwindliche Abneigung haben“ [3]).

In diesen Zusammenhang gestellt, war das Telegramm Kaiser Wilhelms II. an den Präsidenten Krüger am 3. Januar 1896 der sichtbare Ausdruck jener in ihr vollständiges Gegenteil gekehrten deutsch-englischen Entente von 1887. Was für die Eingeweihten längst nicht mehr verborgen war, das brachte für die Öffentlichkeit jenes Krügertelegramm. Es führte zu der allgemeinen Erkenntnis, daß in den Beziehungen Deutschlands und Englands ein grundsätzlicher Wandel eingetreten war.

Bei der ungeahnten Wirkung dieses verhängnisvollen Glückwunsches, bei den in England stattfindenden leidenschaftlichen antideutschen Kundgebungen war eine Fortsetzung des Holsteinschen Kontinentalligaplanes undenkbar [4]). Reichskanzler Fürst von Hohenlohe teilte Kaiser Wilhelm II. am 7. Januar 1896 mit: „Jede Initiative unsererseits ist zurzeit ausgeschlossen, wenn wir nicht in Gefahr geraten sollen, von Frankreich und

[1]) Gr. Pol. XI Nr. 71 Anmerkung.
[2]) Gr. Pol. XI Nr. 2642 (3. 1. 1896).
[3]) Gr. Pol. XI Nr. 2643 (3. 1. 1896).
[4]) Graf Hatzfeldt berichtete am 21. 1. 1896: Die „allgemeine Stimmung war eine solche, daß die Regierung, wenn sie ebenfalls den Kopf verloren oder aus irgend einem Grunde den Krieg gewünscht hätte, dabei die ganze öffentliche Meinung Englands hinter sich gehabt hätte“. Gr. Pol. XI Nr. 2636 (21. 1. 1896).

Rußland mehr und mehr gegen England vorgeschoben zu werden und uns zu isolieren“ [1]).

Überblicken wir die Ereignisse seit dem Juli 1895, so ist festzustellen, daß es in besonderem Maße die mit dem Teilungsplan Lord Salisburys verknüpfte zweideutige englische Politik war, die in Berlin zu den auch heute noch kaum begreiflichen Schritten führte. Fürst von Hohenlohe sprach sich am 11. Februar dahingehend aus: „Glaubte ich an die Möglichkeit, England ohne vorhergegangene schlechte Erfahrung schon jetzt zum Mitglied einer festgegliederten Gruppe zu machen, so würde die Haltung Deutschlands in der Transvaalfrage in einzelnen Punkten anders gewesen sein“ [2])!

Die englische Regierung hatte es verstanden, von Zeit zu Zeit in Deutschland, Österreich und Italien Hoffnungen und Erwartungen auf ein unbedingtes Zusammengehen in den großen politischen Tagesfragen zu erwecken. Da zu gleicher Zeit aber auch Maßnahmen erfolgten, die eine entgegengesetzte Deutung zuließen, englische Zeitungen und Zeitschriften inspirierte Veröffentlichungen brachten, die einen dreibundfeindlichen Standpunkt vertraten, und der Premierminister sogar selbst diese Ansicht zu teilen schien, zweifelte man in Berlin an der Folgerichtigkeit der englischen Politik [3]). Man hielt eine Erörterung über Bündnisfragen zwischen England und den Mittelmächten „bei der gegenwärtigen politischen Konjunktur für unfruchtbar“ und Versuche, „England zu einer festen Abmachung für den Kriegsfall zu bewegen“, für aussichtslos. Reichskanzler Fürst von Hohenlohe behielt mit dieser Voraussage recht [4]).

---

[1]) Vgl. den Erlaß Marschalls an den deutschen Botschafter in Petersburg, Fürsten von Radolin, vom 19. 1. 1896: „Der Gedanke, daß ein zeitweiliges Zusammengehen der Kontinentalmächte das beste Mittel sei, um die eine oder andere zwischen dem Kontinent und England anhängige Streitfrage womöglich ohne Krieg lediglich durch diplomatischen Druck zu erledigen, stellt sich als unpraktisch heraus angesichts der Haltung Frankreichs“. Gr. Pol. XI Nr. 2651 (19. 1. 1896).

[2]) Gr. Pol. XI Nr. 2800 (11. 2. 1896).

[3]) Siehe insbesondere den Artikel „The Foreign Policy of England“ in „The Fortnightly Review“ vom 1. Oktober 1895. Der österreichische Geschäftsträger in London Graf Wydenbruck war hiernach überzeugt, daß Lord Salisbury nicht mehr den Russen den Weg durch die Dardanellen versperren werde. Archiv Ausw. Amt. Graf Metternich an den Fürsten von Hohenlohe (11. 10. 1895). Kaiser Wilhelm II. erklärte am 25. Oktober 1895 zu Oberst Swaine: „Die eigentümlichen Artikel, die letzthin in England erschienen seien, hätten bei den Kontinentalmächten den Verdacht erweckt, England wolle seine Mittelmeerpolitik ändern“. Gr. Pol. XI Nr. 2579 (25. 10. 1895). Vgl. Gr. Pol. XII, 1 Nr. 2918 (27. 8. 1896).

[4]) Gr. Pol. XI Nr. 2660 (23. 1. 1896).

In Rom und Wien wußte man, daß die Ereignisse der letzten Zeit nicht nur die deutsch-englischen, sondern die Gesamteinstellung Großbritanniens zum Dreibund verändert hatten. Trotzdem wollte man in beiden Hauptstädten die Hoffnung nicht aufgeben, mit England neue und festere Bindungen einzugehen. Ministerpräsident Crispi sagte dem deutschen Botschafter am 23. Januar, daß er trotz der unfreundlichen Haltung Englands gegenüber Italien in Afrika die Engländer kaum entbehren könne, solange ihm Frankreich nicht wirklich versöhnt gegenüber stände [1]).

Ende Januar 1896 erfolgten daher Beratungen zwischen der österreichischen und italienischen Regierung, deren Ergebnis eine gemeinsame Demarche von Graf Deym und General Ferrero bei Lord Salisbury in den ersten Tagen des Februar war [2]). Für Österreich war der treibende Grund zu diesem Schritt das ungelöste Meerengenproblem und die Besorgnis vor einem russischen Vorstoß nach Konstantinopel. Italien hoffte, daß das noch nicht gekündigte Abkommen von 1887 in einen Bündnisvertrag umgewandelt werden könne, um gegenüber Frankreich und Rußland in der abessinischen Frage an England Rückhalt zu finden. Die englisch-französischen Verhandlungen, die Anfang Januar zu einer Einigung über die Siam- und Zeilafrage führten [3]), hatten nämlich in Rom große Besorgnis ausgelöst. Das Frankreich zugebilligte Zustimmungsrecht über einen Durchmarsch italienischer Truppen durch Zeila erschien Außenminister Blanc als eine Verleugnung der italienisch-englischen Solidarität. England sei vor Frankreich zurückgewichen. Für Italien aber bleibe die Verteidigung seiner Kolonie „eine unabweisbare Notwendigkeit". Die italienische Nation werde die wiederholt gemachten Erfahrungen nicht aus den Augen verlieren, heißt es in der Note an General Ferrero vom 2. Februar 1896, daß England bei jeder Gelegenheit auch die allerwesentlichsten Interessen Italiens Frankreich opfert. Wenn Italien nicht größere Garantien gegeben werden, wird es die Ereignisse, die sich im Orient abspielen könnten, als sekundäre betrachten

[1]) Archiv Ausw. Amt. Botschafter von Bülow an den Fürsten von Hohenlohe (23. 1. 1896).

[2]) Archiv Ausw. Amt. Bülow an den Fürsten von Hohenlohe (29. 1. 1896). Siehe Anhang Nr. 8. Gr. Pol. XI Nr. 2662 (27. 1. 1896).

[3]) Gr. Pol. XI Nr. 2683 (22. 2. 1896). Gr. Pol. XI Nr. 2753 (18. 12. 1895). Die „Cambridge History of British Foreign Policy" III. 199 nennt den Siamvertrag vom 15. 1. 1896 „one of the grateful concessions by which Lord Salisbury from time to time purchased the temporary goodwill of Great Britains neighbours and Rivals".

müssen, und eine italienisch-englische Kooperation wird dort dann nicht mehr zulässig sein [1]).

Weder das Angebot Österreichs, sich unbedingt einer Besetzung Konstantinopels durch die Russen widersetzen zu wollen, noch die italienischen Drohungen bewirkten bei Lord Salisbury eine Rückkehr zu der Politik von 1887. In seiner Unterredung mit Graf Deym am 8. Februar 1896 lehnte es der englische Ministerpräsident ab, eine Verpflichtung zum Schutze Konstantinopels gegen die Russen einzugehen. Er vertrete den Standpunkt, so erklärte er, daß England den Russen gewisse Konzessionen an den Meerengen einräumen könnte, d. h. die Öffnung der Dardanellen für die russische Flotte, wenn die englische Flotte ihrerseits das Recht erhalten würde, auf demselben Wege in das Schwarze Meer einzulaufen. Mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung könne die britische Regierung keinen Schritt zugunsten des Sultans tun. Der Vertrag von 1887 habe für ihn keine Gültigkeit mehr. Er erkenne allenfalls noch die Verpflichtung an, mit Österreich in einen neuen Gedankenaustausch zu treten [2]).

Damit hatte auch formell der Orientalische Dreibund aufgehört zu bestehen.

Das Ende dieses Vertrages bedeutete allerdings keinen sofortigen Bruch in den englisch-italienischen und englisch-österreichischen Beziehungen [3]). Als Graf Deym Anfang Februar 1897 wiederum die Dardanellenfrage mit Lord Salisbury besprach, betonte der englische Premierminister, „das Wiener Kabinett würde sehr unrecht haben, die Nichtbeteiligung Englands bei einem wegen der Meerengen entstehenden Konflikte schon heute als sicher anzusehen und dementsprechend seine Politik einzurichten" [4]).

Warum nun — so dürfen wir zum Schluß fragen — löste Lord Salisbury jene Bindungen, die bisher England, Österreich und Italien im Orientalischen Dreibund vereinigt hatten?

Wenn auch die damaligen Ansichten Lord Salisburys nur zum Teil bekannt sind, wird man nicht fehl gehen, die Ursache für Lord Salisburys Handlungsweise in der politischen Gesamtsituation zu suchen, wie sie ihm

---

[1]) Archiv Ausw. Amt. Note des italienischen Außenministers an den Botschafter in London. (2. 2. 1896). Siehe Anhang Nr. 9.

[2]) Gr. Pol. XI Nr. 2664 (8. 2. 1896). British Documents VIII. Memorandum von T. H. Sanderson. (22. 1. 1903).

[3]) Archiv Ausw. Amt. Hatzfeldt an das Auswärtige Amt (28. 2. 1896). Siehe Anhang Nr. 10. Vgl. den Leitartikel der Morningpost von (20. 2. 1896). Siehe Anhang Nr. 17.

[4]) Gr. Pol. XII, 1 Nr. 2938 (6. 2. 1897).

Ende 1895 und zu Anfang 1896 erschien. Wir wissen, daß Opportunismus und inneres Gleichgewicht wesentliche Charakterzüge Lord Salisburys waren. Nach dem Urteil keines Geringeren als des deutschen Botschafters, des Grafen Hatzfeldt, ließ der englische Minister sich bei diesen Eigenschaften durch eintretende äußere Schwierigkeiten niemals ernstlich beeinträchtigen. Er sei von sich überzeugt, daß es seinem erfinderischen Geiste niemals an Auswegen und Kombinationen fehlen werde, um England gegen alle denkbaren Gefahren zu decken [1]).

Seine türkische Teilungsplan-Politik hatte sich erfolgreich gezeigt: Der Block der Kontinentalmächte war zerfallen und wurde auch nicht durch Holsteins Bemühungen wieder auf die Beine gestellt. Noch entscheidender war für England, daß eine wirkliche Verständigung zwischen Deutschland und Rußland oder ein Wiederaufleben des Drei-Kaiser-Bündnisses nicht zu erwarten war [2]). England brauchte den Orientalischen Dreibund nicht mehr, um den Weg nach Indien zu schützen.

Man wird daher in der Kündigung des Orientalischen Dreibundvertrages bereits eine Vorbereitung des englischen Premierministers auf jene Politik zu sehen haben, die 1901 mit der Proklamierung der „Splendid Isolation" ihren prägnantesten Ausdruck gefunden hat [3]).

---

[1]) Gr. Pol. XII Nr. 3104 (20. 1. 1897).

[2]) Vgl. XI Nr. 2676 (5. 3. 1896). Fürst von Hohenlohe schrieb: „Ein Bündnis mit Rußland erstreben wir, wenigstens solange der Dreibund in seiner jetzigen Zusammensetzung fortbesteht, nicht. Insbesondere kann ein Drei-Kaiser-Bündnis wegen der Beziehungen Rußlands zu Frankreich für jetzt gar nicht in Frage kommen".

[3]) Graf Hatzfeldt berichtete am 29. Januar 1896 an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe: „Lord Salisbury schien sich vollkommen klar zu sein, daß die jetzige Politik zur Isolierung Englands geführt hat und führen mußte. Er sagte mit keinem Wort, daß er in dieser Hinsicht einen anderen Weg einschlagen wolle". Gr. Pol. XII, 1 Nr. 2888 (29. 1. 1896).

Nachwort.

Die vorliegende Schrift hat mit der Darstellung der Geschichte des Orientalischen Dreibundes gezeigt, wie sehr dieser Vertrag im Mittelpunkt des diplomatischen Geschehens Europas gestanden hat.

Zur Zeit Bismarcks ermöglichte diese durch die Tatkraft des Fürsten zustande gekommene Entente zwischen England, Italien und Österreich zusammen mit dem Rückversicherungsvertrag die westliche wie die östliche Orientierung der deutschen Politik. Das Vertrauen der englischen Regierung zu Bismarck und die Sicherheit, daß Deutschland nicht als Bundesgenosse Frankreichs oder Rußlands die Waffen gegen England erheben werde, führte zum Abschluß des Orientalischen Dreibundvertrages 1887. Seine Voraussetzung und seine Folge waren freundschaftliche und gute deutsch-englische Beziehungen, bei denen auch Italien und Österreich ihre Vorteile fanden. England hatte seine traditionelle Gleichgewichtspolitik in Europa aufgegeben.

Wir mußten erkennen, wie mit der Entlassung des Fürsten Bismarck und dem Zerreißen des Drahtes nach Petersburg sich auch allmählich die Fäden zwischen England und den Zentralmächten lockerten. Der Schwerpunkt der europäischen Politik lag nicht mehr in Berlin. Wenn es auch in der Öffentlichkeit schien, als habe Großbritannien nach 1890 den Anschluß an den Dreibund vollzogen, so zeigten die Ereignisse vom Sommer 1891, wie England auch mit Frankreich und Rußland bessere Beziehungen unterhalten wollte. Je mehr General von Caprivi auf deutscher und Ministerpräsident Crispi auf italienischer Seite gegenüber der in Toulon 1893 in Erscheinung getretenen französisch-russischen Verbrüderung Großbritannien an das System kontinentaler Garantien fesseln wollten, umso zurückhaltender wurde man in London. Weltpolitik und Imperialismus ließen in England vor allem unter dem liberalen Ministerium Lord Roseberys die Rücksicht auf europäische Vorgänge zurücktreten. Daher scheiterten die österreichischen Versuche, England bei einer eventuellen russischen Besetzung Konstantinopels und der Meerengen zur militärischen Gegenoffensive zu verpflichten. Koloniale Streitfragen, die deutscherseits in anderer Weise wie zu Zeiten Bismarcks in den Vordergrund des politischen Interesses gestellt wurden, führten zu derartigen Spannungen, daß England in der armenischen Frage 1894 das Programm von 1887 nicht zur Grundlage seines Handelns machte.

Es wurde im Verlauf der Darstellung ausgeführt, wie sehr Deutschland, Österreich und Italien von dem wiedergewählten konservativen Kabinett Lord Salisburys die Rückkehr der englischen Politik zu den Abmachungen von 1887 erwarteten. Sie waren bitter enttäuscht, als England nicht geneigt war, ihnen zu helfen. Großbritannien sah sich bei seinen weltpolitischen Gegensätzen zu Frankreich und Rußland und vor allem angesichts des Zusammengehens Deutschlands mit dem Zweibund im chinesisch-japanischen Krieg vor einer Kombination der drei Großmächte des europäischen Festlandes. Bis dahin hatte sie als unmöglich gegolten. Lord Salisbury, der sich zudem von persönlichen Abneigungen gegen Kaiser Wilhelm II. leiten ließ, betrachtete es im Juli 1895 als seine Aufgabe, diese Front zu durchbrechen und zu der alten europäischen Gleichgewichtspolitik zurückzukehren. Das gelang dem englischen Minister mit Hilfe seines sogenannten „Türkischen Teilungsplanes". Wenn auch hiermit eine grundsätzliche Änderung der englischen Politik in Nahen Orient nicht eintrat und Lord Salisbury kaum daran dachte, eine wirkliche Aufteilung der Türkei vorzunehmen, so erreichte er mit dem Teilungsplan die Spaltung des kontinentalen Blocks und machte eine deutsch-russische Verständigung über orientalische Fragen unmöglich. Zugleich bewies Lord Salisbury mit seinen Anregungen, daß für ihn von nun an der Orientalische Dreibund keine Bedeutung mehr hatte. Der scharfe Gegensatz zu Rußland in Konstantinopel, die Entrüstung des englischen Volkes über die blutigen Aufstände in der Türkei, für die es den Sultan verantwortlich machte, und die Unsicherheit, ob Deutschland bei einem Konflikt im Nahen Osten nicht doch wie in Tokio mit dem Zweibund zusammengehen werde, bestimmten den englischen Minister, den Vertrag zur Aufrechterhaltung des Status quo im Mittelmeer und den angrenzenden Gebieten zu kündigen. Trotz wiederholter Bemühungen Österreichs und Italiens, England zum Festhalten an dem Abkommen von 1887 zu veranlassen, erfolgte die formelle Absage Englands im Februar 1896, als Deutschland wiederum einen Kontinentalblock gegen England zu schaffen versuchte und das Krügertelegramm aller Welt den Wandel in den deutsch-englischen Beziehungen enthüllte.

Nach den Erfahrungen, die Deutschland zu Beginn des Weltkrieges machen mußte, ist es zu bedauern, daß die Überschätzung der eigenen Kraft die Männer des „Neuen Kurses" in dem Orientalischen Dreibund um die Mitte der 90er Jahre nicht jene Verbindung zwischen Deutschland und England sehen ließ, die besonders zu pflegen war, und daß sie die mannigfachen Streitfragen mit England nicht dem Gesichtspunkt unter-

ordneten, einer künftigen Isolierung Deutschlands in der Welt unter allen Umständen vorzubeugen. Freilich darf man dabei nicht vergessen, daß für die damaligen deutschen Diplomaten weder die Gefahr einer Verständigung Englands mit Frankreich und Rußland, also eine vollständige Einkreisung Deutschlands drohend erschien, noch daß sie in dem Aufhören des Orientalischen Dreibundvertrages eine Einbuße an Macht und an Ansehen des deutschen Reiches erblickten.

Quellen und Literatur.

I. Quellen.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette (1871—1914). Hg. von Lepsius, Mendelssohn-Bartholdy und Thimme. Berlin 1922 ff.

British Documents on the Origins of the War (1898—1914). Ed. by G. P. Gooch and H. Temperley. London 1927 ff.

Documents Diplomatiques Français (1871—1914). I. Série Tome 6. Hg. von der Commission de Publication des Documents relatifs aux Origines de la Guerre de 1914. Paris 1930.

Troisième Livre Jaune Français. (1890—1918) L'Alliance Franco-Russe. Paris 1918.

Zur Europäischen Politik. Belgische Gesandschaftsberichte zur Entstehungsgeschichte des Zweibundes. Hg. von B. Schwertfeger. Band 5. „Revanche-Idee und Panslavismus", bearb. von W. Köhler, Berlin 1919.

A. F. Pribram: „Die Politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns" (1879—1914). Wien 1920.

British and Foreign State Papers. London 1887 ff.

Hansard Parliamentary Debates aus den Jahren 1887—1896.

The Annual Register, 1887 ff.

Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1887 ff.

Das Staatsarchiv. Bd. 50 ff.

Memoiren und Briefwechsel.

Asquith, H. H. „Memoirs and Reflections" 1852—1927. 2 Bd. London 1928. „The Genesis of the War" London 1923.

Barclay, Sir Th. „Thirty Years Anglo-French Reminiscences" 1876—1906. London 1914.

Beresford, Admiral Lord Ch. „Memoirs" 2 Bd. London 1914.

Billot, A. „La France et l'Italie. Histoire des années troublées 1881—1899". 2 Bd. Paris 1905.

Bismarck, Fürst Otto von „Gedanken und Erinnerungen" Ges. Werke Bd. XV.

Blunt, W. S. „My Diaries“ II. Bd. 1888—1914 London 1920.
Cecil, Lady Gwendolen „The Life of Robert Marquis of Salisbury“. 4 Bd. Insbesondere Band IV London 1932.
Chirol, V. „Fifty Years in a Changing World“ London 1927.
Churchill, W. Sp. „Lord Randolph Churchill“ 2 Bd. London 1906.
Corti, E. C. „Alexander von Battenberg“ Wien 1920.
Crewe, K. G. Marquess of „Lord Rosebery“ 2 Bd. London 1931.
Crispi, Fr. „Politica Estera“ Hg. v. T. Palamenghi-Crispi Milano 1912. (Deutsche Ausgabe von Wichmann, Berlin 1912). „Politica Estera“ 2. erweiterte Auflage Bd. I. Milano 1919, zitiert mit Crispi I. „Questioni Internazionali“ Hg. v. T. Palamenghi-Crispi, Milano 1913. „La Prima Guerra d'Africa“ Hg. v. T. Palamenghi-Crispi, Milano 1914.
Cromer, Earl of „Modern Egypt“ 2 Bd. London 1908. „Abbas II“ London 1915.
Drummond-Wolff, Sir Henry „Rambling Recollections“ 2 Bd. London 1908.
Eckardstein, Frh. H. v. „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“ 3 Bd. Leipzig 1919/21.
Edwards, H. S. „The Life of Sir William White“ 2 Bd. London 1902.
Eulenburg-Hertefeld, Fürst Philipp zu „Aus Fünfzig Jahren“ Berlin 1923. „Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld“ Hg. v. Joh. Haller, Berlin 1924.
Freycinet, Charles de „Souvenirs“ 1878—1897. Paris 1913 „La Question d'Egypte“ Paris 1905.
Friedrich, Kaiserin „Letters“ Ed. by F. Ponsonby London 1928.
Gardiner, A. G. „The Life of Sir W. Harcourt“ Bd. II. 1886—1904 London 1923.
Garvin, J. L. „The Life of Joseph Chamberlain“ Bd. II (1932) Bd. III (1934) London.
Giolitti, G. „Denkwürdigkeiten meines Lebens“ Deutsche Ausgabe v. L. Stein Stuttgart 1923.
Goetz, W. „Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914“. Berlin 1920.
Grey, Viscount of Fallodon. „Twenty-Five-Years“ 1892—1916. London 1925. Deutsche Ausgabe, München 1926.

Gwynn-Tuckwell, St. „The Life of Sir Charles Dilke" 2 Bd. London 1917.

Hamilton, Lord G. „Parliamentary Reminiscences and Reflections" Bd. II. 1886—1906. London 1922.

Hoffmann, H. „Fürſt Bismarck" 1890—1898. 2 Bd. Stuttgart 1913.

Helfferich, K. „Georg von Siemens" Bd. III. Berlin 1923.

Hohenlohe, Fürſt von „Denkwürdigkeiten" 2 Bd. Leipzig 1906. III. Bd.: „Denkwürdigkeiten aus der Reichskanzlerzeit" Hg. v. K. A. v. Müller, Stuttgart-Berlin 1931.

Ismail Kemal Bey, „Memoirs" London 1920.

Kiderlen-Wächter, „Der Staatsmann und Menſch". Hg. v. E. Jäckh. 2 Bd. Stuttgart 1924.

Lamsdorff, V. N. „Tagebuch" 1886—1892. Moskau 1934.

Lee, Sidney „King Edward VII". 2 Bd. London 1925/26.

Lyall, Sir A. „The Life of the Marquis of Dufferin and Ava" Bd. II London 1905.

Meyendorff, Alex. „Correspondance diplomatique de Baron de Staal" Bd. II. 1884—1900. Paris 1929.

Morley, „The Life of Gladstone" Bd. III. London 1903. „Recollections and Diaries" Bd. II. London 1917.

Newton, Lord P. C. „Lord Lansdowne" A Biography, London 1929.

Nicolson, H. „Lord Carnock" London 1930.

Pückler, Karl Graf v. „Aus meinem Diplomatenleben" 1934.

Rodd, J. Rennell „Social and Diplomatic Memoirs" 1884—1901 London 1922/5.

Radowitz, M. v. „Aufzeichnungen und Erinnerungen des Botſchafters" Hg. v. H. Holborn. 2 Bd. Stuttgart 1925.

Ronaldshay, Earl of „Life of Lord Curzon" 2 Bd. London 1928.

Rawson, G. „The Life of Admiral Sir H. Rawson" London 1914.

Schweinitz, General v. „Denkwürdigkeiten des Botſchafters" Bd. II. 1927. „Briefwechſel", Berlin 1928.

Victoria, „Letters of the Queen" Ed. by G. Buckle. Series III. Bd. I. 1886—1890. (1930) Bd. II. 1891—1895 (1931) Bd. III. 1896—1901. (1932).

Waldersee, Generalfeldmarſchall A. Graf „Denkwürdigkeiten". Hg. v. H. O. Meißner Bd. II. Stuttgart 1923. „Briefwechſel" (1886—1891) Stuttgart 1928.

Zeitgenössische Broschüren und Zeitschriften.

Anonym: „The Foreign Policy of Lord Rosebery“ in Contemporary Review, August 1901.
Anonym: „The Marquis of Salisbury“ in Quaterley Review, Oft. 1902.
Dilke, Sir Ch. „The Present Position of European Politics“ London 1887.
Dilke, „The Conservative Policy“ in Fortnightly Review, Januar 1892.
Curzon, Lord G. N. „India between two Fires“ in Nineteenth Century, August 1893.
Giacometti, „Cinq Mois de Politique Italienne“ in Revue des Deux Mondes. 15. 9. 1891.
The Times.

II. Darstellungen.

Anderson, F. M. and Hershey, A. S. „Handbook for the Diplomatic History of Africa“. 1870—1914. London 1918.
Auffermann, M. L. „Der persönliche Anteil der Kaiserin Friedrich an der deutschen Politik“. Münster 1931.
Beazley, R. C. „Das deutsche Kolonialreich, Großbritannien und die Verträge von 1890“. Berliner Monatshefte, Mai 1931.
„Britain and Germany in the Salisbury-Caprivi Era“ Berliner Monatshefte, Oktober 1934.
Banze, A. „Die Deutsch-Englische Wirtschaftsrivalität 1897—1907“ Berlin 1935.
Becker, O. „Bismarcks Bündnispolitik“ Berlin 1923.
„Das französisch-russische Bündnis“ Berlin 1925.
„Bismarck und die Aufgaben der deutschen Weltpolitik“ in der Delbrückfestschrift „Am Webstuhl der Zeit“ Berlin 1928.
Boveri, M. „Sir E. Grey und das Foreign Office“ Berlin 1933.
Brandenburg, E. „Von Bismarck zum Weltkrieg“. Berlin 1925.
„Lord Rosebery“, in „Kriegsschuldfrage“, Bd. X. 1932.
Butterfield, P. K. „The Diplomacy of the Bagdad Railway“ 1890—1914. Göttingen 1932.
Cambridge History of British Foreign Policy. Ed. by A. W. Ward and G. P. Gooch. Bd. III. 1866—1919. 1923.
Cecil, A. „British Foreign Secretaries 1807—1916“ London 1927.
Cilibrizzi, S. „Storia Parlamentare, Politica e Diplomatica d'Italia“ Bd. II. 1870—1896. Rom 1925.

Croce, B. „Geschichte Italiens" 1871—1915. Berlin 1928.
Debidour, „Histoire Diplomatique de l'Europe" Paris 1916.
Dietrich, R. „England und Italien" in Historische Vierteljahrschrift Bd. 29. 1935.
Duden, W. „Die Wurzeln des deutsch-englischen Gegensatzes". Hamburg 1933.
Daniels, E. „Englische Staatsmänner von Pitt bis Asquith und Grey" Berlin 1925.
Earle, E. M. „Turkey, the Great Powers and the Bagdad Railway" New York 1923.
Fester, R. „Das angebliche Bündnisangebot Englands von 1895" in Grenzboten 80. Jahrgang 1921.
Fischer, E. „Der Sinn der russisch-französischen Militärkonvention" Preuß. Jahrbücher Bd. 192. 1923.
Franke, O. „Die Großmächte in Ostasien 1894—1914". 1923.
Frankenberg, R. „Die Nichterneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages". Berlin 1927.
Frantz, G. „Die Meerengenfrage in der Vorkriegspolitik Rußlands". Deutsche Rundschau. Februar 1927.
Friedjung, „Das Zeitalter des Imperialismus", Bd. I. 1919.
Fuller, J. N. „Bismarck's Diplomacy at its Zenith" Cambridge 1922.
Giffen, M. B. „Faschoda". The incident and its diplomatic setting. Chicago 1931.
Grüning, J. „Die russische öffentliche Meinung" 1878—1894. Berlin 1929.
Halévy, E. „Histoire du Peuple Anglais au XIXe siècle". Épilogue Bd. I. 1895—1914 Paris 1926.
Hallberg, Ch. W. „The Suez Kanal, its history and diplomatic importance" New York 1931.
Hallmann, H. „Krügerdepesche und Flottenfrage" Berlin. 1927.
Hanotaux, G. „La Prétendue Conjuration Franco-Russe" in Revue des deux mondes, 15. 1. 1928.
Hauser, H. „Histoire Diplomatique de l'Europe" 1871—1914. Bd. I. 1929.
Headlam-Morley, Sir J. „The Black Sea, the Bosphorus and the Dardanelles" in Studies in Diplomatic History London 1930.
Herrmann, W. „Dreibund, Zweibund, England" 1890—1895. Stuttgart 1929.

Hoernigk, R. „Italien zwischen Frankreich und dem Dreibund 1890—1906" Berlin 1931.
Horsch, W. „Unstimmigkeiten im deutch-österreichischen Bündnis 1888/9" Tübingen, 1932.
Holborn, H. „Deutschland und die Türkei 1878—1890" Berlin 1926.
Hoyos, H. „Der deutsch-englische Gegensatz und sein Einfluß auf die Balkanpolitik Österreich-Ungarns". 1922.
Hoffmann, R. J. S. „Great Britain and the German Trade Rivalry 1875—1914" Philadelphia 1933.
Ibbeken, R. „Das außenpolitische Problem Staat und Wirtschaft in der deutschen Reichspolitik 1880—1914". München 1928.
Italicus, (Dr. E. Berger) „Italiens Dreibundpolitik" Berlin 1928.
Japikse, N. „Europa und Bismarcks Friedenspolitik" 1927.
Kennedy, A. L. „Old Diplomacy and New" 1876—1922. London 1922.
Kleine, M. „Deutschland und die ägyptische Frage 1875—1890". Greifswald 1927.
Koerlin, K. „Zur Vorgeschichte des russisch-französischen Bündnisses 1879—1890" Halle 1926.
Kossatz, H. „Untersuchungen über den französisch-englischen Weltgegensatz im Faschodajahr 1898" Breslau 1934.
Lange, K. „Bismarcks Sturz und die öffentliche Meinung in Deutschland und im Ausland" 1927.
Langer, W. L. „European Alliances and Alignments" 1871—1890. New York 1931. (Zitiert mit Langer I.) „The Diplomacy of Imperialism" 1890—1902 Bd. I, 1890—1898. New York 1935. (Zitiert mit Langer II.)
Langer, W. L. „The Franco-Russian Alliance" 1890—1894. Cambridge, Mass. 1929.
Lindow, E. „Freiherr Marschall von Bieberstein als Botschafter in Konstantinopel 1897—1912". Berlin 1934.
Lovell, R. T. „The Struggle for South Africa" 1875—1899. New York 1934.
Malzkorn, K. „Die deutsche Balkanpolitik in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts" Köln 1932.
Marriott, Sir J. A. R. „Queen Victoria and her Ministers" London 1923. „Modern England" 1885—1932. London 1934.
Mc Cordock, R. St. „British Far Eastern Policy" 1894—1900 New York. 1931.

Medlicott, W. N. „The Mediterranean Agreements of 1887" in Slavonic Review Bd. V. Juni 1626. „Lord Salisbury and Turkey" in History Bd. XII. Oktober 1927.

Meinecke, Fr. „Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems" 1890—1901. München-Berlin 1927. „Zur Geschichte der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1901" in Delbrückfestschrift: „Am Webstuhl der Zeit" 1928.

Meyer, A. O. „Bismarcks Orientpolitik" Festrede zum 18. 1. 1925. Göttingen 1925.

Michon, G. „L'Alliance Franco-Russe" 1891—1917. Paris 1927.

Mommsen, W. „Die letzte Phase des britischen Imperialismus auf den amerikanischen Kontinenten 1880—1896" Leipzig 1933.

Oncken, H. „Das deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges" 2 Bd. Leipzig 1933.

Peters, M. „Die Meerengen und die europäischen Großmächte 1890—1895". Erlangen 1932.

Pigli, M. „L'Etiopia Moderna nelle sue Relazioni Internazionali 1895—1931" Rom 1933.

Plehn, H. „Bismarcks Auswärtige Politik nach der Reichsgründung" 1920.

Preller, H. „Zur Entstehungsgeschichte des Zweibundes 1890—1894". Archiv für Politik und Geschichte Bd. II 1924. „Der russisch-französische Zweibund". Ebenda Bd. III. 1925. „Salisbury und die türkische Frage" Stuttgart 1930. „Englands Weltpolitik als Gleichgewichtspolitik" Berlin 1935.

Renouvin, P. „Les Engagements de l'Alliance Franco-Russe" in Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale Okt. 1934.

Ritter, G. „Bismarcks Verhältnis zu England und die Politik des Neuen Kurses" Berlin 1924.

Rothfels, H. „Bismarcks englische Bündnispolitik" Berlin 1924. „Zur Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik". Archiv für Politik und Geschichte. Bd. IV. 1926. „Das Wesen des russisch-französischen Zweibundes." Ebenda Bd. III. 1925.

Salvati, C. „La politica Inglese in Etiopia e l'Accordo Anglo-Italiano" Politica Juni 1926.

Schinner, W. „Der österreichisch-italienische Gegensatz auf dem Balkan und an der Adria" Stuttgart 1936.

Schönberg, A. v. „Um den Twopowerstandard" 1880—1895. 1933.

Schünemann, K. „Die Stellung Österreich-Ungarns in Bismarcks Bündnispolitik." 1926.

Seton-Watson, R. W. „Disraeli, Gladstone and the Eastern Question" London 1935.

Shatzky, B. „La Question de Constantinople et les Détroits" in Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale Oktober 1926, Januar 1927.

Sontag, R. J. „The Cowes Interview and the Krüger Telegramm" in Political Science Quaterly Juni 1925.

Spender, J. A. „Fifty Years of Europe" A Study in Pre-War Documents. London 1933.

Stieve, Fr. „Deutschland und Europa 1890—1914" Berlin 1928.

Thimme, Fr. „Die Krügerdepesche", Europäische Gespräche Bd. II. 1924.

Tyler, M. W. „The European Powers and the Near East 1876—1908" Mineapolis 1925.

Trützschler v. Falkenstein, „Bismarck und die Kriegsgefahr des Jahres 1887". Berlin 1924.

Übersberger, H. „Die Dardanellenfrage als russische Schicksalsfrage". Wien 1930.

Wahl, A. „Deutsche Geschichte" Bd. III. 1932.

Whates, H. „The Third Salisbury Administration" (1895—1900) London 1900.

Windelband, W. „Grundzüge der Außenpolitik seit 1871". Berlin 1933. „Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit" Essen 1936. „Gestalten und Probleme der Außenpolitik" Essen 1937.

Wolf, M. L. „Botschafter Graf Hatzfeldt" München 1935.

Work, P. „Ethiopia, a Pawn in European Diplomacy" New York 1935.

Zühlke, H. "Die Rolle des Fernen Ostens in den politischen Beziehungen der Mächte" Berlin 1929.

Anhang.

I. Aus den Akten des Auswärtigen Amtes.

Nr. 1.

Aus dem Privatschreiben des Grafen Kalnoky an Freiherrn von Calice [1].

Abschrift. Wien, den 9. September 1887.

Nachdem es uns im Verein mit Deutschland gelungen war, einen gemeinsamen Boden für eine Politik des Friedens und der Erhaltung des Status quo zu finden, auf den sich auch Italien stellen konnte, und nachdem Letzteres in dieser Richtung vertragsmäßig gebunden worden war, mußte speziell das österreich-ungarische Kabinett bestrebt sein, zur Erweiterung und Stärkung einer analogen Mittelmeer- und Orientpolitik auch England zu gewinnen, dessen wohlverstandene Interessen zweifellos in derselben Richtung liegen. Die Schwierigkeit für England, sich in irgendein geheimes Bündnis einzulassen, macht es von vornherein klar, daß zu diesem Zweck ein anderes und weniger formelles Band gefunden werden mußte, als dies ein eigentlicher Vertrag ist. Wir kamen überein, daß es vorläufig genügen würde, die allgemeinen Basen und die Richtung der zu befolgenden Politik festzustellen und durch einen Austausch von geheimen Noten in formeller Erklärung das Einverständnis mit diesen Ideen und Zielen, sowie den festen Willen der Kabinette, gemeinsam in diesem Sinne zu handeln, festzustellen. Dies geschah zunächst zwischen Italien und England, und es erfolgte hierauf unser Zutritt durch einen ähnlichen Schriftwechsel.

Nr. 2.

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Rom Graf Solms zu Sonnenwalde.

Nr. 345. Konzept. Berlin, den 20. November 1887.

Pp. Der Sultan ist nur zu geneigt, in unverfänglichen Worten und Handlungen Hintergedanken zu suchen, und es fehlt in Konstantinopel nicht an Leuten, die den Hang des Sultans zu Mißtrauen auszubeuten wissen.

[1] Dieses Schreiben wurde am 20. Oktober 1887 dem Staatssekretär Grafen Herbert von Bismarck übergeben.

zunächst namentlich gegen Italien, aber auch gegen Österreich und England. Die letzte Probe davon haben wir gelegentlich der Turiner Rede des Herrn Crispi erlebt: die bei richtiger Interpretation ganz unverfängliche Stelle über die bestehenden vier Nationalitäten auf der Balkanhalbinsel war dem Sultan in dem falschen Sinn hinterbracht worden, als ob der italienische Minister die Gründung einer albanesischen oder macedonischen Autonomie anstrebe. Man findet leicht Anklang und Glauben beim Sultan, wenn man ihm von den Wünschen Italiens auf Tripolis und Albanien spricht und es als einen der Zwecke der Entente à trois hinstellt, diesem dort die Herrschaft zu sichern, wie den Österreichern in Bosnien und den Engländern in Ägypten und Cypern. Wenn der Argwohn des Sultans in dieser Richtung Wurzel faßt und von gegnerischer Seite geschickt ausgebeutet wird, so liegt für ihn die Erwägung, obwohl sie falsch ist, nahe, daß Rußland sich wohlfeiler mit ihm arrangieren würde als die Mittelmeermächte. Wenn keine positiven Versuche gemacht werden, um diesen falschen Voraussetzungen den Boden zu entziehen, so wird der Sultan russischen Lockungen oder Drohungen auf die Dauer nicht widerstehen, indem er unter den Einfluß der falschen Vorstellung kommt, daß es die österreich-italienischen Gruppe auf eine weitere Zerstückelung der Türkei, Rußland aber nur auf die Unabhängigkeit unter Erhaltung des Sultanats abgesehen habe. Wenn der Sultan zu einer Entscheidung gedrängt wird, so kann die Hauptfrage für ihn immer nur sein, die Garantie dessen zu gewinnen, was er noch hat. Man sollte ihm deshalb seitens der Mittelmeermächte gewissere Garantien bieten. Vor seiner Furcht, daß die Mittelmeermächte weitere Schmälungen des Osmanischen Reiches beabsichtigen, kann er nur dadurch befreit werden, daß man ihm bindende Zusicherungen macht in Betreff der Erhaltung und Gewährleistung seines gegenwärtigen Besitzstandes. Dazu würde Rußland gegen bloße Einräumung einer festen Stellung zum Verschluß der Meerengen wahrscheinlich bereit sein.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, die vorstehenden Erwägungen Herrn Crispi gegenüber vertraulich und vorsichtig verwerten zu wollen. Nur für Ew. pp. p e r s ö n l i c h bemerke ich noch Folgendes:

Die Italiener machen meines Erachtens einen Fehler, indem sie zu offen erkennen lassen, daß sie, oder wenigstens einige Parteien im Lande, gewisse Gebietsteile der Türkei (Tripolis, Albanien, die Küste des Roten Meeres), als in ihrer Interessensphäre erachten. Man spricht und schreibt in Italien zuviel von den „afrikanischen Interessen", von Kompensationen für Tunis, von „historischen Rechten" auf Albanien

und dergleichen, als daß es nicht ganz natürlich wäre, wenn sich das Mißtrauen des Sultans immer wieder und im wachsenden Maße gegen jenes Land kehrt. Die italienische Politik würde meines Erachtens am weisesten handeln, wenn sie alles daran setzte zunächst den Sultan durch Beseitigung seines Mißtrauens und durch Schonung seiner Empfindlichkeit fest auf die eigene Seite zu ziehen. Die etwaigen italienischen Aspirationen werden doch erst nach der Besiegung Rußlands verwirklicht werden können. Diese aber ist leichter mit Hülfe der Türkei als wenn Letztere durch die Haltung der Mittelmeermächte auf die russische Seite getrieben wird.

Nr. 3.

Aufzeichnung des Gesandten von Kiderlen [1]).

Konzept. Berlin, den 26. März 1894.

Nach der Aufzeichnung vom 8. März 1894 hat der Herr Reichskanzler dem österreichischen Botschafter mitgeteilt, daß Versuche einer Verständigung zwischen England und Österreich über Mittelmeerfragen uns willkommen seien. (Wenngleich der Herr Reichskanzler am Erfolge zweifle.) Zugleich hat aber auch der Herr Reichskanzler ausdrücklich erklärt, daß auf eine Pression unsererseits Frankreich gegenüber, um dieses von einer Teilnahme an Mittelmeerkonflikten fern zu halten, nicht zu rechnen sei.

Es hat dem entsprochen, wenn die Londoner Pourparlers zwischen dem österreichischen Botschafter und Lord Rosebery sich lediglich auf die Stellung Österreichs und Italiens zu den Meerengenfragen bezogen haben. Ob Österreich an der speziellen Meerengenfrage ein direktes Interesse hat, und welches ist seine Sache. Es wird nur von uns als wünschenswert betrachtet werden können, wenn sich Österreich für seine wirklichen oder vermeintlichen Interessen an den Meerengen nach gleich interessierten Mächten umsieht und mit diesen über einen modus procedi für die verschiedenen möglichen Fälle verhandelt. Dies hat der Herr Reichskanzler in bundesfreundlicher loyaler Weise dem Herrn von Szögyeny bereits gesagt.

Es muß aber befremden, wenn in der Aufzeichnung des Grafen Kalnoky plötzlich — als selbstverständlich — an Stelle der eine Verständigung mit England suchenden zwei Mächte der Dreibund gesetzt wird.

[1] Diese Aufzeichnung bildete die Grundlage für den Erlaß des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt vom 28. März 1894, gedruckt: Gr. Pol. IX Nr. 2153.

Graf Kalnoky geht soweit, daß er (letzte Stelle seiner Aufzeichnung) [1]) verlangt, der Dreibund solle seine Stellung zu den Meerengenfragen präzisieren.

Der Vorschlag des Grafen Kalnoky läuft darauf hinaus: Wir, der Dreibund, verpflichten uns zu einer ganz bestimmten Marschroute, eine Marschroute, die uns direkt zum Krieg mit Frankreich, also zum Einsetzen unserer letzten Kräfte führen kann, auf ein Signal von England hin. Ob und wann England das Signal geben will, liegt ausschließlich in seinem Belieben. England gibt keinen Fall an, in dem es das Signal geben muß. Wir aber sind verpflichtet, sobald das Signal von England gegeben wird, den vorher „präzisierten" Marsch anzutreten, der uns, wie gesagt, bis zum Kriege führen kann.

In der Aufzeichnung des Herrn Reichskanzler ist bereits ausgeführt, wie dies uns zum Krieg nach zwei Fronten, dem für uns unerwünschtesten Fall, bringen kann. Daß dem so sein würde, wird beim Eingehen auf die Vorschläge des Grafen Kalnoky noch besonders wahrscheinlich. Wir wissen nicht, ob und welche Abmachungen zwischen Frankreich und Rußland bestehen. Bestehen überhaupt welche, so ist das Minimum die Zusicherung der Hülfe im Falle des Angegriffenwerdens. Aber gerade durch die von Graf Kalnoky vorgeschlagene vorherige „Präzisierung" unserer Haltung im Falle eines russisch-englischen Konflikts um die Meerengen, dessen Herbeiführung oder Vermeidung Englands Ermessen überlassen bliebe, würden wir eventuell zu einem Angriff auf Frankreich gezwungen.

Der historische Hergang, wie Graf Kalnoky zu seinem Verlangen gekommen, ist einfach der: Bei den Besprechungen in London sagte Rosebery: „es wäre mir angenehm, wenn ich bei einem etwaigen Konflikt mit Rußland Rückendeckung gegen Frankreich hätte. Ob ich es zu einem solchen Konflikt kommen lasse, ist meine Sache". Da ein englisches Entgegentreten gegen russische Expansionsgelüste an den Meerengen dem Grafen Kalnoky für Österreichs Interessen erwünscht erscheinen mußte, will er nun dem Lord Rosebery die gewünschte Deckung gegen Frankreich zusichern und — da er dies selbst nicht kann — will er es auf unsere Kosten tun.

Dies steht ihm umso weniger an, als uns beim 1879er Vertragsabschluß Österreich die Kooperation gegen Frankreich verweigert hat. Wenn also unser Interesse uns zum Kampf mit Frankreich zwingt,

[1]) Siehe Gr. Pol. IX S. 139.

hilft uns Österreich nicht. Ist aber ein Kampf mit Frankreich für ein englisch-österreichisches Interesse erwünscht, so sollen wir von vornherein zum Fechten gegen Frankreich gezwungen sein.

Eine leichte und höfliche Ablehnung seiner Vorschläge gibt aber Graf Kalnoky uns selbst an die Hand, wenn er des längeren ausführt, daß alle die von ihm angeregten Fragen „nicht aktuell", und nur „theoretisch" seien. Damit werden diese Fragen Doktorfragen. Über solche uns in politicis auszusprechen, haben wir jederzeit abgelehnt.

Es ist übrigens auffallend, wie im Eingang der Kalnokyschen Aufzeichnung die Befürchtung unserer Annäherung an Rußland zum Ausdruck kommt, und wie sich das Bestreben zeigt, uns zu beweisen, er stehe jetzt ebenso gut mit den Russen, als wir. Darum stellt er unserem großen Handelsvertragswerk seinen kümmerlichen Meistbegünstigungsvertrag als gleichwertig an die Seite. Damit will er uns seine nachherigen Vorschläge mundgerecht machen, die uns in das kaudinische Joch der englischen Politik zwingen und damit jede politische Verständigung mit Rußland unmöglich machen sollen. Nicht ganz verständlich ist mir, in was das „große Vertrauen" besteht, das uns Lord Rosebery gezeigt haben soll (vorletzte und letzte Seite der Kalnokyschen Aufzeichnung). Lord Rosebery hat einfach das Verlangen gestellt, daß England der Rücken gegen Frankreich gedeckt werde im Fall eines englisch-russischen Konfliktes. Ob und unter welchen Umständen England überhaupt gesonnen ist, sich Rußland manu forti entgegenzustellen, darüber hat sich Lord Rosebery nicht einmal „theoretisch" ausgesprochen!

Nr. 4.

Der deutsche Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe.

Nr. 382. Ausfertigung. London, den 23. Mai 1895.

Die Regierung Lord Roseberys, welche seit ihrem Bestehen ein prekäres Dasein geführt hatte, scheint sich, wenn nicht alle Anzeichen täuschen, mit raschen Schritten ihrer Auflösung zu nähern. Während bisher die Gegner der liberalen Regierung verschiedene Male das nahe Ende derselben während der letzten zwei Jahre vergeblich voraussagten, indem sie sich darauf stützten, daß eine aus so verschiedenen Teilen zusammengesetzte Mehrheit keinen dauernden Bestand haben könne, ohne daß indessen diese Voraussetzungen in Erfüllung gegangen wären, sind allerdings in der letzten Zeit neue Momente hinzugetreten, welche auf eine baldige Auflösung schließen lassen.

Durch den Verlust verschiedener Nachwahlen ist die Regierungspartei wie es scheint, entmutigt, und die ohnehin geringe Majorität in der Kammer noch mehr herabgedrückt worden. Hierzu kommt, daß im Unterhause die Ansicht sich immer mehr verbreitet, daß es der Regierung nicht möglich sein werde, noch in dieser Session die Debatten über verschiedene wichtige Gesetzesvorschläge zu Ende zu führen und diese selbst an das Oberhaus gelangen zu lassen. Niemand ist hier darüber im Zweifel, daß die gegenwärtige parlamentarische Session eine unfruchtbare bleiben muß, da es bekannt ist, daß verschiedene Entwürfe, wie z. B. derjenige betreffend die Entstaatlichung der Kirche in Wales, auch wenn sie vom Unterhaus angenommen werden sollten, im Oberhaus ihre Ablehnung finden würden. Die Liberalen knüpfen jedoch hieran die Hoffnung, daß dann die langersehnte und bisher trotz aller Versuche nicht zustande gekommene Erbitterung im Volk gegen das Oberhaus eintreten würde, um daraufhin die Neuwahlen mit dem Motto „Abschaffung des Hauses der Lords" einleiten zu können. Nachdem nun aber auch diese Hoffnung durch das langsame Sich-Hinschleppen der Verhandlungen im Unterhause in immer weitere Ferne gerückt wird, scheint die Regierungspartei immer mehr an Mut und Tatkraft zu verlieren. Eine Beschleunigung der parlamentarischen Verhandlungen könnte unter den obwaltenden Verhältnissen nur durch Anwendung der „clôture" erzielt werden, was aber nach hiesigem parlamentarischen Gebrauch in Anbetracht der starken Opposition schwer durchzuführen sein dürfte.

Ein fernerer Grund für die Schwäche des Ministeriums liegt darin, daß eine Anzahl seiner Anhänger im Unterhaus beabsichtigen soll, sich nicht wieder wählen zu lassen. Diese Abgeordneten fühlen sich von Parteirücksichten mehr oder weniger befreit, und es kann ihnen daher nicht sehr darauf ankommen, ob ihnen der Vorwurf gemacht wird, durch Abstimmung die Regierung zu Fall gebracht zu haben.

Dieser allgemeine Eindruck der Schwäche und des Auseinanderfallens der liberalen Partei wird noch durch den Gesundheitszustand des Premierministers verstärkt, welcher es ihm, vielleicht nicht ganz unerwünschtermaßen ermöglicht, sich anscheinend von den Geschäften zurückzuziehen und die Partei ohne Führer ihrem Schicksal zu überlassen.

Aus allen diesen Symptomen setzt sich ein Gesamtbild zusammen, welches zeigt, wie das jetzige Ministerium nicht etwa über dem Kampf über eine große Frage, sondern an seiner eigenen inneren Unfähigkeit zugrunde geht [1]).

---

[1]) Hierzu bemerkte Kaiser Wilhelm II. eigenhändig: „Das ist schon lange der Fall".

Lord Salisbury kennzeichnet die Lage in einer gestern zu Bradford gehaltenen Rede treffend, indem er seine Anhänger ermahnt, sich jeden Augenblick bereit zu halten, um den Wahlkampf zu unternehmen. Ob die jetzige Regierung schon nach einigen Tagen oder erst nach einigen Monaten zu Falle kommen würde, könne niemand wissen. Er für seine Person könne nur im Interesse der konservativen Partei wünschen, daß die Regierung sich so lange wie möglich an die Macht klammere und in unfruchtbarem Bemühen „den Sand pflüge", da sich das Land dann umso stärker bei den Neuwahlen den Konservativen zuneigen werde.

Nr. 5.

Schreiben des deutschen Botschafters in London Grafen von Hatzfeldt an den Vortragenden Rat von Holstein.

Abschrift. London, den 27. Juli 1895.

Die Andeutung am Schluß des Telegramms Nr. 234, daß in Asien mehr Spielraum als im Mittelmeer, habe ich wohl verstanden. Dazu bemerke ich, daß nach meiner festen Überzeugung Salisbury dringend wünscht, daß die Russen sich in Ostasien festbeißen. Er hofft, daß ein großer Teil ihrer Kräfte dadurch von Europa abgezogen wird, und daß sie doch schließlich noch in einen Krieg mit Japan verwickelt werden. Glauben Sie mir, das ist sein innerster Gedanke. Gerade deshalb wird er ihnen nichts in Asien anbieten wollen, vielleicht auch weil er sich die Möglichkeit nicht abschneiden will, später, wenn es dazu käme, selbst Stellung nehmen zu können.

Dieser Weg zur Verständigung Englands mit Rußland (Anerbieten in Ostasien) fällt also fort. Noch weniger wird Salisbury den Russen andere territoriale Vorteile anbieten wollen. Das kann erst kommen, falls die Dinge sich wegen Armeniens so entwickeln, daß die Zerstückelung resp. Teilung der Türkei unvermeidlich erscheint. In diesem Fall würde Salisbury, wie ich glaube, nicht anstehen anzuerkennen, daß Rußland ein erheblicher Anteil gebührt. Ob es über die Frage, was jeder bekommen soll, nicht zum Bruch kommen wird, ist eine andere Frage, die hier zu weit führen würde.

In dieser Situation, die mit der Zeit oder auch über Nacht zu schwierigen Verwicklungen führen kann, befestige ich mich immer mehr in der Überzeugung, daß wir unsere Ellenbogen freihalten müssen, solange uns nicht von der einen oder der anderen Seite unsere Sicherheit gewährleistet und entsprechende Vorteile garantiert werden. Wollen die Russen dies tun, was ich bis jetzt durchaus nicht sehe, gut, mais

sans tergiversations und auf Stempelpapier. Will eine starke englische Regierung sich so zum Dreibund stellen, daß derselbe gegen alle Eventualitäten gesichert ist, auch gut. Bis dahin sollten wir meines Erachtens jetzt frei bleiben, unser Schwert eventuell in die Wagschale zu werfen, die uns und unseren eigenen Interessen am besten paßt.

Von diesem Gesichtspunkt aus würde ich dafür sein, daß wir uns auch an den weiteren Verhandlungen in Tokio möglichst wenig beteiligen. Si les choses se gatent, d. h. wenn die Japaner hartnäckig sind und die Russen unangenehm werden wollten, würde ich dafür plaidieren, daß wir uns allmählich ganz herausziehen, indem wir den Russen ganz freundlich überlassen, die Sache ganz nach ihren Wünschen zu ordnen, wozu sie namentlich mit den Franzosen lange stark genug sind.

Je mehr wir uns jetzt, wo einige dunkle Punkte am Horizont sind, zurückhalten, um so mehr wird man sich nach uns umsehen und sich fragen: was hat Deutschland vor und über wen wird es herfallen, wenn es zum Streit kommt?

Ich sehe nur ein Bedenken gegen diese Haltung, nämlich die Gefahr, daß die unbekannte Größe Goluchowski aus Angst oder Bosheit das Prävenire spielend sich mit Lobanow direkt über den Orient verständigte. Diese Gefahr, ob sie vorliegt, oder zu befürchten ist, weiß ich nicht, und danach muß man Ph. Eulenburg fragen — diese Gefahr müßten wir allerdings auf uns nehmen. Sie besteht kurz ausgedrückt, darin, daß Rußland uns dann nicht mehr braucht.

Bezüglich Italiens bleibe ich der Ansicht, daß wir — so unerfreulich diese ganze Gesellschaft ist — unser Möglichstes tun müssen, es beim Dreibund und England zu halten.

Nr. 6.

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe.

Nr. 194 Ausfertigung. Rom, den 5. Dezember 1895.

Ganz vertraulich.

Baron Blanc schrieb mir heute „à titre personnel“ und ganz vertraulich: „Des envois considérables d'armes et de munitions se continuent d'Anvers et de Marseille pour le Harrar et le Scioa. Nous les signalons en vain à Paris, d'où on a envoyé de l'argent ces jours-ci aux Abyssins avec conseils de guerre immédiate [1]). Maconnen,

[1]) Hierzu bemerkte Kaiser Wilhelm II. eigenhändig: „Das wäre doch stark“.

fort de la position maintenue contre nous par l'Angleterre à Zeila, sûr par là de n'avoir rien à craindre dans son Harrar, vient avec de grandes forces traiter avec Baratieri de paix ou guerre. Si c'est la guerre, l'indifférence de l'Angleterre pour une telle tentative de nous paralyser en ce moment en Orient achevra de nous éclairer sur la valeur des accords de 1887.

Ferrero, sans parler de la triple-alliance, qui en tous cas sera maintenue avec l'Allemagne, pourra faire comprendre que quant aux accords de 1887, s'ils continuent à rester lettre morte et à nous exposer à un ridicule que l'Italie peut moins supporter que l'Angleterre et l'Autriche en Orient, le moment approche où je devrai conseiller à Sa Majesté de chercher un ministre dont les précédents lui permettent de ne plus orienter sur Londres sa position dans la triple Alliance".

Ich erlaube mir zu diesem Brief meinerseits zu bemerken, daß die Hartnäckigkeit, mit welcher das Kabinett von St. James seit Monaten die italienischen Schmerzensschreie hinsichtlich Zeila und Harrar ignoriert, den ohnehin nicht sehr geduldigen Baron Blanc trotz meiner wiederholten Beschwichtigungsversuche allmählich einigermaßen aus dem Häuschen gebracht hat. Dazu kommt, daß die militärische Lage der Italiener in Erythräa neuerdings eine ungünstigere geworden zu sein scheint. Ich habe in meiner ehrerbietigen Berichterstattung öfters darauf hinweisen müssen, daß ernstliche Mißerfolge am Roten Meer nicht nur die Stellung der gegenwärtigen Regierung, sondern auch die monarchische Ordnung der Dinge in Italien gefährden könnten.

Der Schluß des Blancschen Briefes läßt wieder seine Ruhe vermissen, an welcher es dem italienischen Minister des Äußeren leider so oft fehlt. Der Gedankengang steht in Übereinstimmung mit dem, was mir Baron Blanc seit Jahr und Tag mehrfach gesagt hat. Seine Politik, erklärte mir der Minister bei verschiedenen Gelegenheiten, sei bei unerschütterlichem Festhalten an der Allianz mit Deutschland doch auf der Hoffnung basiert, daß England im Sinne der 1887er Abmachungen seine Stellung im Mittelmeer und Orient wie enge Fühlung mit Italien aufrecht erhalten werde. Stelle sich diese Hoffnung als eine Illusion heraus, so müsse Italien zwar nach wie vor im Dreibund bleiben, aber in Orient- und Mittelmeerangelegenheiten nicht mehr nach London, sondern so weit als möglich nach St. Petersburg gravitieren. Italien könne nur solange mit England gehen, als letzteres sich selbst treu bleibe. Er, Blanc, könne mit Rücksicht auf seine Vergangenheit einen solchen Frontwechsel nicht

wohl mitmachen. Er werde jedoch, wenn England endgültig versage, Seine Majestät den König Humbert bitten, die Leitung der auswärtigen Geschäfte dem Grafen Tornielli zu übertragen, welcher der Dynastie in altpiemontesischer Loyalität ergeben wäre, auch kein Gegner Deutschlands sei, aber von England nie etwas Tatsächliches erwartet und gegenüber Rußland stets Rücksichtnahme und Entgegenkommen gepredigt habe.

Ich habe Baron Blanc auch bei diesem Anlasse gesagt, daß er sich vor Übereilungen wie Übertreibungen hüten, nicht so oft und unvorsichtig seine Finger in das Räderwerk der geschichtlichen Entwicklung stecken und mehr auf die Wirkung der Zeit vertrauen möge, von welcher seine Landsleute mit Recht meinten, „che it tempo e galantuomo“ [1]).

Nr. 7.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen Hatzfeldt.

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein.

Nr. 1509. Berlin, den 14. Dezember 1895.

Zu dem heute an Ew. pp. gelangenden Bericht Nr. 192 des Botschafters in Rom [2]).

Die italienische Drohung, sich Rußland nähern zu wollen, falls England fortfährt, keine Befriedigung zu geben, hat manches Kindische. Italien ist heute durch Vertrag oder Interesse mit Deutschland, Österreich und England vereinigt. Von diesen drei Mächten haben zwei ein Interesse daran, Italien unvermindert zu erhalten, während die dritte Macht mit der Vergangenheit abgeschlossen und sich mit der gegenwärtigen Machtstellung Italiens befreundet hat.

Wenn Italien aus dieser Gruppe ausscheidet und sich als Vierter der anderen Gruppe — Rußland, Frankreich, Papst — anschließt, macht es einen schlechten Tausch, denn die bisherigen Freunde werden naturgemäß zu Gegnern, während von den Mitgliedern der anderen Gruppe zwei — Frankreich und der Papst — niemals sich wirklich aussöhnen lassen werden, weil die Existenz Italiens als solche ihnen im Wege ist. Daß man Italien, wie der [russische] Botschafter Blangaly das getan zu haben scheint, für den Übergang von einem Lager ins andere bedeutende Vorteile in Aussicht stellte, ist ebenso selbstverständlich, wie es wahrscheinlich ist, daß Italien, wenn es erst mal von seinen jetzigen Freunden losgelöst und schwächeres Mitglied der russisch-französisch-italienischen Gruppe ist,

[1]) Hierzu bemerkte Kaiser Wilhelm II. eigenhändig: „Richtig“.

[2]) Siehe Gr. Pol. X Nr. 2556 (3. 12. 1895).

nicht lange im Besitze seiner Vorteile bleiben würde. Denn die französische Geschichte von 1795 bis 1812 liefert Vorgänge in Menge dafür, daß der Schwächere überhaupt keinen festen Besitz hat.

Die vorstehend skizzierten Gesichtspunkte eignen sich höchstens zur gelegentlichen Erwähnung gegenüber dem italienischen Botschafter. Bei englischen Politikern wird vielleicht der Gedanke zu verwerten sein, daß das anglophilste Kabinett, welches Italien jemals hatte, anfängt, an der englischen Politik irre zu werden.

Ew. pp. wollen jedoch Ihre Äußerungen besonders nach der italienisch-österreichischen Seite so einrichten, daß unsere beiden Freunde daraus nicht Anlaß nehmen können, uns in die Mittelmeerabmachungen mit hinein zu bringen.

Nr. 8.

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe.

Nr. 6. Ausfertigung. Rom, den 29. Januar 1896.

Ganz vertraulich.

Graf Nigra sagte mir vor seiner Rückreise nach Wien, daß er mit seinem Aufenthalte in Rom im Großen und Ganzen zufrieden sei. Er glaube nicht unwesentlich zur Beruhigung des Ministerpräsidenten wie des Ministers des Äußeren beigetragen zu haben. Graf Nigra ließ hierbei durchblicken, daß er Herrn Crispi trotz mancher Fehler und Verirrungen desselben als eine historische Persönlichkeit verehre, Baron Blanc jedoch weniger bewundere. Der Minister des Äußeren meine es gut, vergesse jedoch, daß auch richtige Ideen nicht auf die Spitze getrieben werden dürften. In dieser Beurteilung des derzeitigen Ministers des Äußeren begegnet sich Graf Nigra mit Marquis Visconti, Herrn Malvano, Marquis Rudini, die gegen Baron Blanc gleichmäßig den Vorwurf erheben, daß seine Politik eine zu accentuierte sei. Graf Nigra hat mich, auch fernerhin nach Möglichkeit kalmierend auf Baron Blanc einzuwirken [1]).

Als Gründe seiner Hierherreise bezeichnete mir Graf Nigra sowohl den Wunsch des Wiener Kabinetts, gemeinsam mit Italien in London die Erneuerung und Ammendierung des 1887er geheimen Abkommens anzuregen, wie die Besorgnisse des Ministerpräsidenten vor dem Wieder-

[1]) Hierzu bemerkte Kaiser Wilhelm II. eigenhändig: „Blanc ist jedenfalls viel ruhiger wie Goluchowski und Nigra täte gut daran, auf den Polen etwas kalmierend einzuwirken".

aufleben des Drei-Kaiser-Bundes. In erster Beziehung würde General Ferrero angewiesen werden, sich mit Graf Deym über die Frage zu verständigen, wann und wie die Erneuerung jener sekreten Abmachungen am besten bei Lord Salisbury in Angriff zu nehmen sei. Hinsichtlich der hiesigen Besorgnisse vor einer Wiederholung der Drei-Kaiser-Allianz fuhr Graf Nigra fort, habe er darauf hingewiesen, daß eine solche ihm bis auf weiteres unmöglich erscheine, da einerseits Graf Goluchowski kein intimeres Verhältnis zu Rußland wolle, während andererseits Fürst Lobanow sich nicht von Frankreich zu trennen wünsche. Endlich habe er, schloß Graf Nigra seine diesbezüglichen Bemerkungen, Herrn Crispi erklärt, daß die maßgebenden Faktoren in Wien und Pest keine Gebietsvergrößerungen auf der Balkanhalbinsel anstrebten.

Über die Beziehungen zu Frankreich äußerte Graf Nigra, daß dieselben hier den Gegenstand begreiflicher Sorgen bildeten. Frankreich mache sich allerdings Italien recht unangenehm, früher in Handels- und Geldfragen und jetzt in Afrika. Die Position Italiens sei keine leichte. Die Ursache dieser Notlage liege aber weder bei den Verbündeten Italiens, an die man keine unmöglichen Forderungen stellen dürfe, noch bei den offiziellen Pariser Kreisen, deren Verhalten ihm ein korrektes zu sein scheine, sondern in elementaren Gründen historischer Entwicklung. „La faute en est à la situation générale, il s'agit de ne pas perdre patience." Graf Nigra sprach ohne Enthusiasmus von England. Den jüngsten englischen Vorschlag einer Botschafterkonferenz in Konstantinopel behufs Prüfung und Regelung innerer türkischer Verhältnisse bezeichnete er als Dummheit (sottise). pp [1]).

Nr. 9.

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe.

Nr. 9. Ausfertigung. Rom, den 2. Februar 1896.

Geheim.

Der Minister des Äußeren, Baron Blanc, übersandte mir heute Abend Abschrift eines geheimen Erlasses, welcher heute an den italienischen Botschafter in London, General Ferrero, abgegangen ist. Der Erlaß ist von der Tendenz inspiriert, mehr Klarheit in die Beziehungen zwischen Italien und England zu bringen.

[1]) Bülow berichtet des weiteren, daß Graf Nigra nicht Außenminister Italiens werden sondern Botschafter in Wien bleiben will.

Ich gestatte mir diese Abschrift in deutscher Übersetzung in der Anlage ehrerbietigst beizufügen. Die Übersendung der fraglichen Piece war von nachstehendem Billet begleitet: „Cher Ambassadeur, en toute confiance et à titre personnel, voici une dépêche qui part aujourd'hui pour Londres. Cordialement à Vous, (gez.) Blanc".

Der italienische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Baron Blanc an den italienischen Botschafter in London General Ferrero.

Geheim. Rom, den 2. Februar 1896.

Herr Botschafter,

Gelegentlich des kurzen Aufenthaltes des Grafen Nigra in Rom wurde auch unter Hinzuziehung des Baron Pasetri klargestellt, daß die Österreich-Ungarische Regierung nicht darauf besteht, die Reserve Deutschlands in den orientalischen Angelegenheiten als ein Hindernis für ein praktisches Einvernehmen mit England zwecks Ausführung des Vertrages von 1887 anzusehen; und daß die Kabinette von Rom und Wien — welche gegenüber der Tendenz Englands, die Interessen, welche es mit uns gemeinsam hat, den Transaktionen mit Frankreich und Rußland wegen seiner eigenen, uns fremden Interessen zu opfern, sich in derselben Lage befinden — von dem aufrichtigen Wunsche beseelt sind, alles zu tun, soweit es von ihnen abhängt, um mit England im Wege von Verhandlungen, mit denen gegenwärtig die Botschafter von Italien und Österreich-Ungarn in London betraut sind, sichere Verbindlichkeiten einzugehen.

Die königliche Regierung, welche notorisch mehr als ihre Alliierten unter der durch das Bündnis hervorgerufenen Situation gelitten hat, [und] wehrlos geblieben ist, hat sich den Vorwurf außerordentlicher Selbstverleugnung in der Hoffnung ausgesetzt, eine tatsächliche Verständigung zwischen England und den beiden Zentralmächten zu erleichtern. Sie hat die von letzteren und England zugegebene Ausdehnung des französischen Afrikareiches in den Hinterländern des Mittelmeeres sowie die Ausschließung des occidentalen Einflusses von den ottomanischen Gewässern zu Gunsten Rußlands ruhig hingenommen, und hat die eigenen Kontinentalinteressen als tatsächliche Basis für lokale italienisch-englische Kooperationen ansehen wollen. So hatten wir bona fide in der Kassala und Harrarfrage eine tatsächliche Interessensgemeinschaft festgestellt, die, nach unserer Ansicht die praktische Basis einer allgemeinen politischen Gemeinsamkeit auch in den Mittelmeer-Angelegenheiten sein mußte, auf welche die Fragen des oberen Nil nicht ohne Einfluß sind, und die Königliche Regierung ging soweit, im Parlament zu erklären, daß sie als einen nicht zu erneuernden Irrtum die Enthaltung ansehe, in welcher Italien 1878 und 1882 gegenüber der selbst isolierten Aktion Englands verblieb.

Als aber unser treues Festhalten an der Idee der allgemeinen Solidarität Italiens mit England schließlich Frankreich und Rußland bewog, die abessinische Rebellion offen zu ermutigen, verließ uns England zu Gunsten Frankreichs [1]).

Lord Salisbury ist, nachdem er uns die theoretische Befugnis des Durchzuges durch Zeila erteilt hatte, aus der von seinen Vorgängern in der Harrarfrage uns gegenüber eingenommenen Stellung zurückgewichen und hat Frankreich zugegeben, daß die Verwirklichung unseres rechtlichen Protektorats über Harrar eine Veränderung des „Status"

[1]) Hierzu bemerkte Kaiser Wilhelm II. eigenhändig: „Wie immer".

in Harrar selbst sei und von der Zustimmung Frankreichs abhänge. Infolgedessen stellte sich die geträumte italienisch-englische Solidarität als von England verleugnet heraus. Frankreich hatte Grund, unser rechtliches Protektorat als von England selbst virtuell widerrufen anzusehen. Die Verteidigung der Kolonie, die für uns eine unabweisbare Notwendigkeit blieb, ist ernster geworden und erfordert einen langen und schweren Krieg, der uns zwingen wird, die Ereignisse, welche sich im Orient abspielen könnten, als sekundäre zu betrachten. Unser Kolonialunternehmen, dessen Schwierigkeiten nur in Harrar ihre schließliche Lösung erhalten konnten, wurde in seinen wesentlichen Lebensbedingungen getroffen; und die wiederholt gemachte Erfahrung, daß England bei jeder Angelegenheit Frankreich auch die allerwesentlichsten Interessen Italiens opfert, würde von der italienischen Nation nicht aus den Augen verloren werden können in dem Fall, wo sich von Neuem die Gelegenheit einer italienisch-englischen Kooperation im Orient böte, die nach allem Vorgefallenen unzulässig ist, wenn uns nicht größere Garantien gegeben werden.

Wir können uns nicht verhehlen: die letzte englisch-französische Vereinbarung könnte zur Folge haben, daß Italien im Orient gleichgültig wird den Fortschritten Rußlands gegenüber, welches uns im gegenwärtigen Augenblick in höflicher Weise die von England in Petersburg gemachten und vom englischen Kabinett [illegible] uns noch Österreich-Ungarn [1]) mitgeteilten Vorschläge mitgeteilt hat; und daß wir unsere gegenwärtigen Ziele beschränken auf einen Krieg um jeden Preis in Abessinien, in dem wir die Verantwortung ablehnen für die Lage, in welcher die Interessen gelassen werden, welche uns und England im Mittelmeer näher liegen.

Aus dem Vorstehenden geht die entscheidende Wichtigkeit des Resultats der in London schwebenden Verhandlungen hervor. Wenn jenes Resultat ein negatives ist, müssen wir, indem wir die zwischen den Alliierten festgestellte Basis gemeinsamer Verteidigung im Kriegsfall als unveränderlich betrachten, für die Lebensinteressen Italiens im Frieden sorgen und zu einem supplementären Gedankenaustausch mit den beiden Zentralmächten hinsichtlich einer neuen Orientierung der Tripelallianz schreiten, damit zwischen unseren Interessen im Orient, denen Deutschland fernsteht, und unserem Interesse in Afrika, dem Österreich fernsteht, nicht jenes Band fehlt, welches wir in dem 1887 er Übereinkommen gefunden hatten und das zerrissen ward durch den Widerstand Englands, diesem Übereinkommen eine praktische Folge zu geben.

Ich bitte Sie, Herr Botschafter, Lord Salisbury die Lage klar auseinanderzusetzen, in welche England uns in Afrika und im Orient versetzt hat, und an seine Loyalität zu appellieren, damit in dem Augenblick, in welchem Italien und Österreich-Ungarn eine Entschließung bezüglich der Vereinbarung von 1887 erwarten, er seine Absichten klar lege, um, auch für die orientalischen Angelegenheiten, jene Zweideutigkeiten zu beseitigen, deren Opfer unser Vertrauen in den afrikanischen Angelegenheiten war.

gez. Blanc.

Nr. 10.

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt.

Telegramm Nr. 70. Entzifferung. London, den 28. Februar 1896.

Der österreichische Botschafter sagt mir vertraulich, Lord Salisbury

[1]) Hierzu bemerkte Kaiser Wilhelm II. eigenhändig: „Noch Berlin".

habe in seiner letzten Unterredung mit ihm aus eigener Initiative nochmals ausdrücklich versichert, daß die Annahme, als ob in seiner Politik ein Umschwung eingetreten sei, jeder Begründung entbehre. Der einzige Unterschied sei der, daß er wegen der jetzt allgemein hier gegen den Sultan herrschenden Stimmung keine Verpflichtungen zum Schutz desselben eingehen könne. Der Premierminister hat den Grafen Denm schließlich gebeten, sich in der Annahme, daß die englische Politik unverändert sei, nicht durch die Haltung der hiesigen Presse irre machen zu lassen.

II. Aus Zeitungen.

Nr. 11.

„St. James Gazette".

London, den 12. Dezember 1887.

Germany, Austria, Italy, England combined with Turkey and the rising nationalities in the compact to declare that there shall be no war anywhere, and that the Power which carries war in any direction shall immediately be assailed by the allies: that is our idea of a League of Peace; and it is one that would be of enormous benefit to England herself as well as to every other nation concerned in it. Germany, Austria, Italy cannot be expected to fight our battles for us, but we believe, and have good reason to believe, that if we chose to go with them, pledging means and men as they do, then the League of Peace could be extended to cover our peculiar dangers as well as their own. There would be no doubt then that peace it must be.

Nr. 12.

„Berliner Tageblatt".

Berlin, den 15. November 1887.

In diplomatischen Kreisen Wiens verlautet, wie unser dortiger Korrespondent depeschiert, daß zwischen England und den drei Zentralmächten Verhandlungen schweben über eine genauere Präzisierung des beiderseitigen Verhältnisses. England würde zwar nicht direkt in ganz gleicher Weise dem Dreibund beitreten, wie die einzelnen kontinentalen Teilnehmer desselben. Dagegen dürften bestimmte, ganz genau umschriebene Vereinbarungen für spezielle Eventualitäten getroffen werden, welche das Interesse Englands, sowie jenes der kontinentalen Teilnehmer des Dreibundes gleichmäßig berühren. In erster Reihe würden die Vereinbarungen eine abermalige Verstärkung des Friedensschutzes bezwecken, sodann aber auch für konkrete äußerste Fälle vorsorgen. Die bereits bestehende und wiederholt offiziell konstatierte Intimität (vergleiche Crispis, Kalnokys und Salisburys Reden) läßt einen günstigen Abschluß der erwähnten Verhandlungen erwarten.

Nr. 13.

„The Standard".

London, den 26. November 1887.

„The Peace of Europe." (From our Berlin Correspondent.)

To-day the Emperor recieved Prince Reuß, German Ambassador to the Austrian Court, who will shortly go to Friedrichsruhe to see Prince Bismarck. The official reason assigned for the arrival of Prince Reuß in Berlin at this particular moment is that he has left Vienna on furlough, but in well-informed circles here his journey is connected with negotiations which have been going on between London and Vienna, and which are said to have resulted in an agreement as to England's rapprochement to the Triple Alliance. The report that a „Treaty" has been concluded between England and the Three Allied Powers is, of course, untrue; but I am informed from an absolute trustworthy quarter that the negotiations have not only testified to the complete harmony of the interest of England and Austria-Hungary in the East, but that they have established a clear conviction of the necessity of the fullest co-operation of these two powers in the Balkan Peninsula. It is certain that all the members of the „League of Peace" would joyfully welcome every tendency towards a closer reproach on the part of England, especially as it is now pretty clear that the Czar's visit to Berlin has not yet resulted in any change in Russian policy in its relations to the Triple Alliance.

Nr. 14.

„The Standard".

London, den 10. April 1889.

„England and Germany"

Whatever differences between the two countries there may have been in the not very remote past, there can no longer be any doubt that, at present, the maintenance of cordial relations with England is the key-note of German colonial policy.

The authorities in Berlin make no concealment of their opinion that to go hand in hand in Colonial affairs with Great Britain will be to the advantage of both countries, especially as Germany notoriously wants nothing of England, in this or any other respect. The growth of the conviction that the interests of the two Powers entirely coincide is the chief characteristic of the situation, and the contemplated increase of the British Navy is cordially welcomed in Berlin, it being only regretted that circumstances do not permit of its being strengthened faster. Germany is content to be the greatest Power on land, and rejoices to see England maintaining her position as the greatest Power at sea.

That Germany and England should remain supreme, the one on land, the other at sea, is one of the main conditions of the safty of both, for it is certain that, if Germany were crushed, her enemies would turn on England, and that, if England were defeated, her victors would hurl themselves against Germany. This conviction is steadily gaining ground here, and it is hoped that a corresponding one will make itself felt in England.

Nr. 15.

„Neue Freie Presse".

Wien, den 15. Mai 1893 [1]).

Ich war einfach das Werkzeug in der Ausführung einer Politik, welche nunmehr eine dauernde geworden ist. Ich darf sagen, daß es jederzeit meine Überzeugung war, daß die Kultivierung der engsten Freundschaft mit unserem natürlichen Alliierten Österreich-Ungarn eine der Hauptgrundsätze unserer auswärtigen Politik sein sollte. Ich betrachte als eine natürliche Allianz eine solche zwischen Mächten, deren Hauptprinzipien der auswärtigen Politik sich in Übereinstimmung befinden, welche weder ruhmsüchtige noch habsüchtige Ziele verfolgen, welche beide gleichmäßig von Friedensliebe beseelt und jederzeit bereit sind, zur Erhaltung des Friedens nach Möglichkeit beizutragen. Und das ist, nach meinem besten Wissen die Lage, in der sich Großbritannien und Österreich-Ungarn einander gegenüber befinden. Es gibt auch nicht eine einzige Frage – soweit mir dies bekannt ist — in welcher die Interessen und Ansichten auseinanderlaufen. . Beide Reiche wünschen den Frieden . . und die Erhaltung des gegenwärtigen Status quo in Europa und besonders im Osten, wo sie die Freiheit der Balkanstaaten von auswärtiger Einmischung und die nationale und friedliche Entwicklung dieser Staaten wünschen.

Nr. 16.

„The Standard".

London, den 22. November 1894.

The sole purpose of England's Foreign Policy is to draw the various powers of the world more closely together, so that they may understand one another, and discuss with calmness and dispassionateness any difficulty that may spring up from time to time between any of them. Nor need we hesitate to add that what we say of Germany, we say equally of France. We do not wish to see any Power excluded from the general comity of nations. We pointed out the danger which, it seems to us, existed of Germany being isolated, if it conducted its affairs in a manner so little considerate of others. But we certainly never intended to convey the idea that we desire the isolation of Germany. We should regret it beyond words. Meanwhile it is most satisfactory to find that in St. Petersburg the greatest value is attached to the establishment of a good understanding with England. Nothing will be omitted in London to promote that end. If England and Russia act together in Asia, it matters little, after all, what attitude other Powers assume in that quartin of the globe. They are comparative strangers of its interests, its conflicts, its dangers. In that respect Russia and England may say, without presumption, Nos duo turba sumus [2]).

---

[1]) Aus der Rede des englischen Botschafters in Wien Sir A. Paget.

[2]) Kaiser Wilhelm II. bemerkte zu diesem Zeitungsartikel: „Die volltönenden Phrasen decken sich nicht mit den Auslassungen im Foreign Office, es ist im Allgemeinen ein Brillantfeuerwerk, um den Rückzug aus der Schlappe in Ostasien zu verstecken".

Nr. 17.

„The Morningpost".

London, den 20. Februar 1896.

The Triple Alliance is not strong enough to say „hands off" both to Russia and to France, and yet to insure peace. That result can be attained only by the co-operation of Great Britain with Germany, Austria and Italy. It was attained during Lord Salisbury's last Ministry when he declared that so long as Austria guarded the Straits England was behind her. But the German and other Governments were not quite satisfied with Lord Salisbury's declaration. They felt that his tenure of office was uncertain, and that he could not answer for the continuity of British policy. Events have justified these doubts. The foolish attempt made by Lord Kimberly to act with Russia in regard to Armenia led the Germans to suppose that England was seeking an understanding with the Dual Alliance. Lord Kimberley was doing no such thing, he was merely mismanaging the national policy in the Eastern Question in the usual hand-to-mouth fashion; but the suspicions of the German Government were aroused, and that Government naturally sought to be beforehand with our own in ingratiating itself at St. Petersburg. Germany felt that England was deserting the European cause, the defence of the Straits, and the cause of the peace, which means the status quo. In such a case Germany usually tries to be disagreeable, in order, as her rulers think, to make England appreciate the value of her friendship. The consequence is not that which they expect, but merely a further estrangement. The Emperor's telegram to President Krüger and the policy it covers are meant to show us that if we will not join in a common policy with the peaceful Powers of the Continent we cannot expect them to be other than self-assertive against us. If, as we believe, Lord Salisbury is determined to be equal to his great reputation, and to lead the nation in a strong and consistent policy, he will make it clear to the world that his policy in the East aims at a settlement in Turkey in conformity with the wishes of England, Germany, Austria, and Italy in accord, and that upon the basis of this co-operation all danger of war is to be removed.

III. Der Orientalische Dreibundvertrag.

Nr. 18.

Das „Neun-Punkte-Abkommen vom 12. Dezember 1887" [1]) bestimmte:

1. Die Aufrechterhaltung des Friedens, unter Ausschluß jeder Angriffspolitik.

2. Die Aufrechterhaltung des auf den Verträgen beruhenden Status quo im Osten, unter Ausschluß jeder Kompensationspolitik.

3. Die Aufrechterhaltung der durch eben jene Verträgen geschaffenen örtlichen Autonomien.

---

[1]) British Documents VIII, Nr. 2 f.

4. Die Unabhängigkeit der Türkei als Hüterin wichtiger europäischer Interessen; das Kalifat, die Freiheit der Meerengen sollen von jedem überwiegenden Einfluß unabhängig sein.

5. Infolgedessen kann die Türkei ihre Rechte auf Bulgarien einer anderen Macht weder abtreten noch übertragen, auch nicht eingreifen, um dort eine fremde Verwaltung einzusetzen, noch Zwangsakte dulden, die zu diesem Zweck, sei es in Gestalt einer militärischen Besetzung oder der Entsendung von Freiwilligen, unternommen werden. Auch wird die Türkei, die durch die Verträge als Hüterin der Meerengen eingesetzt worden ist, in Kleinasien irgendeiner anderen Macht weder einen Teil ihrer souveränen Rechte abtreten, noch ihre Herrschergewalt übertragen können.

6. Der Wunsch der drei Mächte, mit der Türkei zur gemeinsamen Verteidigung dieser Grundsätze verbunden zu sein.

7. Falls die Türkei sich irgendwelchen rechtswidrigen Unternehmungen, wie sie im Artikel 5 bezeichnet sind, widersetzt, werden die drei Mächte sich unverzüglich über die Maßnahmen einigen, die zu ergreifen sind, um die Achtung der Unabhängigkeit des Ottomanischen Reiches und der Intregität seines Gebietes, wie sie durch frühere Verträge gesichert sind, zu bewirken.

8. Sollte jedoch das Verhalten der Pforte nach Ansicht der drei Mächte den Charakter der Teilnahme an einem derartigen rechtswidrigen Unternehmen oder der Duldung eines solchen annehmen, so werden die drei Mächte sich durch bestehende Verträge als berechtigt ansehen, entweder gemeinsam oder getrennt vermittelst ihrer Heeres- oder Marinestreitkräfte zur vorübergehenden Besetzung solcher Punkte des ottomanischen Gebiets zu schreiten, die zu besetzen sie übereinstimmend für notwendig halten mögen, um die durch frühere Verträge festgesetzten Ziele zu sichern.

9) Das Bestehen und der Inhalt des vorliegenden Abkommens zwischen den drei Mächten soll weder der Türkei noch irgendwelchen anderen Mächten, die noch nicht davon unterrichtet sind, ohne vorherige Zustimmung aller und jeder der drei vorgenannten Mächte bekanntgegeben werden.

Lebenslauf.

Am 14. Januar 1913 wurde ich, Ludwig Israël, als Sohn des Studiendirektors Dr. W. Israël und seiner Ehefrau Susanne, geb. Aulig in Kassel geboren. Ich entstamme einer arischen, evangelischen, in Niederhessen seit Jahrhunderten ansässigen Familie.

Ich besuchte die städtische Oberrealschule in Oberursel am Taunus und seit 1924 das staatliche Reformrealgymnasium zu Bad Freienwalde (Oder), das ich mit dem Reifezeugnis Ostern 1931 verließ.

Seitdem studierte ich an den Universitäten Marburg, Tübingen und Berlin Geschichte, Englisch und Deutsch.

Zu meinen Lehrern gehörten die Herren Professoren Borries, Elze, Ernst, Frauendienst, Hartung, Holtzmann, Mommsen, Stengel, Uxküll-Gyllenband, Wahl, Weber, Windelband; Deutschbein, Hittmair, Schirmer; A. Hübner, Kluckhohn, Koch, Petersen und H. Schneider.

Paul Battré, Buchdruckerei, Bad Freienwalde.

M 319